

**Willy Klages**

**Die Geheimorganisationen  
des globalen  
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
von Juni 2014  
bis zum 11. September 2015**

**NWO-Sonderheft Nr. 111**



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
von Juni 2014 bis zum 11. September 2015**

**NWO-Sonderheft Nr. 111**

**Terror der Antichristen vom 01.06.2014-11.09.2015**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Juni 2014 bis zum 11. September 2015	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

**Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Juni 2014 bis zum 11. September 2015**

Das Denken ist der größte Vorzug, und die Weisheit besteht darin, die Wahrheit zu sagen und nach der Natur zu handeln, auf sie hinhörend. <i>Heraklit (um 540-480 vor Christus, griechischer Philosoph)</i>
--

**2014**

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 13. Juni 2014 (x893/...): >>Freimaurerei treibende Kraft bei Neuer Weltordnung - Kirche unterwandern

Der Gründer von *Noticias Globales*, Monsignore Juan Claudio Sanahujo, enthüllte in einem Interview für *Infovaticana* den "Schlüssel zum Verständnis der neuen Weltordnung", so Sanahujo, die man gerade dabei ist zu errichten. Das Hauptinstrument dazu seien die Vereinten Nationen. Das eigentliche Ziel ist es jedoch, so Sanahujo, "die Macht in wenigen Händen zu konzentrieren". Dazu bediene man sich zahlreicher Instrumente und versuche andere zu instrumentalisieren, darunter auch die Religion.

Monsignore Sanahujo ist Argentinier und damit ein Landsmann von Papst Franziskus, er gehört der *Priestergemeinschaft vom Heiligen Kreuz der Personalprälatur des Opus Dei* an.

*Noticias Globales* ist ein wichtiger Bezugspunkt, um zu verstehen, was auf internationaler Ebene geschieht. Wie entstand diese Initiative?

*Noticias Globales* entstand 1998. Wir sahen die Notwendigkeit, zu informieren. Man kennt nicht die inneren Mechanismen der UNO und verwechselt zum Beispiel die Vollversammlung und die internationalen Konferenzen mit den Kommissionssitzungen. Wir verfügten über viele Informationen und begannen diese Informationen weiterzugeben.

Neben dem Nachrichtenbulletin haben wir eine Reihe von Büchern veröffentlicht. "*El Gran Desafío. La Cultura de la Vida contra la Cultura de la Muerte*" (*Die große Herausforderung. Die Kultur des Lebens gegen die Kultur des Todes*) erschien bereits vor dem Bulletin. "*El Desarrollo Sustentable. La Nueva Ética Internacional*" (*Nachhaltige Entwicklung. Die neue internationale Ethik*) und "*Poder Global y religión universal*" (*Globale Macht und Welteinheitsreligion*). Demnächst erscheint eine verbesserte und erweiterte Ausgabe von "*Die große Herausforderung*".

## **Ethik ohne Gott?**

*Einer der großen Schwerpunkte der modernen Welt ist eine große säkulare Ethik. Ist eine Ethik ohne Gott möglich?*

Es ist unmöglich, ohne Gott eine starke und damit tragende Ethik aufzubauen. Ethik bezieht sich auf transzendente Grundsätze und diese Grundsätze können nur von Gott kommen. Es gibt Versuche, eine sogenannte säkulare Ethik aufzubauen, aber alle diese Versuche stehen ausnahmslos im Dienst neuheidnischer Ideologien und sind leicht widerlegbar. Mit der Unterstützung durch die Massenmedien scheinen sie jedoch vorherrschend zu sein, was dazu führt, daß viele hilflose Menschen, die auf der Suche nach etwas sind, an das sie glauben können, auf sie hineinfliegen.

Ist es vorstellbar, daß man die nicht verhandelbaren Werte achtet, ohne eine christliche Weltansicht zu haben?

Es ist nicht unmöglich, aber sehr schwierig. Letztlich muß dahinter immer eine transzendente Weltansicht stehen. Die nicht verhandelbaren Werte sind ja das Ergebnis einer jüdisch-christlichen Weltansicht.

## **Neo-Malthusianer und "Selektive Kinderlosigkeit"**

*Was wollen die Neo-Malthusianer wirklich? Könnte man sagen, daß die Zielsetzungen der UNO am besten im Wort "Kinderlosigkeit" zusammengefaßt sind?*

Die Weltgesundheitsorganisation WHO präsentierte in den frühen 90er Jahren das neue Gesundheitsparadigma, das lautet: der Bürger der neuen Weltordnung ist der gesunde und produktive Erwachsene. Nur diejenigen, die gesund und produktiv sind, haben wirklichen Anspruch auf die Menschenrechte. Alle anderen, die diesen Standards nicht entsprechen, müssen am Rande der Geschichte bleiben, sollen erst gar nicht geboren werden, und wenn sie doch geboren werden, soll für sie kein Cent investiert werden. So gesehen ist es zutreffender, die Zielsetzungen der UNO mit dem Wort "selektive Kinderlosigkeit" zusammenzufassen.

In wie weit ist die Einbindung der Frauen in die Berufswelt Teil dieser globalen Strategie der Unfruchtbarkeit?

Man wird mir heftig widersprechen, weil jede Kritik an diesem Punkt als Angriff auf die "Selbstbestimmung" der Frau ausgelegt wird, weil man es Frauen und Männern seit Jahrzehnten so einredet. Dennoch: Der Zusammenhang ist offensichtlich. Die Forderung findet sich in den Dokumenten der *Konferenz von Dhaka* von 1969 der *International Planned Parenthood Federation* (IPPF) auf Vorschlag des Vorsitzenden des 1952 von John Rockefeller III. gegründeten *Population Council* Dr. Bernard Berelson, das seine Wurzeln in der rassistisch-eugenetischen Bewegung hat.

Konkret lauteten die Schlußforderungen dieser Konferenz: "das Bild der Familie verändern durch Umlenkung der Frauen auf den Arbeitsmarkt" und durch "Förderung der Homosexualität". An der Umsetzung dieser Ziele wird also seit fast 50 Jahren gearbeitet.

## **Umweltschutz als Religionsersatz instrumentalisiert**

*Es wird viel über Umweltschutz gesprochen. Welche Rolle spielt der Umweltschutz in der modernen Anthropologie?*

Für die Vereinten Nationen und andere Organisationen ist der Umweltschutz ein praktischer Ersatz. Zum Beispiel kann man den Leuten nicht einfach sagen, daß es die Zehn Gebote nicht gibt, ohne einen Ersatz dafür zu bieten. Mit dem Druck der Medien können sie den Menschen einreden, daß jemand, der Müll trennt oder sich in einer bestimmten Weise ernährt, Solidarität mit der Welt und künftigen Generationen übt. Das ist gut und recht, aber bestenfalls eine Konsequenz aus einer Haltung.

Für die "neuen Ethiker" liegt darin jedoch ein entscheidendes Element, denn durch den Schutz der Erde sehen sie sich in ihrem Handeln gerechtfertigt: Die Erde nimmt den Platz Gottes ein. Es geht dabei nicht um die Frage, daß es nicht wichtig wäre, die Erde auf der wir leben zu

schützen. Das ist wichtig, da sie uns von Gott anvertraut wurde und Christen aus ihrer Glaubenshaltung heraus verantwortungsbewußt mit der Natur umgehen. Hier geht es jedoch um die richtigen Prioritäten. An erster Stelle kommt das Gesetz Gottes, kommen die Zehn Gebote.

### **Auf dem Weg zur Weltregierung**

*Gibt es einen Plan zur Errichtung einer Weltregierung? Ist die Freimaurerei in diesem Bereich aktiv?*

Die Pläne für eine Weltregierung spielen in der Freimaurerei eine wichtige Rolle und gehen bereits auf den Ersten Weltkrieg zurück oder sogar schon etwas früher.

Welche Rolle hat der internationale Zionismus in diesem Plan?

In diesen Plänen sind durch sogenannte Konsenstische eine enorme Reihe von Einrichtungen, Organisationen und Gruppen eingebunden. Der Zionismus kann einige von ihnen beeinflussen. Um konkret zu werden und hinter die Kulissen zu blicken, gilt es die Aufmerksamkeit auf das dichte Netzwerk der Nichtregierungsorganisationen zu lenken, die die Agenda der UNO bilden.

Zum Beispiel den *Club of Madrid*, den *Club of Budapest*, den *Club of Rome*, die *The Elders*, die *Erd-Charta* und die darum kreisenden Organisationen, die *Bilderberger*, die multireligiöse Organisation *World Conference of Religions for Peace* und die darum kreisenden Organisationen, ebenso die *United Religions Initiative*, *State of the World Forum* und *Commission on Global Governance*, dann natürlich das *Council of Foreign Relations*, die *Interparlamentarische Union* und so könnte man die Liste lange fortsetzen.

In allen übt die Freimaurerei einen wichtigen Einfluß aus. Einige dieser Organisationen sind zwar mehr auf den Dialog ausgerichtet, aber alle haben dasselbe Ziel: Die Macht in wenigen Händen zu konzentrieren durch Abschaffung der nationalen Souveränität und die Instrumentalisierung der Religionen, das heißt, sie für die eigenen Zielsetzungen dienstbar zu machen.

### **Die Naivität der Katholiken**

*Denken Sie, daß unter den Katholiken Naivität vorherrscht, was die Zielsetzungen der UNO anbelangt?*

Ich will damit antworten, was Erzbischof Luigi Negri von Ferrara dazu sagte: Weite Teile der katholischen Gemeinschaft sind von einem "übereifrigen Irenismus" untergraben, "der seit Jahrzehnten seine Wühlarbeit leistet und dessen Hauptsorge nicht die eigene Identität ist, sondern der Dialog um jeden Preis, mit dem Ziel auch die entfernteste Position irgendwie vereinbar erscheinen zu lassen. Die Verschiedenheit der kulturellen und religiösen Standpunkte zum höchsten Gut erhoben, die von der Überzeugung einer substantiellen Gleichwertigkeit der verschiedenen, auch religiösen Positionen ausgeht, läßt die Katholizität ihre absolute Sonderstellung verlieren.

Dieser Irenismus, Offenheitswahn, Wille zum Dialog um jeden Preis wird aber auf die einzige Weise belohnt, mit der die menschliche Macht seit jeher ein solch ungeordnetes Kompromißverhalten belohnt: mit Verachtung und Gewalt."

Die Gefahr für die Kirche besteht daher in erster Linie innerhalb und nicht außerhalb. Vor langer Zeit hörte ich den Heiligen Josemaria Escriva sagen: "Wenn die Welt im Dunkeln ist, dann weil die Kirche aufgehört hat, Licht zu sein".

Es geht um eine übertriebene Suche nach den "Zeichen der Zeit", die in der Regel im Widerspruch zur katholischen Lehre stehen. Statt immer neu zu versuchen, den Menschen umzuwandeln, einen nach dem anderen für Christus zu gewinnen, wollen sie einen schnellen, bequemen Weg gehen, indem sie die Lehre der Situation anpassen wollen, die oft bedauerlich ist, wie im Fall der wiederverheirateten Geschiedenen. Aus demselben Grund sagen sie auch nichts zu den Homosexuellen, denn die scheinen inzwischen unantastbar zu sein.

Auf unkritische Weise akzeptiert man jede Behauptung als wahr, Hauptsache sie kommt über

bestimmte, vermeintlich "neutrale" Kanäle: das gilt ebenso für die Katastrophenmacherei der Grünen, die Unwahrheiten über die Anzahl der Todesfälle durch Abtreibung, die Ausbreitung von AIDS. Dazu gehört auch die unkritische Akzeptanz der angeblich harmlosen Millenniums-Entwicklungsziele und die künftige Agenda für nachhaltige Entwicklung.

### **Eingeschleuste und nützliche Idioten in der Kirche**

*Hat diese globale Strategie Verbündete innerhalb der katholischen Kirche?*

Ja, auf die eine und auf die andere Weise: Es gibt in die Kirche Eingeschleuste und es gibt "nützliche Idioten".

*Unter einigen Kardinälen herrscht eine gewisse Sorge wegen der Ausführungen von Walter Kasper beim Konsistorium im vergangenen Februar. Denken Sie, daß die Kirche am Ende die wiederverheirateten Geschiedenen zur Kommunion zulassen wird?*

Ich denke nicht, daß es dazu kommt, daß die Kirche die wiederverheirateten Geschiedenen ermächtigt, die Kommunion zu empfangen. Würde sie es tun, würde sie aufhören, die Kirche Jesu Christi zu sein.

Der Katechismus der Katholischen Kirche ist eindeutig: "Darum dürfen sie, solange diese Situation andauert, nicht die Kommunion empfangen. Aus dem gleichen Grund können sie gewisse kirchliche Aufgaben nicht ausüben. Die Aussöhnung durch das Bußsakrament kann nur solchen gewährt werden, die es bereuen, das Zeichen des Bundes und der Treue zu Christus verletzt zu haben, und sich verpflichten, in vollständiger Enthaltensamkeit zu leben" (KKK, Nr. 1650).

### **Homo-Lobby**

*Sie haben gesagt, daß die Homo-Lobby in Spanien versucht, ihre Zielsetzungen in den Religionsunterricht einzuschleusen. Denken Sie, daß es eine bedeutende Präsenz der Homo-Lobby in der Kirche Spaniens gibt? Und im Vatikan?*

Die Homo-Lobby haben wir zum großen Teil leider selbst erst groß werden lassen. Ich verweise auf das, was ich bereits zur Naivität der Katholiken gesagt habe.

Es ist unglaublich, aber in vielen Kreisen kann man heute nicht mehr sagen, daß Homosexualität eine "objektiv ungeordnete" Neigung ist (in der deutschen Übersetzung des Katechismus fehlt diese Wertung, weshalb sie stark defizitär ist, Anmerkung der Redaktion), wie der *Katechismus der Katholischen Kirche* in der Nr. 2.358 sagt. Praktisch alle lehramtlichen Erklärungen der Kirche ab einschließlich der Erklärung *Persona Humana* von 1975 von Papst Paul VI. werden versteckt.

Gleichzeitig wird die Kirchenzucht gelockert. Bestimmte Teile der kirchlichen Hierarchie lassen es zu, daß Männer mit solchen Neigungen zu Priestern geweiht werden oder Zugang zu verantwortungsvollen Ämtern in den kirchlichen Strukturen erhalten, zum Beispiel im Religionsunterricht oder an katholischen Schulen und Internaten usw. Auf diese Weise hat man die Ausbreitung einer Art von schlechter Toleranz und falscher Barmherzigkeit gefördert, die nicht wenig zur heutigen Situation beigetragen hat.

Dazu kommt der externe Druck auf die Kirche, diese Verhaltensweisen zu akzeptieren. Kardinal Ratzinger warnte 1995 davor, indem er sagte, daß es *Pressure Groups* gibt, die darauf hinarbeiten, die öffentliche Meinung zu ändern, damit Homosexualität als normale Form der Sexualität angesehen wird, und im nächsten Schritt fordern sie, daß die Kirche ihr Urteil über sie revidiert. Diese Gruppen, sagte der Kardinal, beschuldigen jeden der Diskriminierung, der nicht so denkt wie sie.

*In Spanien fordern sie Gefängnis für Kardinal Sebastián, weil er daran erinnerte, daß Homosexualität eine Krankheit ist. Gibt es Hoffnung? Was bringt die Zukunft den Katholiken?*

Persönlich empfehle ich, die Nummer 675 des *Katechismus der Katholischen Kirche* zu lesen, über die ich oft nachgedacht habe. Sie spricht vom zweiten Kommen Jesu Christi: "Vor dem Kommen Christi muß die Kirche eine letzte Prüfung durchmachen, die den Glauben vieler

erschüttern wird (vgl. Lukas 21,12; Johannes 15,19-20). Die Verfolgung, die ihre Pilgerschaft auf Erden begleitet, wird das ‚Mysterium der Bosheit‘ enthüllen: Ein religiöser Lügenwahn bringt den Menschen um den Preis ihres Abfalls von der Wahrheit eine Scheinlösung ihrer Probleme."

Ich sage nicht, daß wir am Vorabend der Wiederkunft des Herrn stehen, aber dieser Text hilft, sich zu orientieren. Er hilft, sich zu vergegenwärtigen, daß wir nicht dafür bestimmt sind, was die Menschen Erfolg nennen oder um von den Massen bejubelt zu werden.

Unser Triumph ist ein anderer. Unser Triumph ist es, uns mit dem Kreuz Christi zu vereinen, uns Ihm anzugleichen, um nach dem Tod in den Himmel zu kommen. Unsere Hoffnung ist im Kreuz und in der Auferstehung.

*Juan Claudio Sanahuja* wurde 1947 in Buenos Aires geboren. Nach dem Studium der Kommunikationswissenschaften an der Universität von Navarra, studierte er Theologie in Rom und erwarb 1973 das Doktorat in Theologie an der Universität von Navarra. 1972 wurde er zum Priester geweiht, seither gehört er dem Klerus der Personalprälatur des *Opus Dei* an. Er ist Professor des Studium Generale der Prälatur des *Opus Dei* in Argentinien.

Im Januar 2011 verlieh ihm Papst Benedikt XVI. für seinen Einsatz für das Lebensrecht und die Familie den Titel eines *Kaplans Seiner Heiligkeit*.

Er ist Autor mehrerer Bücher, von denen einige am Beginn des Interviews genannt werden. 1998 gründete er die Internet-Nachrichtenagentur *Noticias Globales*, die neben internationalen Entwicklungen seit 2001 gesondert auch über die Entwicklungen in Argentinien berichtet.

Er war korrespondierendes Mitglied der *Päpstlichen Akademie für das Leben* (1998-2011), arbeitete an verschiedenen Projekten des *Päpstlichen Rats für die Familie* mit und ist Vorstandsmitglied der *Stiftung Nueva Cristianidad*.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Juni 2014 (x887/...):

### >>**Ohne Sinn und Verstand**

Der grüne Blackout. Warum die Energiewende nicht funktionieren kann", so der Titel des Buches vom "Focus-Redakteur" Alexander Wendt, das leider nur als E-Book bei amazon und nicht gedruckt erhältlich ist. Mit Blackout spielt er jedoch nicht auf einen Stromausfall an, sondern auf den Verlust der intellektuellen Reflexionsfähigkeit. Genau diesen hat er nämlich in Bezug auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf fast allen Ebenen der deutschen Gesellschaft festgestellt.

Wendt stellte sich zu Beginn seiner Recherchen die Frage, welche Ziele bisher mit der Energiewende erreicht wurden, und kam zu einem traurigen Ergebnis. Weder wurde der Kohlendioxid-Ausstoß wie angestrebt reduziert, statt dessen wurde er sogar wegen Fehlanreizen beim EEG erhöht, noch entstanden Millionen grüne Jobs. Zudem verloren unzählige Investoren ihr Geld bei Ökoenergieanlagen.

"Ist es möglich, daß dieses rationale Volk Jahr für Jahr Milliarden in einen planwirtschaftlichen Umbau der Energiewirtschaft pumpt, obwohl die Maßnahmen fast alle selbst gesetzten Ziele verfehlen", fragt er so in seinem Vorwort.

Anhand zahlreicher Beispiele führt der Autor an, daß sich nahezu alle Voraussagen zu Kosten, Tempo und Folgen des Energieumbaus als falsch erwiesen haben. Und er stellt die Vordenker des EEG und ihre Weltsicht vor, denen es nur um die Umsetzung ihrer Ziele ging, egal zu welchem Preis. Diesen zahlen nun die deutschen Stromkunden. So erhielt die Grünstrombranche 2013 über 20 Milliarden Euro für Strom, der an der Strombörse jedoch nur einen Wert von 2,5 Milliarden Euro hatte, der Rest kam aus der EEG-Umlage. Wobei der Teil des Stroms, der von den überforderten Netzen nicht aufgenommen werden konnte, trotzdem vergütet werden mußte.

Diesen Unsinn kritisiert Wendt scharf, zumal er überzeugt ist, daß wenn der Gesetzgeber dieses unsinnige Privileg nicht geschaffen hätte, die Ökostromerzeuger längst die dringend benö-

tigten Speicher geschaffen hätten.

Fehlanreize, wohin das Auge blickt, lautet das Urteil des Autors zum EEG. Zwar wird dieses derzeit reformiert, aber noch ist nicht absehbar, ob wirkliche Verbesserungen umgesetzt werden, so groß ist der Einfluß der Lobbygruppen. Hier wundert sich Wendt, daß Lobbyismus von der Ökostrombranche von deutschen Journalisten gutgeheißen und sogar häufig unterstützt wird, während beispielsweise ein ähnliches Verhalten bei der Autoindustrie scharf verurteilt wird. Auch erstaunt es ihn immer wieder, daß Windparks in Gegenden entstünden, wo kaum Wind wehe, Hauptsache sie erhöhten das Prestige der örtlichen Politiker.

Zudem wird mit der Behauptung aufgeräumt, daß die Streichung der Verschonung der energieintensiven Unternehmen von der EEG-Umlage den Strompreis senken würde. Bestenfalls gebe es zwei Jahre keine Erhöhung, doch dann wäre auch diese Änderung aufgeessen, zugleich wären aber vermutlich tausende Arbeitsplätze in der chemischen Industrie ins Ausland abgewandert. Und übrigens nicht nur dort: Auch die noch verbliebenen deutschen Solarmodulhersteller gehören zu den vier Prozent der Industriebetriebe, die von der EEG-Umlage befreit sind.

Die Rechercheleistung des Autors ist zu loben, da er viele Details zum EEG vorträgt, die nicht jedermann bekannt sind. ... Auch stellt er die richtigen Fragen. So sei die Energiewende, nur weil es Tage gibt, an denen Deutschlands Stromverbrauch fast vollständig aus Erneuerbaren gedeckt wird, noch lange kein Erfolg. Schließlich sei bis jetzt nicht nachhaltig gelöst, was passiert, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, und zudem sei das Thema Wirtschaftlichkeit völlig außer Acht gelassen worden.

Und wer profitiert nun überhaupt von der Energiewende, wenn selbst die Betreiber trotz Subventionen immer öfter Verluste machen? ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 16. Juli 2014 (x1.000/...):

>>**Wie gemeinnützig ist die 2.8 Milliarden Spende des Warren Buffet?**

Der US-amerikanische Milliardär Investor Warren Buffet gilt als der drittreichste Mensch der Welt. Sein Vermögen wird auf 66 Milliarden US-Dollar geschätzt. Nun spendet Warren Buffet 2,8 Milliarden US-Dollar an gemeinnützige Stiftungen. Diese Nachricht wurde heute weltweit über die Hauptmedien verkündet.

Wir von Klagemauer TV wollten wissen, wie diese Nachricht beim Volk angekommen ist und vor allem, was man sich so unter einer 2.8 Milliarden Spende für gemeinnützige Zwecke vorstellt. Am besten führen Sie, geschätzte Zuschauer, heute Abend einmal selber diese kleine Umfrage in Ihrem persönlichen Familien- oder Freundeskreis durch. Befragen Sie dazu gerne auch Kinder. Und in etwa so werden die Antworten dann überall ausfallen: Kla.TV hat dazu Kinder im Alter von 10-17 Jahren befragt:

**Frage 1:** Was sagt Ihr dazu, daß der drittreichste Mann der Welt \$ 2.8 Milliarden für gemeinnützige Zwecke gespendet hat?

**Antwort:** "Was ist gemeinnützig?" Nachdem wir diese Frage geklärt hatten: "Ja, ganz super... das muß ja ein extrem guter Mensch sein."

**Frage 2:** Wie viele Nullen hat 1 Milliarde?

**Antwort:** Neun? Richtig. 1 Milliarde \$ sind also  $1.000 \times 1.000.000$  \$.

**Frage 3:** Nun hat der drittreichste Mensch der Welt \$ 66 Milliarden Privatvermögen. Wie kann ein einzelner Mensch zu so viel Geld kommen?

**Antwort:** "Keine Ahnung, mit ehrlicher Arbeit jedenfalls ganz sicher nicht, denn eine so große Leistung kann doch kein Mensch auf der Welt jemals erbringen." (So die Antwort einer 17 jährigen Lehrtochter.)

**Frage 4:** Was stellst du dir genau darunter vor, wenn du hörst, daß ein Mensch 2.8 Milliarden Dollar an gemeinnützige Stiftungen spendet. Was muß da ganz praktisch geschehen?

**Antwort:** "Ich hörte gerade kürzlich, daß fast 3 Milliarden Menschen mit nur gerade zwei

Dollar pro Tag auskommen müssen, und daß jede Woche über 200.000 Kinder qualvoll verhungern. Ich würde darum sagen, daß jetzt sehr viele Kinder endlich einmal genug zu essen bekommen, oder daß man mit dem Geld z.B. große Wasseranlagen baut und Maschinen einkauft und so; einfach daß es ihnen halt irgendwie besser geht."

**Frage 5:** Nun geht aber der größte Teil dieser \$ 2.8 Milliarden Spende an die Stiftung von Microsoft Gründer Bill Gates, und zwar nicht in Form von Bargeld, sondern in Form von Aktien von Baphets Investment-Holding Gesellschaft. Was sagst du dazu?

**Antwort:** "Da komm ich nicht mehr mit. Was ist eine Holding Gesellschaft?" Das ist eine Gesellschaft, die selber keine Waren produziert, die aber Aktien anderer Gesellschaften besitzt und diese dadurch beeinflusst oder beherrscht.

**Antwort:** "Jetzt komm ich noch weniger mit: Was sind Aktien? Kann man das essen oder so?"

Ja, verehrte Zuschauer, in etwa so wird dann wohl auch Ihre Befragung enden. Aber auch für all diejenigen unter uns, die wissen, was eine Holdinggesellschaft oder was Aktien sind, dürfte eines klar sein: Diese 2,8 Milliarden US-Dollar Spende wird nicht in Form von Nahrungsmitteln oder Wasser an sterbende Menschen, sondern in Form von Aktien an andere superreiche Milliardäre übergehen - dies natürlich steuerfrei, wie immer. Da das meiste dieser 2,8 Milliarden Dollar dem Milliardär Bill Gates gespendet wird, erinnern wir daran, was dieser Mann genau unterstützt. In den Medien wird uns erzählt, daß er sich für Erziehung und Gesundheit einsetze, sowie gegen Armut.

Auch hier könnte man wieder denken, dies entspreche doch genau dem Anliegen der befragten Kinder, doch gemäß Markus Lanz weit gefehlt: Bill Gates sprach nämlich am 14. Juli 2011 in einer Sendung mit Markus Lanz über die Art und Weise der Bevölkerungsreduktion. Mit dieser Sendung ist ein Sturm der Entrüstung gegen Bill Gates ausgebrochen. Denn in den Augen zahlloser Zuschauer ist der jüdische Worttäter zum superreichen Eugeniker abgesunken. Eugeniker sind Menschen, die Programme zur Reduktion der Menschheit gutheißen und sogar finanzieren.

Hier ein Zitat von Bill Gates in jener Sendung mit Markus Lanz über die Art und Weise der Bevölkerungsreduktion: "Es ist an sich gegen den gesunden Menschenverstand, daß sich, wenn man impft, die Bevölkerungsstärke ganz erheblich verringert. Das war 2001, da habe ich diese Erfahrung gemacht, und dann haben wir im großen Stil im Gesundheitswesen vor allem Impfstoffe gefördert." Zitatende.

Bill Gates unterstützt also Organisationen, die die Bevölkerungsreduktion vorantreiben.

Aber auch 4 kleinere Stiftungen sollen Anteil an dem 2,8 Milliarden Dollar-Aktiengeschenk von Warren Buffet erhalten. Da diese vier weiteren kleinen Stiftungen nicht mit Namen genannt wurden, gibt es natürlich einigen Raum für Spekulationen. Eins dürfte allerdings ziemlich sicher sein: Der drittreichste Mann der Welt, Warren Buffett, verkehrt allem voran mit Milliardärs-Freunden wie Rockefeller, Rothschilds, WHO-Unternehmern und dergleichen; kurzum alles Menschen und Organisationen, die die Bevölkerungsreduktion, bis hin zur heimlichen Sterilisation und Zwangsimpfung vorantreiben.

Ein Beispiel dafür ist Planned Parenthood, der deutsche Zweig davon heißt Pro Familia, eine Organisation, die für Abtreibung, Verhütung und Sterilisation eintritt. Margaret Sanger, die Gründerin von Planned Parenthood, so legte es Oliver Janich überzeugend aus ihren Werken dar, war eine Eugenikerin, die sogar für Zwangssterilisation eintrat. In einem ihrer Bücher bezeichnete sie bestimmte Völkergruppen als "menschliches Unkraut", Idioten, die es nicht verdienen, Kinder zu haben.

Die Erfahrung lehrt zunehmend, verehrte Zuschauer, daß man allem voran wohl tätige Berichte aus den Mainstream Medien prüfend hinterfragen muß. Wie im vorliegenden Beispiel muß nicht alles auch wirklich wohl tätig sein, nur weil es mit Spenden für sogenannte gemeinnützi-

ge Stiftungen finanziert wurde. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 25. Juli 2014 in seinem Internet-Blog "[fassadenkratzer.wordpress.com](http://fassadenkratzer.wordpress.com)" über den Einfluß der britischen Freimaurer vor dem Ersten Weltkrieg ([x967/...](http://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/07/25/okkulte-einfluesse-im-englischen-imperialismus-vor-dem-1-weltkrieg/)): >>**Okkulte Einflüsse im englischen Imperialismus vor dem 1. Weltkrieg**

Der Einfluß des Okkultismus auf die britische Politik ist allgemein wenig bekannt oder wird in seiner Bedeutung unterschätzt. Schon im vorigen Artikel hatten wir den Hinweis des Historikers Markus Osterrieder zitiert, daß gerade in der imperialistischen Bewegung um Alfred Milner ein tiefes Interesse an okkultistischen und spiritistischen Phänomenen, "die seit 1852 immer mehr Menschen auf der britischen Insel in ihren Bann schlugen", verbreitet war. (M. Osterrieder: *Welt im Umbruch*, Stuttgart 2014, S. 805).

Trotz der allgemeinen Neigung zum Materialismus gaben sich viele Engländer doch nicht mit platten Welterklärungen zufrieden, sondern versuchten, in den metaphysischen Hintergründen des irdischen Lebens Antworten auf Rätselfragen des Daseins zu finden. Und insbesondere Politiker strebten durch spiritistische Praktiken danach, Leitlinien für ihr Handeln aus einer spirituellen Welt zu erhalten. Das kann man als Humbug abtun. Aber damit verbaut man sich den unvoreingenommenen Blick auf historisch wirksame Kräfte. Und um deren Beschreibung geht es.

### **Die okkultistischen Bestrebungen W. T. Steads**

Ein enger Freund Alfred Milners, der Journalist William Thomas Stead (1849-1912), der "eine der eigentümlichsten Persönlichkeiten seiner Zeit und eine beherrschende Gestalt im öffentlichen Leben der Insel" war, besuchte seit 1881 spiritistische Sitzungen. Eine eigene mediale Begabung, die des automatischen Schreibens (s. Wikipedia unter Séancen) trat bei ihm erstmals 1892 auf, durch das er "regelmäßig Nachrichten von 'Verstorbenen' über das 'schreibende Telefon'" empfing.

Bereits Mitherausgeber der angesehenen Abendzeitung Pall Mall Gazette, gab er ab 1894 die Vierteljahresschrift *Borderland* heraus, um das, "was die Society for Psychical Research für einige Auserwählte getan hat", für das große Publikum zu erreichen. (Osterrieder, S. 828f.) *Weltweit berühmt wurde W. T. Stead 1897 ... durch die Veröffentlichung von Mitteilungen, die ihm unter dem Namen einer verstorbenen Bekannten, Julia Ames, kundgetan wurden. Das Buch erfuhr zahlreiche Auflagen und Übersetzungen.*

*Von "Julia" empfing er eine Meditationstechnik, die er "Rosenkranz" nannte: In einem Notizbuch schrieb er alle Namen von Personen und Sachen nieder ("die Gefährten des Rosenkranzes"), zu denen er in irgendeiner Beziehung stand.*

*Jeden Morgen ging er nach dem Aufwachen in Gedanken jeden einzelnen Namen mit der Frage durch: Was kann ich hierfür tun? Was sollte ich tun? Er hatte dabei auf alle Einfälle zu achten, die ihm spontan zukamen. Lord Milner, der für Steads "Gespenster" angeblich nicht viel übrig hatte, übernahm diese okkulte Technik gerne für seine eigenen, zumeist politischen Zwecke: "Der Rosenkranz ist ausgezeichnet, und ich werde ihn übernehmen und Dich zu einem meiner Gefährten machen."*

1909 richtete Stead das "Büro Julia" ein, welches den "okkulten Kontakt" zwischen den beiden Sphären aufrechterhalten sollte, um "jenen, die ihre Verstorbenen verloren hatten, die sich um Freunde und Verwandte sorgten, erneut eine Verbindung mit ihnen zu ermöglichen." Dabei kam er auf die Idee, für seine Zeitung "Tote" zu "interviewen". 1909 gab etwa der längst verstorbene W. E. Gladstone (früherer Premierminister) auf einer Séance zum Besten, was "er" von dem neuen britischen Haushalt hielt. Das "Interview" erschien im Daily Chronicle unter der Schlagzeile: "Erstaunliches Geist-Interview. Der verstorbene Mr. Gladstone über den Haushalt" (a.a.O. S. 830).

Was auch immer an der Sache mit Gladstone dran war: Stead versuchte, echte oder fingierte okkulte Offenbarungen in den Dienst praktischer Politik zu stellen. Dies nahm noch ganz an-

dere Ausmaße an. Wie Milner ein "Enthusiast für die Rasse und das Empire", bemühte er sich in der britisch-russischen Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in Zentralasien (Great Game) hartnäckig um eine Annäherung zwischen beiden Ländern, "verweigerte sich konsequent der grassierenden Russophobie und riet der britischen Regierung, Rußland endlich als Partner im Prozeß der 'Zivilisierung' Asiens und Schutzmacht der christlichen Slawen auf dem Balkan gegenüber dem Islam anzuerkennen."

Dazu pflegte er seit 1877 enge Kontakte mit der spirituellen kosmopolitischen Russin Olga Novikova, die als inoffizielle Vertreterin der panslawischen Sache in London und Moskau wirkte. Sie machte ihn 1888 mit ihrer Freundin, der Okkultistin Helena P. Blavatsky bekannt, der Mitbegründerin und spirituellen Führerin der Theosophischen Gesellschaft, die in ihm "einen guten Theosophen" sah.

"Nach 1905 kam Stead während einer spiritistischen Sitzung in Kontakt mit einer Entität, die sich als 'Catherine' zu erkennen gab." In ihm bildete sich die Überzeugung, daß es sich um den Geist der Zarin Katharina der Großen (1729-1796) handele, die ihn auserwählt habe, "Botschaften über die Zukunft der slawischen Völker mitzuteilen.

Am 4. Dezember 1908 beauftragte Stead sein reguläres Medium Kathleen Harper, sie möge 'Catherine' bitten, einen Artikel über 'die allgemeinen Unruhen und die Perspektiven im Nahen Osten' zu channeln, den er unter seinem Namen veröffentlichen würde. ... Sie können sie fragen, was sie über diese Idee denkt, und ob sie es vorziehen würde, mit Ihrer Hand (automatisch) zu schreiben oder mit meiner. Ich meine, es wäre großartig, sie wieder in die Magazinliteratur einzuführen."

"Auf diese merkwürdige Weise entstand ein Artikel, unter dem Titel 'Die Ankunft der Slawen', den Stead im Januar 1909 in der Contemporary Review veröffentlichte. Der Artikel war ein panslawistisches Manifest über die Entstehung von Slavonia, einer 'Föderation oder Föderationen von selbstregierten Staaten', 'von Petersburg bis Prag und von Prag bis Adrianopel' (das ostthrakische Edirne). ... Einer solchen Morgendämmerung müsse jedoch erst die Verbindung von Slawentum und (trotz allem would-be Imperialism) britischer Politik vorangehen" (a.a.O. S. 833, 834).

Dies bräuchte hier nicht so ausführlich geschildert zu werden, wenn diese Verbindung von Slawentum und britischer Politik sich nicht erstaunlicherweise realisiert und im Vorfeld des Ersten Weltkrieges zu einer Mächtekonstellation geführt hätte, die an seinem Ausbruch wesentlichen Anteil hatte.

### **Cecil J. Rhodes und seine Geheimgesellschaft**

"Am 4. April 1899 hatte Stead den südafrikanischen Imperialisten Cecil J. Rhodes (1853-1902) kennengelernt", der wie Milner und seine Freunde seit seiner Jugend unter dem Einfluß der imperialistischen Ideen des Oxforder Kunsthistorikers John Ruskin stand und "sie zeitlebens als Inspirationsquelle für sein Handeln betrachtete."

*Rhodes wollte sein riesiges, in Südafrika durch Gold- und Diamantenminen und an der Börse erworbenes Einkommen von über 1 Million Pfund jährlich (heute über 8 Millionen Euro) "zu und für die Einrichtung, Förderung und Entwicklung einer Geheimgesellschaft" widmen, "deren wahres Ziel und Zweck die Ausdehnung der britischen Herrschaft über die ganze Welt sein wird."*

*Nach der "letztendlichen Rückgewinnung der Vereinigten Staaten von Amerika als integralem Bestandteil des Britischen Empire" entstehe "eine so große Macht, die Kriege unmöglich machen und das Wohl der Menschheit fördern werde" (a.a.O. S. 841f.).*

Während seines Studiums in Oxford wurde Rhodes Mitglied der Freimaurer-Apollo-Loge Nr. 357, Orient of Oxford, wo er am 17.4.1877 zum Master Mason erhoben wurde. Er trat ferner der Prince Rose Croix Loge Nr. 30 bei, einer Loge der Schottischen Hochgradmaurerei in Oxford. Von 1868-1914 wurden in der Apollo University-Loge 1.271 junge Männer der briti-

schen Oberschicht eingeweiht, also jährlich im Schnitt 28 Personen. Darunter befand sich auch der Prince of Wales und spätere König Edward VII, ferner der von 1905-1916 als britischer Außenminister wirkende Sir Edward Grey.

"Bereits im Alter von 24 Jahren war Rhodes zu seiner Überzeugung gelangt, die er 1877 in einem 'Glaubensbekenntnis' niederschrieb:

*Ich behaupte, daß wir das vortrefflichste Volk der Welt sind; je weiter wir uns in der Welt ausbreiten, desto besser für die Menschheit. ... Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werde ich Mitglied des Freimaurerordens. Ich sehe den Reichtum und die Macht, die sie besitzen, den Einfluß, den sie ausüben ... Warum sollte man nicht eine Geheimgesellschaft bilden mit einem einzigen Ziel - der Förderung und Erweiterung des Britischen Empire, um die gesamte, noch nicht zivilisierte Welt unter britische Herrschaft zu bringen, um die Vereinigten Staaten zurückzugewinnen und die Angelsachsen in der ganzen Welt zu einem einzigen Empire zusammenzufassen. ...*

*Es ist unsere Pflicht, jede Gelegenheit zu ergreifen, mehr Land zu erwerben, und wir sollten uns diese Idee beständig vor Augen halten: Mehr Land bedeutet einfach mehr von der angelsächsischen Rasse, mehr von der besten, menschlichsten, ehrenhaftesten Rasse, die die Welt besitzt. Um einen solchen Plan zu fördern, wäre eine Geheimgesellschaft eine großartige Hilfe, eine nicht öffentlich bekannte Gesellschaft, sondern eine, die im geheimen für ein solches Ziel arbeitet. ...*

*Schaffen wir dieselbe Art von Gesellschaft oder Kirche (wie die römische Kirche) für die Ausdehnung des Britischen Empire, eine Gesellschaft, die in jedem Teil des Britischen Empire ihre Mitglieder hat, die für ein einziges Ziel, für eine einzige Idee arbeiten, die ihre Mitglieder an unseren Universitäten und in unseren Schulen unterbringt und darauf achtet, daß die englische Jugend durch deren Hände geht. ... Die Gesellschaft sollte Teile der Presse inspirieren oder sogar besitzen, denn die Presse beherrscht das Bewußtsein anderer Menschen (a.a.O. S. 842, 843).*

Von der Verwirklichung dieses Planes war er sein Leben lang besessen. 1888 erläuterte er in einem Brief an Nathan Rothschild, den er ins Vertrauen gezogen und zum Treuhänder seines Vermögens gemacht hatte, wie die geplante Gesellschaft zu organisieren sei: "Nehmen Sie die Satzung der Jesuiten und ersetzen Sie 'römisch-katholische Religion' durch 'Englisches Empire'."

Der Orden sollte als "eine Kirche zur Ausdehnung des Britischen Empire" funktionieren, um die Menschen zu unterweisen, dafür so zu arbeiten, "wie die Jesuiten für die römische Kirche arbeiteten." Doch Nathan Rothschild schien unfähig, seine Gedanken voll zu verstehen, so daß er W. T. Stead zu seinem weiteren Treuhänder machte. Stead unterstützte ihn voll und ganz darin, anstelle einer britischen Vorherrschaft eine English-speaking union unter Einschluß der USA anzustreben.

Rhodes und Stead, die fortan von "unserer Idee" sprachen, schwebte vor, das zentralistische Papsttum des 9. Jahrhunderts, das Nikolaus I. geschaffen hatte, als Modell für die geplante Geheimgesellschaft zu übernehmen, um ein "Papsttum der englischsprechenden Idee" einzurichten, das nur den veränderten Gegebenheiten der Neuzeit angepaßt werden müsse. "Das Papsttum muß verwestlicht, angliert oder amerikanisiert werden", um "Freiheit und lokale Selbstverwaltung" aufzunehmen, deswegen benötige man "einen Papst, der englisch denkt." (S. 847)

Nachdem W. T. Stead Cecil Rhodes mit den geistverwandten Earl Albert Grey, Alfred Milner und Reginald Baliol Brett (Lord Esher) bekannt gemacht hatte, nahmen 1891 die Pläne der "Geheimgesellschaft" konkretere Gestalt an. "Lord Esher war einflußreichster Berater des Prinzen von Wales und späteren Königs, Edwards VII., welcher auch den Freimaurergrad eines Großmeisters der Vereinigten Großloge von England innehatte.

Während seiner Regentschaft (1901-1910) empfing Edward VII. von Brett, der seitdem als Lieutenant-Governor von Windsor Castle diente, täglich einen ratgebenden Brief. Der Prinz von Wales war überzeugter Imperialist und wie Rhodes und Rosebery der Auffassung, daß die Welt soweit wie möglich unter die Herrschaft des höherwertigen Angelsachsentums fallen solle." ( A.a.O. S. 854)

*Brett war es, der Stead mit eigenhändig geschriebenen anonymen Artikeln und mit internen Informationen aus dem Kabinett der Regierung Gladstone versorgte, um auf diese Weise auf den politischen Kurs von Gladstones Druck auszuüben. Schließlich mußte Gladstone im März 1894 vom Posten des Premierministers zurücktreten und wurde von Lord Rosebery abgelöst, der als Liberaler Imperialist dem Kreis um Rhodes, Stead, Brett und Milner nahestand.*

*Stead wiederum notierte, wie man sich am 5.2.1891 die Funktionsweise der 'Gesellschaft' vorgestellt hatte: "... die ideale Regelung wäre, soweit es für uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt ersichtlich ist: Rhodes, General der Gesellschaft; Stead, Brett und Milner bilden die Junta der Drei.*

*Nach Rhodes wäre Stead General, mit einem dritten in Nachfolge, möglicherweise (Nathan) Rothschild; dahinter bilden (der katholische Kardinal Henry) Manning, die Booths (General William Booth von der Heilsarmee und Bramwell Booth), Klein-Johnston (H. H. Johnston, Eroberer von Kenia und Nyasa-Land), Albert Grey, Arthur Balfour einen Kreis von Initiierten. Eine Assoziation der Helfer wird nachfolgen." (S. 855)*

Der eng gefaßte "Kreis der Eingeweihten" hatte 1891/92 konkrete Gestalt angenommen, blieb aber im Hintergrund. In den Vordergrund trat die von Rhodes finanzierte Vergabe von Stipendien, "mit deren Hilfe die jugendliche Elite aus den Kolonien und den USA, aber auch aus Deutschland, an der Universität Oxford im britischen Geist erzogen werden sollte," um so "dem inneren Orden der imperialen 'Kirche' das benötigte 'Fußvolk' zu verschaffen - nämlich Menschen, die in ihren Gedanken-, Willens- und Empfindungsformen tief von der in Oxford herrschenden 'Aura' vorgeprägt sein sollten" (S. 857). Jährlich gelangen so seit 1904 knapp 70 Studenten nach Oxford; wegen der Stipendien-Dauer von 3 Jahren befinden sich zu jeder Zeit rund 205 Stipendiaten dort. (S. 870).

### **Der wachsende Einfluß Alfred Milners**

Um 1900, wenige Jahre vor dem Tode Cecil Rhodes, verlor W. T. Stead dessen Vertrauen, "weil er sich öffentlich gegen das Vorgehen der Limps im Burenkrieg gewendet hatte" (in dem Rhodes und Alfred Milner die treibenden Kräfte waren) und sich auch nicht an die Geheimhaltungspflicht hielt. Doch trotz seiner Kriegskritik organisierte er 1899 in der Presse eine Invasionshysterie gegen Deutschland. Er streute das nachhaltige, vom Foreign Office weiter verwendete Gerücht, Berlin organisiere eine antibritische Koalition und bereite eine Invasion der britischen Inseln vor. Die Wirkung der so erzeugten Hysterie in der Öffentlichkeit sollte die gesamte Zeit bis zum Kriegsausbruch 1914 mitbestimmen. (S. 863, 864)

An seiner Stelle rückte Alfred Milner zum geistigen Nachfolger von Rhodes auf, der kurz vor seinem Tod sagte: "Vertraut immer Milner." Und er setzte ihn in seinem letzten Testament zum Treuhänder seines Vermögens (Rhodes-Trust) und der Stipendienvergabe ein. So führte Milner nach 1902 die Gedanken von Cecil Rhodes in selbständiger Weise aus. Organisationssekretär des Trusts wurde sein alter Freund und Inspirator aus Oxford, der Kanadier Sir George Parkin (1846-1922), "der nach Aussage seines Schwiegersohns 'Gott und Oxford und das Britische Empire niemals richtig auseinanderhalten konnte.'

Als Vorsitzender des Treffens des Royal Colonial Institute am 13. November 1906 erörterte Parkin das Ziel einer engeren imperialen Föderation der englischsprechenden Völker mit dem Verweis auf 'die kommende existentielle Krise' (worunter ein kommender Krieg verstanden wurde), in der 'wir als vereintes Volk aus den verschiedenen Teilen der Welt handeln werden.' (S. 867-869)

"Miners Mitarbeiter, Leo Amery, bekannte rückblickend im Jahre 1952: Wenn auch die Vision von Rhodes stammte, so war es doch Milner, der gut zwanzig Jahre hindurch verlässlich die Grundfesten eines Systems errichtete, dessen Macht, die Lebensanschauung und die geistige Verwandtschaft einer stetig wachsenden Gemeinschaft von Menschen in der gesamten englischsprechenden Welt zu formen, nur schwerlich übertrieben werden kann." (S. 870)

"Milner knüpfte nach 1902 beständig neue Fäden. Allmählich bildeten sich mehrere lockere Kreise und Gruppen, deren Mitglieder in den meisten Fällen keineswegs das gesamte Geflecht überblickten. Milners alter Studienfreund Arthur Glazebrook sprach 1914 von einer 'Armee von Milnerianern', die allesamt von deiner Führung und Inspiration abhängen". (S. 871)

Die sehr guten Kontakte zu dem amerikanischen Bankier J. P. Morgan, der sich im Sommer oft mit König Edward VII. in England zu Golf- und Jagdpartien traf, sollten Lord Milner ebenfalls noch zugutekommen. "Schließlich wurde er vor dem Krieg Großaufseher der Vereinigten Großloge von England, der König Edward VII. als Großmeister vorstand." (S. 872)

Durch die Freimaurerei und seinen langjährigen Mentor Lord George Goschen (1831-1907, Erster Lord der Admiralität 1871-1874 und 1895-1900, Schatzkanzler 1887-1892) öffnete sich ihm ein weiterer Kreis einflußreicher konservativer Politiker, die von Robert Gascoyne-Cecil (Lord Salisbury 1831-1903, Premierminister 1886-1892, 1895-1902 und Kanzler der Universität Oxford 1869-1903) sowie - nach dessen Tod - von Arthur James Balfour (1848-1930, Schatzkanzler 1895-1902, Premier 1902-1905) dominiert wurden.

"Die Angehörigen des 'Cecil-Clans' prägten das gesellschaftliche Leben in vornehmen Londoner Dinnerclubs ... und bestückten mit Hilfe von zahllosen Verwandtschafts- und Heiratsbeziehungen das politische Leben, das Erziehungs- und Pressewesen der britischen Insel mit Männern ihres Vertrauens. Durch sie erhielt Milner den politischen Einfluß, den er zur Durchsetzung seiner Ziele benötigte" (S. 872-873).<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 berichtete im Juli/August 2014 (x853/...): >>>Irrwege des Genderismus

*Uwe C. Lay*

A. Camus eröffnet sein Kapitel: "Die metaphysische Revolte" mit dem Satz: "Die metaphysische Revolte ist die Bewegung, mit der ein Mensch sich gegen seine Lebensbedingung und die ganze Schöpfung auflehnt. Sie ist metaphysisch, weil sie die Ziele des Menschen und der Schöpfung bestreitet". Um das Besondere der metaphysischen Revolte im Kontrast zur sozialen Revolte zu unterstreichen fügt er hinzu: "Der Sklave protestiert gegen das Leben, das ihm innerhalb seines Standes bereitet ist, der metaphysisch Revoltierende gegen das Leben, das ihm als Mensch bereitet ist".

Wir verstünden den Genderismus völlig falsch, sähen wir in ihm nur eine frauenspezifische soziale Revolte mit dem Ziel einer Verbesserung der Lebensbedingungen für Frauen. Dann wäre die Eröffnung eines Gendercenters durch den EKD-Vorsitzenden Schneider eben nur eine weitere Bereicherung des sozialen Engagements des Protestantismus, das die Katholische Kirche ruhig nachahmen könnte.

Nur, wer sich an das unsägliche Antifamilienpapier der EKD erinnert, der wird wohl argwöhnisch fragen: ist das wirklich so eine unschuldige Sache mit den *gender studies*? Wird hier ein Geist in das Christentum hineingelassen, den, hat man ihn erst mal gerufen, nicht mehr zu beherrschen weiß, der Geist einer metaphysischen Revolte, die das Christentum so völlig zerstört? Der Verdacht ist erlaubt. Sichern wir Spuren und Indizien!

Mit den Grundsätzen des Genderismus soll nun die Erörterung dieses Themas eröffnet werden. Die zwei Grundsätze stammen von *Simone de Beauvoir*, der Philosophin des französischen Existentialismus, der Lebensgefährtin Sartres, einer außergewöhnlich talentierten Schriftstellerin. Die Grundsätze lauten: Man wird nicht als Frau geboren, sondern dazu gemacht.

Mutterschaft ist heute eine wahre Sklaverei. (Es wäre eine eigene Untersuchung wert, den Niedergang des Adels als der einstigen Elite der Völker in einem Zusammenhang mit der in Adelskreisen üblich gewordenen Übergabe der eigenen Kinder von der leiblichen Mutter an Ammen und Gouvernanten zu erörtern). Auf diesen beiden Grundaxiomen erbaut sich dann die Weltanschauung des Genderismus auf. Darum sollen diese Grundsätze nun diskutiert werden.

### **Der erste Grundsatz**

Der erste Grundsatz wird im Genderismus entfaltet durch die Unterscheidung von Gender und Sex als Geschlecht. Das natürliche Geschlecht der Frau (bzw. des Mannes) wird von dem sozialen Konstrukt des weiblichen (männlichen) Geschlechtes unterschieden.

Diese Unterscheidung soll dabei schon der erste Akt der Aufklärung sein, denn es wäre ein Anliegen patriarchalen Denkens, das gesellschaftliche Konstrukt der Natur der Frau als die Natur der Frau auszugeben. Etwas geschichtlich Gewordenes würde so zu einer außergeschichtlichen Natur hypostasiert, zum Wesen der Frau. Die Dekonstruktion dieser Natur der Frau, ihres Wesens ist so das erste Anliegen des Genderismus.

Die Frau soll ihrer geschichtlichen Entfaltung entkleidet werden, um so ganz neu eingekleidet zu werden. Das Anliegen des Dekonstruktivismus ist somit kein rousseausches "Zurück zur Natur" als dem wahren und unverdorbenem Frausein, sondern es ist nur die Entkleidung der Frau, damit sie sich nun einkleiden kann. Sie soll sich so neu, frei, selbstbestimmt kultivieren. Kultur ist so nicht per se ein Negativum.

Nur die Kultur des Patriarchalismus wäre rein negativ. Die sich aus dem Patriarchalismus emanzipiert habende Frau soll sich nun erst frei neu erwählen als freies Projekt ihrer Selbstbestimmung. Jedes Rollenbild, jede Vorstellung vom wahren Frausein behindere dabei nur die freie Wahl. Existentialistisch ausgedrückt:

Der Wahl der Frau, einer Frau, so will ich sein, dieser ihrer gewählten Existenz geht keine Essenz des Frauseins voraus. Denn jede Essenz limitierte die Freiheit des freien Selbstentwurfes. Darum sollen alle gesellschaftlich bedingten Bilder des Frauseins dekonstruiert werden als Hervorbringungen männlichen Willens der Macht über die Frau. Erst wenn jedes normative Frauenbild aufgelöst ist, entsteht das wahre Reich der Frauenfreiheit: frei sich bestimmen zu können!

Sartre legte diese Grundkonzeption in seinem Essay: "Ist der Existentialismus ein Humanismus" prägnant dar. "Wenn der Mensch, so wie ihn der Existentialist begreift, nicht definierbar ist, so darum, weil er anfangs überhaupt nichts ist. Er wird erst in der weiteren Folge sein, und er wird so sein, wie er sich geschaffen hat. Also gibt es keine menschliche Natur, da es keinen Gott gibt, um sie zu entwerfen. Der Mensch ist lediglich so, wie er sich selbst konzipiert". *Ab ovo*: Der Mensch ist nichts, das und nur das ist seine Freiheit, denn das meint die reine Unbestimmtheit.

Nur aus ihr heraus kann sich der Mensch frei, nämlich willkürlich als Projekt entwerfen. Jede Vorstellung von einer Natur des Menschen ist so ein Angriff auf die menschliche Freiheit. Gäbe es einen Gott, dann bestimmte er das Menschsein, das Wesen des Menschen, und somit wäre dieser unfrei, weil er nun nicht mehr der Kreator seiner selbst wäre. Der Genderismus transformiert diesen sartreschen Gedanken nun um:

Die Frau kann nur frei sein, wenn die patriarchalistische Gesellschaft ihr nicht mehr vorschreibt, wie sie als Frau zu sein hat. Der Begriff der Natur der Frau wird so rekonstruiert als Akt des Beherrschungswillens des Mannes: er will ihr diktieren, wie sie zu sein hat. Der gesellschaftliche Begriff der Frau, ihre Natur ist so das Produkt einer gesellschaftlichen Konstruktion.

Es gäbe zwar eine biologische Grundausstattung der Frau, aber dies biologisch-natürliche Geschlecht dürfe nicht verwechselt werden mit dem sozialen Geschlecht der Frau.

Die Frau ist nichts, bevor sie sich selbst zu etwas entwirft, so würde das Sartre formulieren. Dieser Satz ist so gesehen noch radikaler, weil er sogar noch die biologische Naturbestimmtheit des Menschseins unterlaufen will. Nebenbei: offenkundig bildet die occamistische Gotteslehre, Gott als vollkommene Willkürfreiheit zu denken als *potentia absoluta*, den ideengeschichtlichen Hintergrund des Sartreschen Freiheitsverständnisses.

Begrenzt so die biologische Natur der Frau ihre Freiheit? Genau das bejaht Beauvoir in ihrem zweiten Grundsatz: Mutterschaft ist Sklaverei. Solange die Frau noch Mutter sein will, ist sie noch eingebunden in die Natur und durch diese Einbindung unfrei. Erst wenn sie nicht mehr Mutter sein will, ist sie frei.

Und das lebte die kinderlose Beauvoir auch vor! Erst wenn die Frau ihre innere Natur, ihr Berufen sein zur Mutterschaft überwindet, ist sie wahrhaft frei. Darum gehört zur feministischen Frauenemanzipation der unbedingte Wille zum Recht des Tötens der ungeborenen Kinder. Es ist bezeichnend, "daß der erste Staat der Welt, der Abtreibungen legalisierte, Lenins bolschewistisches Rußland gewesen war". Der Kampf gegen den einstigen § 218 gehört so konstitutiv zum Genderismus dazu.

Und in diesem Punkte siegte der Feminismus. Noch nie sind im Namen einer Weltanschauung so viele Menschen getötet worden wie im Namen des Feminismus. Kommunisten und Nationalsozialisten zusammen töteten weniger Menschen als Feministinnen Kinder abtreiben und töten ließen und lassen!

Es gibt einen abgründigen Zusammenhang zwischen Sartres Rechtfertigungsversuch des stalinistischen Terrors und dem Ja der feministischen Beauvoir zum Kindermord, zur Abtreibung ...

Somit ist der Feminismus gerade in seiner genderistischen Ausgestaltung eine metaphysische Revolte gegen die Natur der Frau. Aber es ist auch ein Aufstand gegen das Leben: werden Frauen nicht mehr Mütter, stirbt das menschliche Leben aus.

### **Das natürliche und das gesellschaftliche Geschlecht der Frau**

Der als Frau geborene Mensch verfüge über eine natürliche geschlechtliche Grundausstattung. Das wäre sein natürliches Geschlecht. Dann gäbe es, darauf aufbauend, noch das soziale Geschlecht der Frau, zu dem die Frauen durch die Gesellschaft in Gestalt ihrer Eltern, des Kindergartens und der Schule gemacht werden. Wer auch immer sie mitprägt, - man denke an die Massenmedien, aber auch an das soziale Umfeld, - eines fällt *ad hoc* ins Auge: Die Frauwerden der Frau wird in diesen sozialkritischen Ansätzen sehr einseitig gesehen: die Frau wird gemacht durch die Gesellschaft.

Das Spezifische, daß die Frau auch das Subjekt ihres Werdens ist, wird dabei weitestgehend ausgeklammert. Dies evoziert die kritische Anfrage: könnte es denn nicht sein, daß dem Zur-Frau-Machen der Gesellschaft ein Zur-Frau-Werden-Wollen der Frau entspricht? Implizit wird hier ein Widerspruch hineingelesen zwischen dem, was die natürliche Natur der Frau ausmacht und dem, was die Gesellschaft aus der Frau macht.

So müßte ein im Geiste des Genderismus Urteilender sagen:

wenn Mädchen lieber mit Puppen und Buben lieber mit Autos spielen, habe dies nichts mit der Natur der Mädchen und Buben zu tun, sondern sei ausschließlich ein Produkt der geschlechtsspezifischen Erziehung. Gäbe es die nicht, spielten Jungen auch gerne mit Puppen und Mädchen mit Werkzeugkästen.

Sieht man kleine Mädchen mit lackierten Fingernägeln und Schmuck, dann sind die Eltern oder die Gesellschaft daran schuld und nicht etwa die ewige Natur der Frau, die den Blick in den Spiegel sucht: "Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die schönste im ganzen Land?" Der einstige Mao-Einheitslook für Frauen und Männer wäre so das Paradies auf Erden für Genderisten:

Frauen, die nicht mehr als Frauen erkennbar sind! Aber wie begründet der Genderismus, daß

die soziale Natur der Frau, daß das ihr gesellschaftlich zugeschriebene Frauenbild der biologischen Natur der Frau widerspräche? Solange wir noch so fragen, denken wir die Natur, die biologische Natur als die Norm für das Soziale. Es läge dem ein romantischer Rousseauismus zugrunde: die gute Natur und ihre Korruption durch das Soziale. Sartre weist uns da aber in eine andere Richtung.

Seit Humes Kritik am naturalistischen Fehlschluß, daß das, was ist, uns sagt, was sein soll, wissen wir, daß das, was ist, nur das Material unseres Gestaltungswillens ist. Die Natur ist nur noch der Rohstoff unseres Gestaltungswillens. Unser Wille sagt, was sein soll, und er verfügt dann so über die Natur, daß sie demgemäß gestaltet wird. Sartre mißt so der Natur keinerlei normative Größe zu. Das übernimmt der Genderismus. Das ist auch nur verständlich. Es ist ein leichtes, darzulegen, daß gerade das traditionelle Frauenbild, das sie primär als Mutter und somit als Ehefrau sieht, der biologischen Natur der Frau entspricht.

Wir wissen: Die Natur kennt nur einen Willen, den der Arterhaltung. Dem ordnet sie das Individuum unter: es ist nur um der Arterhaltung willen. Die Natur ist so gesehen sehr konservativ ausgerichtet: Lebenserhaltung ist ihr oberstes Ziel. Das Leben ist dabei beständig bedroht im natürlichen Kampf aller gegen alle.

Nur, von all dem will diese Weltanschauung nichts mehr wissen. Die Naturvergessenheit des Genderismus zeichnet sie als typisches Phänomen der Großstadtkultur aus. Es sei hier *en passant* an die immer noch lesenswerte Darstellung *Oswald Spenglers*: "Die Seele der Stadt" erinnert. "Der letzte Mensch der Weltstädte will nicht mehr leben, wohl als einzelner, aber nicht als Typus, als Menge; in seinem Gesamtwesen erlischt die Furcht vor dem Tod. Das, was den echten Bauern mit einer tiefen und unerklärlichen Angst befällt, der Gedanke an das Aussterben der Familie und des Namens, hat seinen Sinn verloren.

Die Fortdauer des verwandten Blutes innerhalb der sichtbaren Welt wird nicht mehr als Pflicht dieses Blutes, das Los, der Letzte zu sein, nicht mehr als Verhängnis empfunden. Nicht nur weil Kinder unmöglich geworden sind, sondern vor allem weil die bis zum äußersten gesteigerte Intelligenz keine Gründe für ihr Vorhandensein mehr findet, bleiben sie aus". Das ist nach Spengler das Besondere der Stadtkultur. Offenkundig ist der Genderismus ein Gewächs, ein recht unansehnliches zumal, dieser Asphalt- und Betonkultur.

Nicht die biologische Natur der Frau bildet also den normativen Gegenpol zum sozialen Konstrukt der Frau. Nein, diese frauliche Natur soll geradezu entwertet werden zum Rohmaterial der freien Selbstbestimmung der Frau. Sie will nur noch ein Projekt sein, ein Selbstentwurf. Für einen solchen Selbstentwurf wäre eine normative Natur nur eine unzumutbare Einschränkung.

Ja, jedes normative Frauenbild verkleinerte die Freiheit der Frau, sich frei zu entwerfen. Sartre: "Der Mensch ist zuerst ein Entwurf, der sich subjektiv lebt". Nur drängt sich nun ein gravierendes Problem auf: wenn es keine normativen Kriterien zur Prüfung eines Entwurfes der Selbstbestimmung von Frauen gibt, wie und mit welchem Recht wird dann das jetzige sozial konstruierte Frauenbild kritisiert?

Es bliebe nur die reine Formalität, daß das gesellschaftlich konstruierte Frauenbild nicht eine Hervorbringung ungebundener Subjektivität von Frauen sei! Nur weil das Frauenbild ein soziales sei, widerspräche es dem Ideal der Selbstbestimmung. Nimmt man dies Argument ernst, wird die Frau und überhaupt der Mensch nur ein freies Wesen werden können, wenn er asozial, außerhalb jeder Gesellschaft lebte.

Denn jede Gesellschaft bringt Rollenbilder hervor, geschlechtliche von Mann und Frau, soziale von Lehrer und Schüler, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, beliebig ergänzbar, die so die jeweilige Freiheit der Menschen auflösten, weil sie keine freie Selbstbestimmung mehr zuließen. Wußte Aristoteles noch, daß der Mensch von Natur aus ein soziales Wesen ist, so wird im Genderismus das Soziale zum Feind der individuellen Freiheit.

Jede Frau habe das Recht, sich so zu bestimmen, wie sie es möchte, ohne jede Rücksicht auf das Sozialwesen, in dem sie lebt. Zugleich fordert diese asoziale Selbstbestimmung aber, daß sie unbedingt von der Gesellschaft bejaht bzw. akzeptiert werden muß. So reduziert sich die Kritik an der sozialen Konstruktion des Frauenbildes auf die These, daß, weil es sozial ist, nicht individuell ist, und nur individuelle Entwürfe entsprächen dem Ideal selbstbestimmten Lebens.

### **3. Die Revolte wider Gott**

Sartre erfaßt das widergöttliche Anliegen des Genderismus treffend: Wenn es einen Gott gäbe, dann hätte dieser Gott als Schöpfer dem Menschen eine Natur gegeben, die dann normativ für den Menschen wäre. Meiner Wahl, also meiner Existenz ging die Essenz meines Menschseins voraus und diese normierte meine Selbstbestimmung.

Soll dagegen meine Selbstbestimmung ein reiner Freiheitsakt sein im Sinne von Willkür, dann darf meiner Wahl keine normative Vorgabe vorangehen. Eine von Gott geschaffene Natur, die mir sagte, so soll ich sein, verhindert eine freie Selbstbestimmung unter der Prämisse, daß ich Freiheit als Willkür verstehe. So revoltiert der Genderismus gegen den Schöpfergott, indem er die von Gott gewollte Unterscheidung von Mann und Frau beseitigen will!

Der Genderismus kämpft so gegen die Natur der Frau wie gegen die Natur des Mannes. Denn die natürlichen Unterschiede von Frau und Mann und die darauf aufbauende soziale Differenz von Frau und Mann sind ja die Schöpfungsordnungen Gottes, die Gott gab, damit menschliches Leben ermöglicht wird und gelingen kann. Der Archetyp aller menschlichen Revolutionen gegen Gott bildet ja der Aufstand der Rotte Korach wider die gottgewollte Hierarchie mit den Parolen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bzw. (politisch korrekter) Geschwisterlichkeit.

Die ihm nachfolgenden Revolten, von Luther über die Französische Revolution bis zum Genderismus sind so gesehen nur Mutationen dieses Urbildes der Revolte wider Gott und seine Ordnung.

### **4. Die sexuelle Revolution**

Oberflächlich betrachtet, ist die sogenannte sexuelle Revolution ein Produkt des Scheiterns des orthodox-marxistischen Klassenkampfkonzeptes. Als das Subjekt der erlösenden Revolution, die Arbeiterklasse unter Führung von kommunistischen Avantgardeparteien die Hoffnung Linksintellektueller nicht erfüllte, begann u.a. *Max Reich* mit der These: das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft sei die Unterdrückung der Sexualität, und darauf aufbauend formiere sich erst der Widerstreit von Kapital und Arbeit.

Deshalb müsse, wer die bürgerliche Gesellschaft revoltieren wolle, die Sexualität aus dem Gefängnis der bürgerlichen Gesellschaft befreien. Das war sozusagen der revisionistisch-marxistische Grundsatz der Kampagne der sexuellen Revolution.

F. Engels sagte: "In der Familie ist der Mann der Bourgeois und die Frau repräsentiert das Proletariat". Der Kampf um die Befreiung der Sexualität verband sich mit dieser marxistischen Familienkritik und wurde so zum Kampf wider die Familie. So urteilt Popov: "Das traditionelle Familienleben und die Religion waren die hauptsächlichen Träger der alten Kultur. Deswegen war die Politik der Befürwortung von Abtreibung eines der Instrumente der gewünschten vorrevolutionären Zerstörung der russischen Familie und der russischen Kultur".

### **5. Die Technik als unser Schicksal?**

Nur wird so die Tiefgründigkeit dieser Bewegung übersehen. Konzentrieren wir uns auf das Hauptproblem. Es ist die Abtrennung der Sexualität von der Fortpflanzung. Die Technik ermöglichte dies, so daß es zum Regelfall wird, daß Sexualität gelebt wird unter dem Ausschluß der Möglichkeit, daß durch die gelebte Sexualität Nachwuchs entsteht. Die Pille und die vielen anderen Verhütungsmittel erlauben es, Sexualität zu leben, ohne daß Nachwuchs entstehen kann. Ja, es bedarf jetzt des besonderen Willensentschlusses der Partner, auf die Verhütung zu

verzichten, damit ein Kind entstehen kann.

Die Technik, wenn man will, der technische Fortschritt ermöglichte erst diese Trennung von Sexualität und Fortpflanzung. Die Natur des Menschen wird somit durch diese Technik überlistet. Erfand die Natur den Lustgewinn beim Fortpflanzungsakt, damit die Menschen sich fortpflanzten, - würde der Mensch sich nur motiviert durch die Einsicht in die Pflicht zur Fortpflanzung zur Arterhaltung fortpflanzen, er wäre wohl längst mangels Nachkommen ausgestorben-, so trennt nun die Technik den Akt der Fortpflanzung mit seinem Lustgewinn von der Frucht der Fortpflanzung, dem Nachwuchs.

Jetzt, wo der Gebrauch von technischen Verhütungsmitteln zur Regel geworden ist, erscheint auch die Sexualität als etwas Selbstzweckliches, das nur um des Genusses willen praktiziert wird. Das wiederum legitimiert alle Arten praktizierbarer Sexualität, wenn sie den Praktizierenden nur Lust bereiten. Das ist der Kern der Forderung der gesellschaftlichen Anerkennung aller sexuellen Praktiken, sofern sie nur alle Beteiligte befriedigt. Daß die Sexualität wesenshaft auf die Fortpflanzung und die Nachkommenschaft ausgerichtet ist, wird in den Zeiten der Verhütungsmittel nur noch zum moralischen Appell.

Faktisch ist diese Ausrichtung beseitigt. Faktisch gab es vor den technisch-künstlichen Mitteln der Verhütung von Schwangerschaften Methoden der Verhütung, so etwa die Propagierung des Analverkehrs durch den Radikalaufklärer Marquise de Sade, aber erst durch die Allgegenwart der künstlich-technischen Verhütungsmethoden kommt es faktisch zur Abtrennung von der gelebten Sexualität und der Fortpflanzung.

Des Menschen Natur ist es, sein Leben zu verkünstlichen. Diese These soll nun an den Anfang einer tiefgründigeren Erfassung des Wesens des Genderismus vorangestellt und kurz erläutert werden. Der Genderismus ist so gesehen ein Nebenprodukt der technischen Revolution.

Ein kurzer Blick auf den zeitgenössischen Menschen reicht, um uns den Grad der Verkünstlichung vor Augen zu führen: von der Brille als künstlicher Sehhilfe, über die Heizung, die uns vor der Kälte nicht nur des Winters schützt, über die Kleidung, die wir statt der Wärme spendenden Behaarung tragen, bis zu künstlichen Ersatzorganen: seitdem der Mensch technische Geräte zur Naturbeherrschung entwickelte, wendete er die Technik auch auf sich selbst an. Wir leben nicht natürlich, sondern technisch-künstlich.

Der Mensch versteht die Natur als Aufgabe zur Umgestaltung. Nur in Mußestunden meditiert er in der Natur, betrachtet sie genießend. In der Regel ist sie dem Menschen nur ein Rohstoff. Der Schreinermeister sieht ein Stück Holz, und schon betrachtet er es unter der Fragestellung: wozu kann ich dies Stück verarbeiten?

Da wir Menschen selbst ein Teil der Natur sind, machen wir uns selbst zum Rohstoff für eine technische Weiterverarbeitung. So gesehen entspricht es dieser Neigung des Menschen, die Natur und somit auch die eigene durch Technik zu beherrschen, daß der Mensch durch künstliche Verhütungsmittel die gelebte Sexualität von der Fortpflanzung abtrennt. Er entnaturalisiert damit die Sexualität. Sie wird jetzt nur noch um des reinen Lustgewinnes willen praktiziert unter Ausschluß der Hervorbringung von Nachwuchs.

Der Mensch überlistet somit mittels der Technik die Vernunft der Natur. Am Endpunkt dieser Entwicklung werden wir auf eine künstlich unfruchtbar gemachte Sexualität stoßen, die Sexualität wird gelebt unter dem Ausschluß von der Möglichkeit der Entstehung von Kindern und einer künstlichen Fortpflanzung.

Das meint, daß die Nachkommen *in vitro* erzeugt, vom Brutkasten zur Kita kommen ohne natürliche Eltern und ganz und gar mutterlos. Das wäre der Endpunkt der Verkünstlichung des menschlichen Lebens. Wem dies nur als grausige Zukunftsromanphantasie vorkommt, der mag genau hinschauen, wie weit wir schon auf diesem Weg vorangeschritten sind.

Es bleibt die bedrückende Frage: lassen wir den technischen Fortschritt über uns herrschen

oder gelingt es dem Menschen, den Fortschritt selbst im humanen Geiste zu beherrschen? Der Genderismus will die totale Verkünstlichung des Menschen bis dahin, daß Frauen und Männer gleichermaßen durch Kunstoperationen ihr Geschlecht beliebig ändern können. Ich brauche nicht mehr zu sein, wozu mich die Natur bestimmt, also Frau oder Mann zu sein, weil ich mein Geschlecht dank der Technik künstlich beliebig verändern kann.

Die Sexualität wird dabei zu einer Quelle reinen Lustgewinnes, weil sie von dem Ziel der Sexualität, dem der Fortpflanzung völlig emanzipiert ist. Dieser durch die Technik ermöglichten Sexualität ohne Fortpflanzung korrespondiert dann die durch den technischen Fortschritt ermöglichte Fortpflanzung ohne Sexualität, die rein künstliche Fortpflanzung. Die Erziehung der künstlich erzeugten Kinder wird dann zur reinen Staatsaufgabe. Das macht dann die Mutterschaft und die Elternschaft völlig überflüssig.

## **6. Das soziale Umfeld des Genderismus**

Die Weltanschauung des Genderismus hat sich natürlich nicht in einem luftleeren Raum entwickelt. Die Katholische Sozialethik definierte einst als gerechten Lohn, daß der Ernährer der Familie so viel verdiene, damit er davon die Familie, die Frau und die Kinder unterhalten könne. Marxisten meinten, daß der Mindestlohn ausreichen müsse zur Reproduktion der Arbeitskraft als Ware für den Arbeitsmarkt.

Das meinte auch die Perpetuierung der Arbeitskraft in der Institution der Familie durch den eigenen Nachwuchs. Denn die Wirtschaft funktioniert nicht ohne genügend Arbeitskräfte, die die arbeitende Klasse hervorbringt als zukünftige Werk tätige. Um es ökonomisch auszudrücken: es muß viel investiert werden, bis daß aus der befruchteten Eizelle eine den Ansprüchen des Marktes genügende Arbeitskraft hervorgebracht worden ist. Das sind rein ökonomisch betrachtet nur Unkosten. Die Internationalisierung des Arbeitsmarktes bringt hierfür die Lösung. In sogenannten Dritte-Welt-Staaten läßt man die Arbeitskräfte von der Geburt an ausbilden, um sie dann in die hoch entwickelten Industriestaaten zu importieren.

Die Entwicklungskosten der Arbeitskraft werden so eingespart, sie tragen allein die Entwicklungsländer, unterstützt durch die Entwicklungshilfe. In den entwickelten Industriestaaten dagegen animiert man die Frau, keine Kinder zu bekommen, damit sie einerseits uneingeschränkt dem freien Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und damit andererseits die hohen Kosten der "Kinderaufzucht" im eigenen Lande vermieden werden.

Der Genderismus ist so gesehen die Wohlstandsideologie von Frauen, die die Notwendigkeit des Nachwuchses den Frauen der "unterentwickelten" Länder aufbürdet, um selbst kinderlos die Früchte der Mutterschaft anderer Frauen zu genießen in Form des Importes von ausgebildetem Nachwuchs aus den sogenannten Dritte-Welt-Staaten. Denn gerade auch die jetzt kinderlos lebenden Frauen können weiterhin nur leben, wenn irgendwelche Kinder später für sie sorgen, wenn auch nur als Finanzierer ihrer Renten durch Steuerzahlungen!

Die Ausbeutung der Bodenschätze der Dritten Welt wird so ergänzt durch die Ausbeutung des Kinderreichtums der Dritten Welt. Dort sollen die noch intakten Familien Kinder hervorbringen, damit die hiesigen Frauen sich der Mühe und der Unkosten des Kindernachwuchses entziehen können.

Darin manifestiert sich die asoziale Einstellung des Genderismus. Sie will die Willkürfreiheit von einigen Frauen zulasten der vielen anderen in den "Entwicklungsländern".

Diese asoziale Einstellung paßt aufs Beste in einen von allen sozialen Verpflichtungen sich emanzipierenden Turbokapitalismus, dem Motor der Globalisierung. Damit zeigt sich mal wieder, wie sehr der hl. Vater Franziskus im Recht ist, wenn er immer wieder den Kapitalismus als unsoziale Gestaltung des Wirtschaftslebens kritisiert.

## **7. Der radikale Aufstand gegen Gott, der zweite Grundsatz**

In loser Anlehnung an Ernst Noltes Diktum von den Widerstandsformen gegen die Globalisierung sei von den verschiedenen Widerstandsformen wider die Herrschaft Gottes gesprochen.

Der Mensch revoltiert wider Gott. Die radikalste Widerstandsform gegen Gott ist das menschliche Nein zur Fortpflanzung, zum Leben. Gott schuf den Menschen. Der Gott des Lebens will Leben und darum schuf er den weiblichen und männlichen Menschen.

Nur so kann dieser sich fortpflanzen und somit den Tod natürlich überwinden. Mancher Bibelleser wird vielleicht den göttlichen Imperativ an den Menschen, das erste Gebot, das Gott Frau und Mann gab: "seid fruchtbar und mehret euch!" als peinlich empfinden.

Hätte Gott den Menschen nicht etwas Geistiges, Höheres anbefehlen können, etwa: strebet nach der Gotteserkenntnis, lebt heilig? Nein: der Grundauftrag lautet: pflanzt euch fort. Könnten wir nicht einwenden: das tun die Menschen schon von Natur aus ob ihres sexuellen Fortpflanzungstriebes.

Dieser göttliche Imperativ sei so gesehen überflüssig. Eigentlich hätte Gott statt dessen anordnen müssen: pflanzt euch gemäß der Ordnung der Ehe fort, denn die bloße Fortpflanzung würde sich auch instinkthaft natürlich ohne einen göttlichen Imperativ ereignen! Nur, Gott selbst ordnet dies als seinen ersten Befehl an Mann und Frau an! Können wir dafür einen Grund eruieren? Ja, der göttliche Imperativ sagt, daß es der ausdrückliche Wille Gottes ist, daß der Mensch sich fortpflanze.

Simone de Beauvoirs Nein! zur Mutterschaft, weil die Mutterschaft die Sklaverei der Frau sei, ist so die radikalste Auflehnung gegen Gott, gegen sein erstes Gebot, daß er als der Schöpfergott das menschliche Leben will und daß es sich darum fortzupflanzen hat. Der göttliche Imperativ impliziert aber noch etwas anderes: daß der Mensch wirklich die Möglichkeit hat, Nein zum Leben zu sagen in der Form des Freitodes und des Neins zur Fortpflanzung.

Der Mensch wird nicht so durch seinen Lebenswillen und seinen Willen zur Fortpflanzung determiniert, daß er sich nicht frei gegen sein Leben und das menschliche Leben stellen könnte. Weil der Mensch nein zum Leben, zur eigenen Arterhaltung sagen kann, verpflichtet Gott den Menschen durch dies erste Gebot zum Leben und somit zur Arterhaltung durch die Fortpflanzung.

Im Ersten Timotheusbrief (2, 15) wird dieser göttliche Imperativ in der Darlegung des *Ordo salutis* der Frau noch einmal bestätigt: Die Frau werde dadurch gerettet, daß sie Kinder zur Welt bringt und fromm lebt.

Die göttlichen Ordnungen der Ehe und des Staates sind so Gottes Ordnungen zum Erhalt und das heißt immer auch zur Fortpflanzung des Menschen angesichts der Bedrohung des Lebens durch den Tod. Der metaphysische Gehalt dieser genderistischen Revolte ist sein Nein zum Leben in der Verweigerung der Fortpflanzung.

### **8. Die große Täuschung: das Ideal der Selbstbestimmung**

Man könnte nun das Anliegen der Genderstudien reduzieren auf dem Imperativ: da, wo bisher die gesellschaftliche Fremdbestimmung der Frau durch das Konstrukt der Natur der Frau war als normative Vorgabe für die Frau, soll nun die Realität völliger Freiheit der Selbstbestimmung der Frau treten. Jede Normativität, jedes normierende Frauenbild wäre so ein Angriff auf die vollkommene Freiheit der Frau. Nur, zu unserer Enttäuschung: immer dann, wenn sich nun eine Frau frei dazu entscheidet, gemäß dem traditionellen Frauenbild zu leben und ihr Glück in Liebe und Familie zu finden und nicht im werktätigen Berufsleben, sind unsere Genderisten empört!

Eine Frau entscheide sich nur frei, wenn sie sich gegen das traditionelle Frauenbild entscheidet. Sonst triebe sie einen Mißbrauch mit ihrer Freiheit! Die Frau ist so gesehen dazu verpflichtet, sich ihre Freiheit zu bewahren, indem sie, wozu auch immer sie sich positiv entscheidet, sich negativ gegen das traditionelle Frauenbild zu entscheiden hat. Sie darf alles sein wollen, nur nicht Frau im klassischen Sinne! Das ist die große Intoleranz des Genderismus.

Im Hintergrund steht dabei die Vergötzung der Erwerbsarbeit durch Karl Marx in seiner These, daß der Mensch sich durch seine Arbeit selbst hervorbringe, moderner formuliert:

selbstverwirkliche.

Dies gälte aber nur für die Erwerbsarbeit, nicht für die Arbeit in der Familie, für die Frau, deren Beruf die Mutterschaft ist. Sie arbeitet nicht und soll deshalb möglichst schnell um ihrer Menschwerdung willen in die kapitalistische Wirtschaft integriert werden. Die Frau soll so von der Familie und der Mutterschaft vollkommen emanzipiert werden, damit sie, wie der Mann, uneingeschränkt der Wirtschaft zur Verfügung steht! Die Frau wird so der Ökonomie geopfert!

Einfach gesagt: wenn unser kleines Mädchen im Kindergarten, wo nach Meinung nicht nur der katholischen Caritas die Erziehung im Ungeiste des Genderismus anzufangen hat, wenn also unser kleines Mädchen mit Puppen spielen will, dann ist dort die Hölle los: So nicht! Du mußt jetzt mit Schraubenziehern spielen, damit so früh wie möglich die Umerziehung erfolgversprechend beginnt! Die Kitas und Kindergärten sollen so zu Umerziehungslagern im Geiste des Genderismus werden. Wehe, wenn die Kleinen natürlich bleiben wollen!

Das ist der totalitäre Charakter dieser Revolte wider Gott. Es ist bezeichnend, daß die Homosexlobby heute die führende Kraft im Kampf wider die Meinungsfreiheit ist in ihrem Anliegen, jede Meinungsäußerung, die nicht mit ihrer Homo-Sexideologie übereinstimmt, verbieten zu wollen und strafrechtlich zu verfolgen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. August 2014: >>**Megawattgroßer Forschungsbedarf**

**"Power to Gas": Für eine erfolgreiche Energiewende fehlt noch die Speichertechnik**

Erneuerbare Energien decken derzeit zu 27 Prozent unseren Strombedarf. Unglücklich und verschwenderisch ist jedoch das Nebeneinander der Erneuerbaren und der klassischen Kraftwerke. Letztere wollen die Betreiber nur ungern herunterfahren, weil sie in Schwächezeiten von Wind und Sonne nur mit Verzögerungen wieder einsatzbereit wären.

Die Folge: "Blackouts" durch Strommangel. Läßt man jedoch alles Mögliche an Stromversorgung parallel laufen, ist dies nicht nur unnötig teuer. Die zu bestimmten Zeitpunkten unzweifelhaft vorhandenen Ökostromüberschüsse würden ebenso das Netz gefährden. Paradoxe Folge: "Blackouts" durch Stromüberschüsse. Nur wenn es gelingt, die unzweifelhaft zu bestimmten Zeitpunkten vorhandenen Stromüberschüsse aus regenerativen Energieanlagen langfristig speichern und bei Bedarf kurzfristig abrufen zu können, wird die Energiewende zu einem sinnvollen und zukunftssträchtigen Projekt. Doch wie das Problem lösen?

**Pumpspeichertechnik stößt an Grenzen**

Die mit Abstand effektivsten Stromspeicher sind zur Zeit Pumpspeicherkraftwerke. Bei diesen wird überschüssiger Strom dazu verwendet, Wasser in ein höher gelegenes Oberbecken zu pumpen. Wird Strom benötigt, läßt man das Wasser wieder abwärts in das Unterbecken schießen und auf dem Weg dahin eine Stromturbine antreiben. 30 Anlagen dieser Art sind in Deutschland in Betrieb. Vorwiegend in den Mittelgebirgsregionen, da es vor allem dort gute natürliche Voraussetzungen gibt. Der Wirkungsgrad liegt bei 60 bis 80 Prozent.

Der Deutschen Energie-Agentur (dena) zufolge handelt es sich um die am besten entwickelte Technologie zur Stromspeicherung. Sie sei wirtschaftlich und flexibel, da man mit ihr stundengenau auf Netzschwankungen reagieren könnte. Pech für die Deutschen: Der enorme Flächenverbrauch und ökologische Auswirkungen durch massive Landschaftseingriffe setzen der hochgradig effektiven Zukunftstechnik enge Grenzen.

Das Zauberwort für die Zukunft heißt "Power to Gas" - Strom in synthetisches Erdgas umwandeln. Dies betonte Claudia Kemfert (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) während einer Expertenanhörung vor dem Umweltausschuß des Bundestages im April. "Power to Gas-Technologie" müsse gefördert werden, um mit Hilfe der Energiewende die starke Abhängigkeit von ausländischen Gasimporten zu überwinden. Anke Tuschek vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. schloß sich der Stoßrichtung an.

Hierfür muß Strom im Wege der Elektrolyse zunächst in Wasserstoff umgewandelt werden. Sodann erfolgt dessen Methanisierung zum synthetischen Erdgas. Dieses könnte in Erdgasleitungen gespeichert und verteilt werden. Die Infrastruktur hierfür ist in Deutschland teilweise bereits vorhanden. Neben 47.000 Kilometern Fernleitungen bestehen 50 unterirdische Gasspeicher, die 20 Prozent des deutschen Jahresverbrauchs fassen könnten.

Aber der Forschungsbedarf beim "Power to Gas" ist noch sehr groß. Die alkalische Elektrolyse zur Wasserstoffgewinnung ist ein lange bekanntes, aber ebenso energieverschwenderisches Verfahren. Modernere Ansätze werden zur Zeit noch untersucht und sind - wenn überhaupt - nur in Kleinprojekten im Einsatz.

Bei der Methanisierung wird aus Wasserstoff (H<sub>2</sub>) und Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) bzw. Kohlenstoffmonoxid (CO) synthetisches Methan (CH<sub>4</sub>) erzeugt. Genial: Das CO<sub>2</sub> aus Kohlekraftwerken könnte über den Umweg der umstrittenen CO<sub>2</sub>-Speichertechnik Carbon Capture and Storage (CCS) zur Erdgaserzeugung verwendet werden. Auch Biogasanlagen können das CO<sub>2</sub> liefern und werden dies wegen der Klimapolitik der Bundesregierung auch müssen - soll doch künftig möglichst keine Kohle mehr verbrannt werden.

Obwohl die Methanisierung seit den siebziger Jahren als technisches Verfahren in der Industrie eingesetzt wird, ist laut dena für "Power to Gas" wegen besonderer Anforderungen an die Gasqualität eine Optimierung nötig. Selbst dann wird man noch vor dem Problem stehen, die entsprechenden Elektrolyseanlagen in das Stromnetz einzubinden.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gestand unlängst ein, daß die Bundesregierung die Komplexität der Energiewende unterschätzt habe. Es sei ein Fehler gewesen, der Schnelligkeit den Vorrang vor der Planbarkeit gegeben zu haben. Im Bundestag sollte man aus dieser späten Erkenntnis endlich die Konsequenzen ziehen und in die Erforschung dieser für eine "saubere Stromerzeugung" unverzichtbaren Technologien investieren. So könnte die Energiewende in absehbarer Zukunft doch noch eine Erfolgsgeschichte werden, um die man uns im Ausland beneidet und nicht bemitleidet.<<

Das deutsche Institut "Wissensmanufaktur" berichtete am 18. September 2014 über die Pressefreiheit (x1.030/...): >>**Pressefreiheit wird nur noch simuliert**

von *Udo Ulfkotte*

Unsere Leitmedien im deutschsprachigen Raum sind jetzt wie gleichgeschaltet. Sie berichten nur noch nach den Regeln der Politischen Korrektheit, betreiben im Interesse der USA Kriegshetze gegen Rußland und unterdrücken den freien Informationsfluß. Mein väterlicher Freund Peter Scholl-Latour, den ich vor rund 25 Jahren im Krieg im Nahen Osten kennenlernte, hat mich stets darin bestärkt, vor allem jene Kriegstreiberei der Amerikaner nicht mitzumachen, bei denen deutsche Journalisten nur noch US-Marionetten sind.

Nicht nur mir fällt auf, daß es inzwischen immer mehr dieser Marionetten in deutschen Redaktionsstuben gibt. Die Bürger da draußen werden belogen, betrogen und für dumm verkauft! Und deshalb unterstütze ich Aktionen wie den Tag der Wahrheit.

### **Tag der Wahrheit**

Als vor wenigen Tagen mein neues Sachbuch "Gekaufte Journalisten - Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Medien lenken" erschien, da brach in vielen Redaktionen ein Sturm der Entrüstung los. Denn zum ersten Mal seit der Gründung der Bundesrepublik beschreibt ein Insider, wie Journalisten im Hintergrund gekauft und im Interesse von Politik, Geheimdiensten und Hochfinanz gelenkt werden. Vor allem:

Zum ersten Mal nennt jemand Massen konkreter Namen korrupter Journalisten und beschreibt die Vorgänge so detailliert, wie es eben nur jemand kann, der selbst in diesen Netzwerken eingebettet war. Ich habe mir damit viele Feinde gemacht. Aber es gibt auch Unterstützung von prominenter Seite.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) gilt als eine der renommiertesten deutschen Zei-

tungen. Dieses Bild hat nach mir jetzt auch der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer erschüttert. Wimmer, der verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU und Staatssekretär im Verteidigungsministerium war, sagt: "Ich kann mich sehr gut an ein langes Gespräch mit einem mir seit Jahrzehnten bekannten führenden FAZ-Mitarbeiter erinnern.

Der machte deutlich, wenn das State Department noch rechtzeitig vor Drucklegung nachts anruft, dann kommt der gewünschte Artikel am nächsten Morgen in die Zeitung." Wie bitte? Das amerikanische Außenministerium kann darüber bestimmen, ob und welche Artikel in der renommierten und angeblich so unabhängigen FAZ erscheinen?

Es sind solche Aussagen, welche derzeit nicht nur unter Journalisten für erhebliche Unruhe sorgen. Denn in dem neuen Sachbuchbestseller *Gekaufte Journalisten* wird detailliert beschrieben, wie die großen Journalisten der Leitmedien uns Bürger im Interesse der Mächtigen manipulieren.

Haben auch Sie das Gefühl, häufig manipuliert und von den Medien belogen zu werden? Dann geht es Ihnen wie der Mehrheit der Deutschen. Bislang galt es als "Verschwörungstheorie", daß Leitmedien uns Bürger mit Propagandatechniken gezielt manipulieren. Und nun enthülle ich, was wirklich hinter den Kulissen passiert. Ich schäme mich heute dafür, daß ich 17 Jahre für die Frankfurter Allgemeine Zeitung gearbeitet habe.

Bevor ich die geheimen Netzwerke der Macht enthülle, übe ich konsequent Selbstkritik. Ich dokumentiere zum ersten Mal, wie ich für meine Berichterstattung in der FAZ geschmiert und die Korruption gefördert wurde. Und ich enthülle, warum Meinungsführer tendenziös berichten und wie der verlängerte Arm der NATO-Pressestelle Kriege medial vorbereitet. Wie selbstverständlich wurde ich als FAZ-Autor in die Netzwerke amerikanischer Eliteorganisationen aufgenommen, erhielt im Gegenzug für positive Berichterstattung in den USA sogar eine Ehrenbürgerurkunde.

Ich beschreibe, in welchen Lobbyorganisationen welche Journalisten vertreten sind, nenne Hunderte Namen und blickt auch hinter die Kulissen jener Organisationen, welche unsere Medien propagandistisch einseitig beeinflussen, etwa: Atlantik-Brücke, Trilaterale Kommission, German Marshall Fund, American Council on Germany, American Academy, Aspen Institute und Institut für Europäische Politik.

Enthüllt werden zudem die geheimdienstlichen Hintergründe zu Lobbygruppen, die Propagandatechniken und die Formulare, mit denen man etwa bei der US-Botschaft Fördergelder für Projekte zur gezielten Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Deutschland abrufen kann. Können Sie sich vorstellen, daß Geheimdienstmitarbeiter in Redaktionen Texte verfassen, welche dann im redaktionellen Teil unter den Namen bekannter Journalisten veröffentlicht werden? Wissen Sie, welche Journalisten welcher Medien für ihre Berichterstattung geschmiert wurden?

Und haben Sie eine ungefähre Vorstellung davon, wie renommierte "Journalistenpreise" vergeben werden? Da geht es im Hintergrund zu wie bei den einstigen Ehrungen der "Helden der Arbeit" in der früheren DDR, da wird Propagandaarbeit ausgezeichnet. Vom Journalisten zum Propagandisten ist es nicht weit. Am Ende wird klar: Meinungsvielfalt wird jetzt nur noch simuliert. Denn unsere "Nachrichten" sind häufig reine Gehirnwäsche. Und deshalb unterstütze ich Aktionen wie den Tag der Wahrheit.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. Oktober 2014 über die britische Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges: >>**Clark zum Quadrat**

Der australische Historiker Douglas Newton und die britische Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs

*Werner Lehfeldt*

Der in Australien lehrende Historiker Douglas Newton will mit seinem Buch "The Darkest Days. The Truth behind Britain's Rush to War, 1914" für Unruhe sorgen, vor allem in Groß-

britannien. Diese Absicht verwirklicht er, indem er die "Standardgeschichte" von Großbritanniens Eintritt in den Krieg im August vehement in Frage stellt und attackiert.

Gemäß diesem Mythos hat Großbritannien in der Julikrise alles unternommen, um den Krieg abzuwenden. Die vorgeblich erst am 4. August getroffene Entscheidung, sich schließlich dennoch an ihm zu beteiligen, sei die unvermeidliche Antwort auf die an diesem Tag erfolgende deutsche Invasion Belgiens gewesen. Dieser Entschluß sei im Lande nahezu einmütig gebilligt worden, und es habe nur eine ganz kleine Gruppe pazifistischer Abweichler gegeben.

Das Buch von Newton ist der Widerlegung dieses "tröstlichen Konsenses" gewidmet. "Britanniens Irrtümer leisteten einen signifikanten Beitrag zum Ausbruch der gemeinsamen europäischen Tragödie des Großen Krieges." Die rote Linie, die das Buch durchzieht, ist die Darstellung des Kampfes zwischen den zur Beteiligung am Krieg entschlossenen Interventionisten im liberalen Kabinett, der konservativen Opposition und der Northcliffe-Presse einerseits sowie der den Krieg ablehnenden, auf Neutralität pochenden Kabinettsmehrheit und der Friedensbewegung in der britischen Bevölkerung andererseits.

Der Autor zeigt auf, daß und wie eine kleine Gruppe von Entscheidungsträgern im Kabinett - Premier Herbert Asquith, Außenminister Edward Grey, Winston Churchill als Erster Lord der Admiralität und Lordkanzler Richard Haldane -, die vom Beginn der Krise an zur Durchsetzung von Großbritanniens militärischer Intervention an der Seite Frankreichs und Rußlands entschlossen waren, Entscheidungen trafen, die den Kriegsbeginn beschleunigten. Er belegt auch, daß sie andererseits Schritte unterließen, die geeignet gewesen wären, den Krieg zu vermeiden.

Ferner macht er deutlich, daß der endgültige Beschluß zum Eintritt in den Krieg bereits am 2. August 1914 gefällt wurde. An diesem Tag gab das Kabinett mit hauchdünner Mehrheit Frankreich gegenüber die Versicherung ab, Großbritannien werde dessen Nordküste im Kriegsfall schützen, zu einem Zeitpunkt also, als die deutsche Invasion Belgiens noch gar nicht erfolgt war und der deutsche Botschafter in London das Angebot unterbreitet hatte, Deutschland sei bereit, Belgiens Neutralität und Frankreichs Integrität - einschließlich des Kolonialbesitzes - zu respektieren, sollte Großbritannien in dem heraufziehenden Konflikt neutral bleiben.

Über dieses Angebot wurde das Kabinett von Grey nicht einmal informiert. Hinter dem Beschluß zur Kriegsteilnahme stand vor allem das Streben, "Solidarität" mit Frankreich und Rußland zu bezeugen.

Entschieden wendet sich der Autor auch gegen die weitverbreitete und eifrig gehegte Ansicht, gegen den Kriegskurs habe es kaum Widerstand gegeben. Das Gegenteil war der Fall. Die große Mehrheit des liberalen Kabinetts wollte strikt an einem Neutralitätskurs festhalten, und schließlich reichten vier Angehörige dieser Mehrheitsgruppe ihren Rücktritt ein, zum Zeichen des prinzipiellen Protests gegen Greys Politik, die zum Krieg führen mußte.

Der Autor beschreibt die politischen Entscheidungsprozesse, wie sie sich vom 23. Juli bis zum 4. August abspielten, in einer Art Tageschronik, wobei es ihm ganz wesentlich darauf ankommt, die Zeitpunkte entscheidender Weichenstellungen präzise zu bestimmen. Hierbei zeigt er auf, wie planvoll die Kabinettsminderheit der Interventionisten vorging, um ihr Ziel zu erreichen.

### **Greys Kriegspolitik umging britisches Gesamtkabinett**

Die wichtigsten Schritte auf diesem Weg wurden unter bewußter und konsequenter Umgehung und Ausschaltung des Gesamtkabinetts und des Parlaments unternommen, durch Schaffung von faits accomplis, für die dann nachträglich die deutsche Invasion Belgiens die propagandistisch höchst willkommene, ja herbeigesehnte Begründung lieferte, obwohl sie in Wirklichkeit dazu beigetragen hatten, Rußlands und Frankreichs Kriegswilligkeit noch anzufeuern. Bereits am Wochenende des 25./26. Juli wurde die Flotte auf Initiative Churchills und mit

Billigung Greys ohne Konsultation und Beschlußfassung des Kabinetts in den Kriegsbereitschaftszustand versetzt, zu einem Zeitpunkt also, da es in der Julikrise noch keine einzige Kriegserklärung gegeben hatte.

In Frankreich und Rußland wurde diese ihren Londoner Botschaftern von Grey sogleich mitgeteilte Maßnahme natürlich freudig begrüßt und "richtig" verstanden. Am 28. Juli wurde die 1. Flotte nach Norden auf ihre Kriegspositionen beordert. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht einmal entschieden, ob es selbst nur auf dem Balkan tatsächlich zum Krieg kommen würde. Die dramatische Reaktion Rußlands war am nächsten Tag die Verkündung der Generalmobilmachung, nachdem die gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gerichtete Mobilmachung unter möglicher Geheimhaltung bereits am 24./25. Juli angelaufen war.

Parallel zu diesen eindeutig auf den Kriegseintritt zielenden Maßnahmen wurden deutsche Angebote, über Großbritanniens Neutralität im Kriegsfall zu verhandeln, von Grey zurückgewiesen. Der Außenminister war zu keinem Zeitpunkt und zu keinerlei Bedingungen bereit, Großbritanniens Neutralität auch nur in Aussicht zu stellen, selbst dann nicht, als Deutschland anbot, Belgiens Neutralität zu respektieren.

Er ließ sich bei dieser an Kabinett und Parlament vorbei verfolgten Linie von seiner unverrückbaren Überzeugung leiten, Großbritannien sei unter allen Umständen zur Intervention als Alliiertes Frankreichs und Rußlands verpflichtet, einer Überzeugung, die er bereits 1907 geäußert und seitdem zur Grundlage seiner Außenpolitik gemacht hatte.

Bei der Verfolgung und Durchsetzung dieser Linie wurde er im Außenministerium von seinen konsequent deutschfeindlichen und russophilen Beratern, allen voran den Unterstaatssekretären Arthur Nicolson und Eyre Crowe, unterstützt, um nicht zu sagen gesteuert. Breitesten Unterstützung fand der Interventionskurs "einer Handvoll von Männern" bei der konservativen Opposition und in der Northcliffe-Presse - besonders in der Times -, die nichts ungetan ließ, um die Regierung zum frühest möglichen Zeitpunkt zum Eintritt in den Krieg zu bewegen, damit eine günstige Gelegenheit zur Niederrichtung des deutschen Wirtschaftsrivalen nicht ungenutzt vorübergehe.

*Douglas Newton: The Darkest Days. The Truth behind Britain's Rush to War, 1914. Verso Publishers, London/New York 2014 ... <<*

Die "New York Times" berichtete am 17. Oktober 2014 über das "US-Imperium" (x342/10): >>... "So funktioniert die Welt nicht mehr", fuhr (der hochrangige Berater George W. Bushs) fort. "Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir einschreiten, erschaffen wir unsere eigene Realität. Und während Sie diese Realität noch analysieren - so umsichtig wie Sie wollen - schreiten wir wieder ein, schaffen andere, neue Realitäten. Die können Sie auch analysieren, und so werden die Dinge laufen.

Wir sind die Akteure der Geschichte ... und Sie, Ihr alle, könnt einfach nur analysieren, was wir tun".<<

Das deutsche Institut "Wissensmanufaktur" berichtete am 18. Oktober 2014 über die Presse und die öffentliche Meinung der Welt (x1.031/...): >>**Die Presse als Instrument der Gehirnwäsche**

Die veröffentlichte Meinung ist ein Produkt wie jedes andere und wird auch ähnlich produziert. Die wichtigen Ereignisse, die den Lauf der Geschichte verändern, werden uns oft vorenthalten, verharmlost, verfälscht oder entstellt vermittelt. Der Frieden ist zu wichtig, um ihn der Politik zu überlassen. Wir alle müssen ihn gemeinsam bewahren.

### **Tag der Wahrheit**

Der folgende Aufsatz fasst die wesentlichen Aussagen des Vortrags zusammen, den Wolfgang Berger am 3. Oktober 2014 beim "Tag der Wahrheit" auf dem Marktplatz in Mainz - am Dom - vor hunderten von Zuhörern gehalten hat.

von Wolfgang Berger und Mathias Funk

Das Karlsruher Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) zeigte einmal in einer Ausstellung ("Making Things Public"), wie die öffentliche Meinung produziert wird: Ganz ähnlich wie andere Produkte auch. Viele Zahnräder drehten sich miteinander und offenbarten Zusammenhänge und Abhängigkeiten. Letztlich führten sie zu den in der Öffentlichkeit kaum sichtbaren Produzenten: Wenige Familien produzieren die öffentliche Meinung der Welt.

Kaum jemand kann sich ihr entziehen - am wenigsten die Politiker, die darauf angewiesen sind, sie zu berücksichtigen und sie deshalb nach allen Regeln der Kunst ermitteln und erforschen lassen. Die Meinungsforschung gibt deshalb in einer Demokratie die Richtung der Politik vor. Wer sich dieser Wegweisung widersetzt, wird schon von den Medien abgesetzt, denn er hätte keine Chance gewählt oder wiedergewählt zu werden.

Die Presse gestaltet die Meinung der Bevölkerung mit verschiedenen Instrumenten: Verschweigen, Verunglimpfen, Verfälschen und Verharmlosen. Zu jedem dieser Instrumente einige Beispiele:

### **Passagierflugzeuge als Anschlagziele**

Seit 20 Jahren ist die Technik der Fernsteuerung von Flugzeugen ausgereift und einsatzbereit. Das Flugzeug wird den Piloten praktisch entwendet; sie können seinen Kurs und seine Flugmanöver nicht mehr beeinflussen; wie ein Modellflugzeug wird es von ganz woanders gesteuert.

Im Zusammenhang mit dem Terroranschlag am 11. September 2001 ist die Möglichkeit einer Fernsteuerung der Passagierflugzeuge, die in das World Trade Centre geflogen sein sollen und es zum Einsturz gebracht haben sollen, nicht untersucht worden. Der Finanzjournalist Lars Schall hat eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen ausgewertet, die zeigen, daß eine dreistellige Zahl von US-Amerikanern ihr Vermögen durch diesen Anschlag innerhalb weniger Tage ver Hundertfachen konnte. Der frühere Leiter der Deutschen Bundesbank Ernst Welteke hat gesagt, daß solche erfolgreichen Spekulationen ohne ein bestimmtes Wissen und ohne Vorinformationen weder geplant noch ausgeführt werden können.

Wenige Tage vor dem Terroranschlag ist bekannt geworden, daß im Pentagon - dem Verteidigungsministerium der USA - 2.300 Milliarden Dollar verschwunden sind. Einige Medien waren dabei, dieses Geheimnis aufzudecken und den möglicherweise größten Finanzskandal aller Zeiten an die Öffentlichkeit zu bringen. Verteidigungsminister Donald Henry Rumsfeld hat am Tag vor den Anschlägen öffentlich zugegeben, daß dieser Betrag "verschwunden" ist.

Nun ist bei dem Anschlag aber zufällig und ausgerechnet die Buchhaltung des Pentagon zerstört worden. Dort - dicht über dem Boden - soll ein Flugzeug hineingeflogen sein und sämtliche Unterlagen zerstört haben. Eine Aufklärung ist jetzt nicht mehr möglich. Abgesehen davon hatten die Medien danach anderes zu berichten.

In der offiziellen Version zum Terroranschlag 9/11 wird erklärt, warum mehrere Flugzeuge innerhalb weniger Stunden unbemerkt in den am besten bewachten Flugraum der Welt eindringen konnten: Es haben Manöver stattgefunden. Alle Bewacher seien abgelenkt gewesen und die Sicherheitssysteme abgestellt, um die Manöver nicht zu stören.

Im Jahre 1962 haben die Stabchefs der US-Streitkräfte die so genannte Operation Northwoods geplant und Präsident John F. Kennedy vorgeschlagen, den Plan auszuführen: Eine mit Amerikanern voll besetzte Linienmaschine sollte vom US-Militär abgeschossen werden. Gefälschte Beweise sollten darauf hinweisen, daß Kuba dieses Verbrechen mit Hilfe der Sowjetunion durchgeführt habe. Die Operation hatte das Ziel, bei der Bevölkerung Verständnis für einen vernichtenden atomaren Schlag gegen die Sowjetunion zu produzieren. Kennedy genehmigte die Operation nicht.

Im Jahre 2006 hat die US-Außenpolitik das Prinzip der "Nuclear Primacy" wieder belebt - der Fähigkeit einen atomaren Erstschat so auszuführen, daß der Gegner zu einer Gegenreaktion nicht mehr in der Lage ist. In der Zeitschrift "Foreign Affairs" - dem Sprachrohr der amerika-

nischen Außenpolitik - stand am 30. Mai 2014 ein Beitrag, der den Aufbau eines Raketenabwehrsystems auch in der Ukraine fordert, weil so die "Nuclear Primacy" gesichert werden könne.

### **Malaysias Justiz im Fokus**

Im Jahre 2014 sind zwei Passiermaschinen von Typ Boing der staatlichen Fluglinie Malaysias vom Kurs abgewichen. In beiden Fällen fanden alle Passagiere den Tod. Malaysia erleidet dadurch hohe Verluste, weil kaum noch Flüge mit dieser Gesellschaft gebucht werden. Wäre es eine private Gesellschaft, hätte sie Konkurs anmelden müssen. Warum gerade Malaysia? Malaysia ist der wirtschaftliche erfolgreichste islamische Staat mit dem höchsten Lebensstandard der breiten Bevölkerung.

Der oberste Gerichtshof Malaysias hat George W. Bush und Tony Blair als Kriegsverbrecher verurteilt. Die Regierung bereitet eine Anklage gegen beide beim internationalen Gericht für Menschenrechte in Den Haag vor. Die internationale Kommission zur Verfolgung von Menschenrechten (War Crimes Commission) hat ihren Sitz in Kuala Lumpur, der Hauptstadt Malaysias. Diese Kommission hat Israel der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gazastreifen angeklagt.

An Bord von Flug MH 370 der Malaysia Airlines, die am 8. März 2014 von Kuala Lumpur nach Peking fliegen sollte und dort nie angekommen ist, saßen 20 Mitarbeiter der US-Firma Freescale Semiconductor Ltd. Sie alle waren chinesische Softwareentwickler. Vier von ihnen hatten ein Patent entwickelt: Eine 1,9 x 2,0 mm große Drohne - kleiner als eine Fliege, die ferngesteuert wird, aufgrund ihrer Winzigkeit fast überall unbemerkt eindringen und Spionage betreiben kann. Sie kann auch Geräte und Fahrzeuge fernsteuern und Seuchen verbreiten.

Drei Tage nach dem Verschwinden des Flugzeugs ist das Patent eingetragen worden. Patentinhaber sind zu je 20 % die vier Erfinder und die Firma Freescale Semiconductor Ltd. Die firmeninternen Verträge sehen vor, daß beim Tod eines dieser Inhaber seine Rechte an dem Patent zu gleichen Teilen auf die übrigen vier übergehen. Da alle vier Erfinder umgekommen sind, gehört das Patent jetzt der Firma allein.

Diese Firma ist eine Tochtergesellschaft der Blackstone Group L. P., einer New Yorker Investmentgesellschaft, die Beteiligungen von ca. 160 Milliarden Dollar verwaltet. Ihr größter Anteilseigner ist der britische Investmentbanker Baron Nathaniel Charles Jacob Rothschild. Die Gefahr, daß diese hochbegabten Chinesen vielleicht gegenüber ihrem Heimatland noch loyal sind und in Peking die Geheimnisse der Mikrodrohne verraten, ist gebannt. Vielleicht ist damit sogar Chinas Griff nach der Weltmachtrolle aufgeschoben.

### **Vom Verteidigungs- zum Angriffsbündnis**

Manöver während eines Anschlags scheinen eine Konstante zu sein. Im Juli 2014 führt die NATO gemeinsam mit den ukrainischen Streitkräften ein Manöver mit dem schönen Namen "Sea Breeze" durch. Mit der "leichten Brise vom Meer" sollten NATO-Soldaten ukrainischen Kräften Kenntnisse in elektronischer Kriegsführung vermitteln.

Am 17. Juli 2014 haben bewaffnete ukrainische Kräfte den Kontrollturm des Flughafens Kiew gestürmt. Danach ist die Route des Flugs MH 17 der Malaysia Airlines, die das Land auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur überfliegen wollte, 200 km nach Norden - über das umkämpfte Gebiet in der Ostukraine - umgeleitet worden. Zugleich ist ein Ukrainischer Kampffjet vom Typ SU-25 mit 30 mm Kanonen an Bord im Steigflug aufgestiegen. In dem Augenblick, wo er die Boeing MH 17 erreicht, verschwindet diese vom Radar.

Ein Fluglotse hat das alles über Facebook mitgeteilt. Der Account ist inzwischen gelöscht und der Fluglotse vom Erdboden verschwunden. Ob er mit dieser Bekanntmachung sein Todesurteil gesprochen hat oder ob er untergetaucht ist, um weiter zu leben, wissen wir nicht. Rußland hat die Ukraine aufgefordert, die Flugbewegungen dieses Tages zu veröffentlichen. Die Ukraine kommt dieser Aufforderung nicht nach.

Die fliegende Radarüberwachung der Ukraine durch die NATO aus großer Höhe ist lückenlos. Zudem ist zeitgleich mit der MH 17 der US-Spionagesatellit MASINT über die Ukraine geflogen, der Raketenabschüsse registriert und Flugbahnen zurückverfolgen kann. Noch am Tag des Abschusses des Flugzeugs hat der Westen Rußland beschuldigt, hinter dem Abschub zu stecken. Rußland hat unmittelbar danach sämtliche verfügbaren Satellitenaufnahmen veröffentlicht. Die USA und die NATO haben für ihre Schuldzuweisungen keinerlei Beweis vorgelegt.

Doch - zwei Beweise gab es:

Satellitenbilder, die eine Raketen-Abschußrampe der Separatisten in der Ostukraine zeigen. Nachdem die genaue Analyse der Aufnahmen Kiewer Militärgerät gezeigt hat, wurden die Aufnahmen als geheim eingestuft und unter Verschuß gehalten.

Ein vom ukrainischen Geheimdienst abgehörtes und mitgeschnittenes Gespräch von Separatisten mit einem russischen Oberst vom 17. Juli 2014. Darin rühmen sich die Separatisten, ein großes westliches Passagierflugzeug abgeschossen zu haben. Westliche IT-Freaks haben nun aber entdeckt, daß dieses Gespräch bereits einen Tag vor dem Flugzeugabsturz online gestellt war.

Trotzdem erfüllt die Tragödie ihren Zweck: Die USA sind an einer Aggression gegen Rußland interessiert - auch militärisch - und haben die NATO für ihre Ziele instrumentalisiert. Sie haben Sanktionen beschlossen, denen sich die Europäer zunächst nicht anschließen wollten, weil die europäische Industrie wegen der engen Verflechtung mit Rußland darunter leidet. Nach dem Flugzeugabsturz, den unsere Presse mit "Es war Putins Rakete" und der Spiegel mit "Stoppt Putin jetzt" quittiert, trägt Europa die US-Sanktionen solidarisch mit.

Der Flugschreiber ist längst ausgewertet. Die Ergebnisse werden totgeschwiegen und vielleicht erst dann veröffentlicht, wenn sich nur noch Historiker dafür interessieren. Unserer Presse ist das keine Meldung wert. Malaysia beschuldigt die Ukraine des Flugzeugabsturzes und begründet es mit Fakten. Unserer Presse ist das keine Meldung wert.

### **Ein moralischer und politischer Greuel**

Am 3. September 2014 erklärte US-Präsident Barak Obama, "russische Kampftruppen mit russischen Waffen in russischen Panzern" seien in der Ostukraine eingesetzt. Unsere Medien berichteten gar von einer Invasion russischer Truppen. Aber alle Bilder, die gezeigt worden sind, um diese Invasion zu belegen, waren falsch.

Der Westdeutsche Rundfunk hat am 29. August 2014 ein Bild veröffentlicht und die zentrale Botschaft mit der Überschrift "Rußland auf dem Vormarsch?" bekräftigt. Das Bild zeigte russische Kampfpanzer und der Text zum Bild erläuterte: "Russische Kampfpanzer fahren am 19.8. ... in die Ukraine." Eine brutale Fälschung. Das Bild stammt aus dem Jahre 2008 und zeigt den Rückzug russischer Kampfpanzer aus Georgien.

Nach vielen Protesten hat sich der Westdeutsche Rundfunk kurz entschuldigt, es sei ein Versehen gewesen, und das Bild ausgetauscht. Auf dem neuen Bild sieht man einen russischen Soldaten aus einem Panzer schauen und dieser sollte sich in der Ostukraine befinden. Aber es ist wieder Kriegspropaganda. Das Bild entstand im März 2014 auf der Krim. Es gab erneut Proteste, so daß das Bild nochmals ausgetauscht werden mußte, diesmal durch das Bild eines Fernsehsprechers im Studio.

Harald Kujat, ehemaliger NATO-General und als Generalinspekteur der Bundeswehr deren ranghöchster Soldat, hat im Detail erläutert, daß sämtliche Beweise, die der Westen gegen Rußland vorbringt - auch die von russischen Truppen auf ukrainischem Gebiet - gefälscht sind. Es gibt keinen Beweis für eine russische Militärpräsenz in der Ukraine. Unserer Presse ist auch das keine Meldung wert. Die NATO hat sich von einem Verteidigungsbündnis in ein Angriffsbündnis verwandelt.

Jetzt wird uns berichtet, daß der Sieben-Punkte-Plan, den Putin zur Lösung des Ukraine-

Konfliktes vorgeschlagen hat, vom Westen abgelehnt worden ist. Warum? Weil er den Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine nicht vorsieht. Wie aber sollen Truppen zurückgezogen werden, die gar nicht da sind? Dieser eine Satz dient der Programmierung unseres Unterbewußtseins, dem immer eingetrichtert wird: In der Ukraine sind russische Truppen.

Weiter wird berichtet, die USA haben Rußland aufgefordert, die Aggressionen zu beenden. Der tatsächliche Aggressor, der eine Regierung unterstützt, welche die eigene Bevölkerung bombardiert, massakriert und in eine humanitäre Katastrophe stürzt, beschuldigt das Land, das mit hunderten von LKW Hilfe schickt und eine Million Flüchtlinge aufgenommen hat, deren Häuser, Strom- und Wasserversorgung von ihrer eigenen, ukrainischen Regierung zerschossen worden sind, der Aggression. Was ist das für eine Heuchelei?

Die Schotten haben sich gegen die Unabhängigkeit von Großbritannien entschieden. Wie hätten sie wohl reagiert, wenn England Schottland wegen seines Unabhängigkeitsstrebens in Schutt und Asche gebombt hätte? Die westliche Unterstützung für die ukrainische Regierung hat eines bewirkt: Daß aus dem Land nie mehr eine Einheit werden kann.

### **Die globale Staatsstreichmaschine**

Seit 1953 haben die USA "für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte" insgesamt 40 Staatsstrieche inszeniert: Iran (1953), Guatemala (1954), Thailand (1957), Laos (1958-60), Kongo (1960), Türkei (1960, 1971 und 1980), Ecuador (1961 und 1963), Südvietnam (1963), Brasilien (1964), Dominikanische Republik (1963), Argentinien (1963), Honduras (1963 und 2009), Irak (1963 und 2003), Bolivien (1964, 1971 und 1980), Indonesien (1965), Ghana (1966), Griechenland (1967), Panama (1968 und 1989); Kambodscha (1970), Chile (1973), Bangladesh (1975), Pakistan (1977), Grenada (1983) Mauretanien (1984), Guinea (1984), Burkina Faso (1987), Paraguay (1989), Haiti (1991 und 2004), Rußland (1993), Uganda (1996), Libyen (2011), Ukraine (2014).

Ende 2013 haben 500.000 bis eine Million Menschen auf dem Maidan Nesaleschnosti in Kiew gegen die gewählte Regierung von Präsident Wiktor Janukowitsch demonstriert. Am 18. Februar 2014 wurden ca. 80 Demonstranten aus großer Entfernung durch gezielte, präzise Kopfschüsse hingerichtet. Die Schützen sollen Uniformen der Präsidentengarde getragen haben. Der Präsident mußte deshalb fliehen, er wäre sonst gelyncht worden. Augenzeugen berichten, daß die Schützen nicht die passenden Schuhe zu den Uniformen trugen.

Janukowitsch selbst kann kein Interesse an einem Umsturz gehabt haben. Es fällt aber auf, daß die neue ukrainische Regierung dieses Massaker nicht untersuchen läßt. Es wird einfach totgeschwiegen und vom Absturz von MH 17 quasi übertüncht. Der Westen läßt diese Vertuschung stillschweigend zu. Unsere Presse regt sich nicht darüber auf.

In Odessa sind über 30 russischsprachige Demonstranten von einem Mob gejagt worden und haben sich in ein Gewerkschaftsgebäude geflüchtet. 25 Minuten Videoaufnahmen zeigen, wie junge Mädchen lustig die Molotowcocktails abfüllen, die in das Gebäude geworfen werden. Die Demonstranten versuchten vergeblich, aus dem angezündeten Gebäude zu entkommen und verbrennen bei lebendigem Leibe. Auch dieses Verbrechen wird einfach totgeschwiegen. Der Westen läßt auch hier die Vertuschung stillschweigend zu und unsere Presse legt keinen Finger in die Wunde.

Neben der Einstimmung Europas auf die aggressive Gangart gegenüber Rußland hat der Abschluß der MH 17 offenbar noch einen weiteren Zweck erfüllt: Über diese grauenvollen Verbrechen wird nicht mehr geredet. Eine neue Tragödie beansprucht unsere Aufmerksamkeit. Offenbar war es als "False Flag Action" (eine Aktion, die anderen untergeschoben werden soll) geplant, ist aber schief gegangen. Die getürkten Beweise ließen sich doch nicht bewerten.

Bei der berühmten Brutkasten-Lüge in Kuwait war das noch anders: Tränenüberströmt berichtete eine Augenzeugin davon, wie irakische Soldaten nach dem Überfall auf Kuwait Babys

aus den Brutkästen gerissen und auf den Fußboden geworfen haben. Viele haben diesen schrecklichen Bericht in den Abendnachrichten gesehen und natürlich gutgeheißen, den grauenvollen Diktator zu stürzen, der das befiehlt oder zuläßt.

Als später herauskam, daß die "Augenzeugin" die Tochter des Kuwaitischen Botschafters in Washington D. C. war, daß sie von einer PR-Agentur ein halbes Jahr lang auf diesen Auftritt vorbereitet und von einer Schauspielschule dafür trainiert worden ist, hat es kaum noch jemanden interessiert. Der Irak war bereits in die Steinzeit zurückgebombt. Es ist vorbei und nur noch für Historiker von Interesse.

### **Obama stellt Rußland auf eine Stufe mit dem IS und Ebola**

2011 begann der Aufstand gegen den libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi in Bengasi. Das ZDF zeigte uns Aufnahmen der demonstrierenden Massen, die mit Fahnen wedelten und mit wutverzerrten Gesichtern ihren Haß auf den Diktator herausschrien. Wer das sah, hatte Verständnis für die von der NATO erzwungene Flugverbotszone. Wer die üppigen sozialen Verhältnisse in Libyen kannte, hat sich gewundert. Aber wenige schauen hinter die Kulissen - weder in Libyen noch beim ZDF.

Die geschwenkten Fahnen waren nämlich nicht von Libyen und auch nicht von dessen östlicher Provinz Bengasi, sondern von einem erbitterten Aufstand der schiitischen Bevölkerung von Bahrain gegen ihren Herrscher. Diese Aufständischen wurden von saudischen Leopard-Panzern mit brutalster Gewalt beschossen. Deutschland hatte die Panzer geliefert. Es gab sehr viele Todesopfer, worüber in der Presse kaum berichtet wurde. Die Fehlinformation ist vom ZDF nie korrigiert worden, was darauf hindeutet, daß die Zuschauer bewußt getäuscht werden sollten.

Vor drei Jahren begann mit den ersten Großdemonstrationen auch der Aufstand der Syrer gegen Machthaber Baschar al-Assad. Im letzten Jahr zeigte uns die ARD, wie Assad Demonstranten von Reitern mit zwei Meter langen Holzknüppeln zusammenschlagen ließ, bis sie ohnmächtig und heftig blutend am Boden lagen. Eine genaue Analyse offenbart, daß die Aufnahmen fünf Jahre alt sind und die Niederschlagung von Demonstrationen gegen die von der amerikanischen Besatzung eingesetzte Regierung im Irak zeigen.

Die Gehirnwäsche, die unsere mit steuergleichen Zwangsabgaben finanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten betreiben, deutet auch auf das Motiv: Es geht nicht um das Volk von Irak, Libyen oder Syrien. Es geht um die Destabilisierung des gesamten nahen Ostens. So soll dem durch den zweiten Irakkrieg nicht geplanten gewachsenen Einfluß des Iran begegnet werden.

Der sich so bezeichnende "Islamische Staat", dessen siegreicher Feldzug gerade Angst und Schrecken verbreitet, ist genauso ein Kind westlicher Geheimdienste, wie seinerzeit die islamischen Milizen der Taliban in Afghanistan. Ohne eine gewaltige finanzielle Unterstützung kann ein derart wirksamer und effizienter Feldzug nicht geführt werden, ist die Logistik der Versorgung und Wartung modernster Waffen, die das erfordert, nicht zu bewältigen.

Am 24. September erklärte Präsident Obama vor der UN-Vollversammlung in New York, daß Rußland neben dem Islamischen Staat (ISIS), sowie dem Ebola-Virus zu einer der drei größten Bedrohungen gehöre, denen sich die Welt ausgesetzt sähe.

Das ist eine Kriegerklärung von Barack Obama an Rußland - nicht besser als die "Achse des Bösen" von George W. Bush - und sie deutet darauf hin, daß mit Rußland ähnlich verfahren werden soll wie mit dem Irak und mit Libyen. England plant, 6.000 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge nach Deutschland zu verlegen, weil auf der Insel kein Platz sein soll. Ist Deutschland als Ausgangspunkt eines Angriffs auf Rußland ausersehen? Der angelsächsische Finanzimperialismus braucht jetzt einen Krieg für sein Überleben. Deutschland und Rußland brauchen ihn nicht.

Anne Williamson, eine renommierte Journalistin, die u.a. für das Wall Street Journal ge-

schrieben hat, hat in einer Befragung vor dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten ausgesagt: "Was die US-Politik nach dem Kalten Krieg geschmiedet hat, ist ein moralischer, politischer und finanzieller Greuel auf der Basis von Betrug, Diebstahl und Schwindel."

### **Vom mittellosen Mafiosi zum Milliardär**

Deutschland hat Michail Sergejewitsch Gorbatschow seine Wiedervereinigung zu verdanken und sogar die Erlaubnis, auch das Gebiet der ehemaligen DDR in die NATO zu integrieren. Die NATO wollte sich im Gegenzug nicht über die Oder-Neiße-Linie hinaus ausdehnen.

Nachdem die Vereinigung vollzogen war, haben angelsächsische Stiftungen die Familien von Michail Chodorkowski und dem Alkoholiker Boris Jelzin finanziert, um neben Gorbatschow gleich die ganze Sowjetunion zu entsorgen. Westlichem Kapital sollte der Zugriff auf die weltweit größten Rohstoffvorkommen in Rußland eröffnet werden. Die entsprechenden finanziellen Transaktionen wurden über die New Yorker Riggs Bank abgewickelt, die für die meisten amerikanischen Präsidenten die Bankgeschäfte erledigt hat und dessen Direktor Jonathan Bush ist - eine Onkel von George W. Bush.

Die russischen Oligarchen, die im Zuge der Auflösung der Sowjetunion und der Privatisierung ihrer Bodenschätze und werthaltigen Industriekombinate plötzlich Milliardäre geworden sind, waren zuvor entweder kleine Bürokraten in einem großen Staatsapparat oder mittellose Mafiosi. Wladimir Putin hat dieses Spiel beendet, dem Finanzkrieg gegen russische Bodenschätze einen Riegel vorgeschoben und dadurch die angelsächsischen Kapitalmärkte gegen sich aufgebracht.

Viele der Oligarchen haben sich jetzt dem Zugriff Putins entzogen, sich mit ihren Milliarden nach London abgesetzt, welches deshalb auch Londongrad genannt wird. Ihren gestohlenen Reichtum legen sie auf westlichen Kapitalmärkten an. Der größte russische Ölkonzern war Yukos, den sich Michail Chodorkowski nach der Wende genommen hat.

Der Ständige Schiedshof in Den Haag hat am 28.07.2014 über die Klage der in der Steueroase Gibraltar ansässigen Holding Group Menatep Limited (GML) gegen die Russische Föderation entschieden: Rußland ist verurteilt worden, wegen der faktischen Enteignung von Yukos 50 Milliarden Dollar an Leonid Newlin zu zahlen.

Chodorkowski hatte ihm seine Geschäftsanteile übertragen, nachdem er sich im Zuge seiner Freilassung aus der Haft verpflichtet hatte, nicht gegen Rußland zu klagen. Newlin hat sich nach Israel abgesetzt. Das Urteil ist vollstreckbar und russisches Eigentum kann daraufhin jetzt überall auf der Welt gepfändet werden.

### **Voraussetzung für einen Blitzkrieg**

Im Mai 2014 ist mit dem Gesetzentwurf S. 2277 der Russian Aggression Prevention Act of 2014 in den US-Senat eingebracht worden. Es geht um Milliardeninvestitionen zur Destabilisierung Rußlands nach dem erfolgreichen Vorbild der Ukraine. So soll es möglich sein, das Land in einem Blitzkrieg zu erobern und zu "befreien". Unsere Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie unsere Zeitungen und Zeitschriften - offenbar fast alle Außenstellen der NATO-Pressestelle - klären uns darüber nicht auf.

Zbigniew Brzezinski - neben Henry Kissinger die einflußreichste "graue Eminenz" der USA - hat in seinem Buch "Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft" dargelegt, daß die Ukraine geopolitischer Dreh- und Angelpunkt Eurasiens ist. Solange Rußland hier Einfluß hat, über die Krim den Zugang zum Schwarzen Meer behält und seine reichen Bodenschätze nicht privatisiert, bestehe die Gefahr, daß hier eine beutende eurasische Großmacht heranwachse.

Mit Arsenij Jazenjuk, dem ukrainischen Ministerpräsidenten, der sich an die Macht geputzt hat und durch einen Hitlergruß aufgefallen ist, wird das Land nun von einem "Einflußagenten" der NATO regiert. Nachdem Jelzin in Rußland nicht mehr zur Verfügung steht, ist nun wenigstens im Nachbarland das Spitzenpersonal linientreu.

Ein Schüler Brzezinskis, Guido Goldman, leitet jetzt den German Marshall Fund und ein Schüler Goldmans, Jochen Bittner, hat an der Rede mitgearbeitet, die der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck im Januar 2014 auf der Münchener Sicherheitskonferenz gehalten hat. Eine stärkere Rolle Deutschlands in der Welt hat er angemahnt - auch militärisch. Darüber haben die Mainstream-Medien uns ausführlich informiert.

Auch Robert Kagan, der Ehemann von Victoria Nuland, arbeitet für den German Marshall Fund. Frau Nuland, Sicherheitsberaterin von Vizepräsident Dick Cheney, ist durch ihren Spruch "fuck the EU" berühmt geworden ist. Cheney hat Präsident George W. Bush während der 9/11-Anschläge im Präsidenten-Airbus auf einen Spazierflug geschickt und sich in den Kommando-Bunker unter dem Weißen Haus zurückgezogen. Was er da getrieben hat, ist nicht bekannt geworden. Noch nicht, denn wir leben in einer Zeit, in der es keine Geheimnisse mehr geben wird, in der nach und nach alles herauskommt.

Ebenfalls im Januar 2014 haben sämtliche Staats- und Regierungschefs Lateinamerikas sich in Kubas Hauptstadt Havanna zu einem Gipfel der CETAC getroffen - der Vereinigung lateinamerikanischer und karibischer Staaten. Sie haben ihre Region zu einer atomwaffenfreien Friedenszone erklärt. Hierüber haben unsere Mainstream-Medien mit keiner Zeile berichtet.

### **Voraussetzung für Frieden**

Im Juli 2014 ist offensichtlich der Versuch gescheitert, mit einem Flugzeugabschuß einen Kriegsgrund gegen Rußland zu schaffen. Den größten Frevel hat Rußland nämlich am 15. Juli im brasilianischen Fortaleza begangen. Vielleicht mußte der Abschuß deshalb schnell gehen und ist in der Hektik nicht sorgfältig vorbereitet worden:

In Brasilien war ein Treffen der BRICS-Gruppe - der Staats- und Regierungschefs von Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika. Argentinien und die Islamische Republik Iran waren als Beobachter eingeladen. Die hohen Damen und Herren haben eine Strategie beschlossen, den Dollar von seinem Thron als Weltleitwährung zu stürzen. Dieser ermöglicht es nämlich, die ganze Welt in eine Schuldknechtschaft zu stürzen und damit die Dominanz der USA zu erhalten und ihr gewaltiges Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren.

Zwei Mal haben Machthaber die Weltleitwährung Dollar bereits bedroht: Der erste war Saddam Hussein, der für das irakische Öl Euro statt Dollar haben wollte. Unmittelbar nach dieser Forderung ist in Washington D. C. die Entscheidung zum erneuten Krieg gegen den Irak gefallen, der zum Sturz Husseins geführt hat. Als Hussein in einem sieben Jahre langen Zermürbungskrieg das Nachbarland Iran geschwächt und die Kurden im Norden seines Landes vergiftet hat, war er noch der gute Diktator - Kunde des Westens von Waffen und Giftgas. Aber die Dominanz des Dollar in Frage stellen: Da mußte ein Exempel statuiert werden.

Der zweite war Muammar al-Gaddafi. Mit russischen Ingenieuren hat er den größten unterirdischen Süßwassersee der Erde im Südosten Libyens erschlossen, mit dessen Wasser er den ganzen Norden Afrikas für tausend Jahre in einen blühenden Garten Eden verwandeln wollte - und das ohne einen einzigen Dollar Kredit von den internationalen Banken, der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds. Eine solche finanzielle Unabhängigkeit war gefährlich. Nach dem Sturz Gaddafis ist das weit fortgeschrittene Projekt eingestellt worden.

Nach der alten Logik müßten die USA mit ihren Verbündeten nun die BRICS-Staaten in die Steinzeit zurückbomben. So wäre die Dominanz der Dollars als Weltleitwährung erhalten - und damit die Weltherrschaft der Finanzzentren in der City of London und der Wallstreet. So einfach wie in Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien geht das aber nicht. BRICS umfaßt die Hälfte der Weltbevölkerung. Wir stehen an einem Wendepunkt.

Adam Smith, der große Klassiker der Nationalökonomie, hat im 18. Jahrhundert gesagt: "Es gibt zwei Wege zur Versklavung einer Nation; der eine ist durch das Schwert, der andere durch Verschuldung". Die Montags-Mahnwachen für den Frieden in vielen Städten sind ein wunderbares Zeichen: Kein Volk der Welt will Krieg. Wenn wir korrekt informiert werden,

wird die Strategie, uns mit falschen Informationen kriegsgeneigt zu machen, nicht aufgehen. Eine Finanzordnung, die keinen Krieg mehr braucht, um sich selbst zu erhalten (wie unser gegenwärtiges System) ist einfach. Auf "www.business-reframing.de" können Sie eine faszinierende vierstündige DVD bestellen, die umfassend erklärt, wie das funktioniert und wie ein Systemwechsel zu erreichen ist.

"Der Krieg ist eine zu ernste Sache, um ihn den Generälen zu überlassen", hat der französische Staatsmann Georges Clemenceau vor hundert Jahren gesagt. Es sieht fast so aus, als hätten viele Meinungsmacher heute die Lektionen aus der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs nicht gelernt. Wir sollten aber jetzt noch ergänzen: Das Finanzsystem ist eine zu ernste Sache, um es Banken und Hedgefonds zu überlassen.

Und der Frieden ist eine zu wichtige Sache, um ihn der Politik zu überlassen. Jeder von uns ist dafür verantwortlich. Demonstrieren Sie mit - ab nächsten Montag in Ihrer Stadt. Die Leipziger haben so den Eisernen Vorhang eingerissen. Wir alle gemeinsam werden so ein mörderisches und ausbeuterisches System zu Fall bringen. ...

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger, Ökonom und Philosoph, hat in Deutschland, Ghana, Frankreich, Indien, Italien, Argentinien, den USA und dem Iran studiert, geforscht, gelehrt und als Industriemanager gearbeitet, am längsten bei der Schering AG, dort zuletzt als Personalchef. Er hat mehrere Bücher und zahlreiche Fachartikel veröffentlicht. Er leitet das Business Reframing Institut in Karlsruhe, mit dem er "Flow" in Unternehmen verankert (www.business-reframing.de) und ist wissenschaftlicher Beirat der Wissensmanufaktur. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/...): >>>**Der Journalismus als Herrschafts-Instrument**

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizontenerweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

### **Macht braucht Medien**

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus

deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*

*Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bössartigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."*

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

### **Wer hat die Macht in Deutschland?**

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach

Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnisssystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke*, *Aspen-Institut*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Atlantische Initiative*, *American Academy*, *American Jewish Committee*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, *European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

### **Verzahnung**

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.

Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefeller's Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88

Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Sieglösch (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.

Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.

Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. ...

Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) ... und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).

Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

### **Methoden**

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.

"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflussten Eliten."

Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.

"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.

Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."

"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im

Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. ...

Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragsschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."

Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.

Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.

"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien 'neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

### **Netzwerke**

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.

Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über ... die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchener Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.

Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council*

on Germany ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft*, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.

Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).

Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."

Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das 'Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."

Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue ... unter Beweis stellen sollte."

"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."

Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weise dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."

Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt. ...<<

Die "Badische Zeitung" berichtete am 22. November 2014: >>**Blindgänger: Tausende Fliegerbomben liegen noch unter der Erde**

Deutschland ist Bombenland. Fast 70 Jahre nach Kriegsende liegen noch abertausende Blindgänger im Boden. ...

Es ist ein drückender Sommertag vor fünf Jahren, als Baggerfahrer Georg Neumaier auf ein mit Dreck verschmiertes Etwas stößt. Kies hatte er hier im Freiburger Westen eigentlich erwartet, Erde natürlich, aber doch nicht das, was jetzt ein paar Meter vor ihm auf der Schaufel liegt. Es dauert ein paar Sekunden, bis er versteht, was er ausgebuddelt hat. Seine Augen werden groß, sein Blick weicht nicht von diesem Objekt, das so aussieht wie eine, na ja, eine Bombe? Er steigt von seinem Bagger, geht ein paar Schritte in Richtung Schaufel, inspiziert sie. Die Gewißheit kommt schnell. Das, was so aussieht wie eine Bombe, ist auch tatsächlich

eine. Er klettert zurück auf den Bagger, schaltet den Motor aus, plötzlich ist alles still. Dann rennt er ins Büro, alarmiert die Polizei. Eine Bombe, Wahnsinn.

Später sagt man ihm, daß er einen 500-Kilogramm schweren Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg aus dem Boden gefördert hat, einen Mords-Brummer. Daß das Ding scharf war. Daß er gewaltiges Glück hatte. Was alles hätte passieren können! Daran muß er heute noch häufig denken.

Im Januar dieses Jahres fehlte einem Baggerfahrer in Euskirchen dieses Glück. Er war gerade damit beschäftigt, Bauschutt zu zerkleinern, als der Greifarm seines Gefährts auf einen Blindgänger stieß - und diesen zur Explosion brachte. Deren Wucht tötete den Familienvater auf der Stelle und verletzte mehrere Menschen im Umkreis.

In Deutschland herrscht bizarre Sorglosigkeit, wenn es um Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg geht. Die explosive Altlast liegt unter unseren Füßen, sie wird von Jahr zu Jahr gefährlicher, aber niemanden kümmert das. Dabei vergeht keine Woche, ohne daß irgendwo in der Bundesrepublik ein Blindgänger auftaucht. Meist ist es ein Zufallsfund. Und oft ist es pures Glück, daß die Bombe nicht auch anrichtet, wofür sie dereinst gebaut worden ist: Häuser zerstören, Menschen töten.

Auch unter dicht besiedelten Großstädten schlummern solche Gefahren. Selbst gut besuchte Volksfeste wie der Dom in Hamburg und das Oktoberfest in München finden wahrscheinlich auf Bombenboden statt. Diesen beunruhigenden Verdacht legen Luftbilder aus dem Zweiten Weltkrieg nahe. Und bereits geborgene Blindgänger bestätigen es.

In Südbaden wurde während des Zweiten Weltkriegs besonders Freiburg stark bombardiert. Nächste Woche jährt sich der tödliche Angriff zum siebzigsten Mal. Die Stadt erinnert sich an die Toten, die Trauer, die Zerstörung. Und nebenbei wird ins Gedächtnis gerufen, welche Geschosse immer noch unter der Stadt liegen. Zuletzt fanden Bauarbeiter im Sommer 2012 einen Blindgänger auf dem Schulhof der Merianschule am nördlichen Ende der Altstadt. Ein Zufallsfund.

Präventiv nach den tödlichen Geschossen gesucht wird in Deutschland selten. Vor Blindgängern verschließt der Staat konsequent die Augen. Nach dem Motto: Was liegt, liegt. Solange es keinen begründeten Verdacht gibt, existiert auch keine Gefahr. Und damit für die Behörden kein Handlungsbedarf. Es ist ein Spiel auf Zeit.

Denn auch unentdeckt bleiben all die Minen, Bomben und Granaten unter deutschen Städten real. Das weiß niemand besser als der Kampfmittelexperte Wolfgang Spyra von der Technischen Universität Cottbus. Er hatte einen europaweit einzigartigen Lehrstuhl für Altlasten inne, bis dieser vor drei Jahren aufgelöst wurde. "Die Gefahr, die von Blindgängern ausgeht, wird allgemein unterschätzt", sagt er. Es sei außerordentliches Glück, daß bisher nur wenige Menschen verletzt oder getötet worden seien. Womöglich ist das der Hauptgrund, warum die Deutschen sich nicht darum scheren, was unter ihnen liegt.

Rund 1,4 Millionen Tonnen hochexplosives Material warfen Briten und Amerikaner im Zweiten Weltkrieg auf das Deutsche Reich ab. Dabei wurden etwa 160 Städte und 850 kleinere Orte aus der Luft angegriffen. Schwerpunkte waren Berlin, Hamburg, Köln und das Ruhrgebiet. Auf Baden-Württemberg fielen 90.000 bis 100.000 Tonnen Kampfmittel, die Hälfte davon auf die großen Industriezentren Mannheim und Stuttgart. Wie viele Bomben auf Südbaden abgeworfen wurden, weiß niemand genau. Aber es werden in ganz Baden-Württemberg noch Tausende Blindgänger im Erdreich vermutet.

Warum sie nicht explodiert sind? Je nach Angriffsziel setzten die Alliierten unterschiedliche Abwurfmunition ein. Auf deutsche Städte wurden hauptsächlich Sprengbomben abgeworfen. Wenn sie zündeten, deckte die Druckwelle die Dächer ganzer Häuserblocks ab. In die freigelegten Dachstühle warf man schließlich Brandbomben ab, und ein tödlicher Feuersturm breitete sich aus.

### **Besonders perfide war die Wirkung von Langzeitzündern**

Der Zünder sollte die Detonation einer Bombe hinauszögern, von wenigen Minuten bis zu mehreren Tagen, wenn die Zivilbevölkerung wieder aus Kellern und Bunkern hervorgekommen war. Ziel war es, mit Explosionen ohne Vorwarnung die Moral der Menschen endgültig zu brechen. Am häufigsten wurden dafür chemische Zeitzündern eingesetzt.

Sie bestehen aus einer mit Aceton gefüllten Glasampulle und einem Zelluloidplättchen, das eine gespannte Feder zurückhält. Gedacht war das so: Zerbrach das Glas, begann ein chemischer Zersetzungsprozeß, das Aceton zerfraß das Plättchen langsam. Konnte es die Feder nicht mehr halten, schnellte sie mit einem Metallbolzen in Richtung Sprengstoff - die Bombe explodierte.

Blieb aber die Glasampulle intakt oder zersetzte sich das Zelluloidplättchen nicht, wurde aus der Bombe ein Blindgänger. Die Blindgängerquote der hochempfindlichen Langzeitzündern lag bei 15 Prozent. Was damals Glück war, ist heute ein Problem.

Hunderttausende scharfe Bomben aus britischer und amerikanischer Produktion vermuten Experten noch im deutschen Untergrund. Jedes Jahr explodieren ein bis zwei Bomben mit Zeitzündern ohne Vorwarnung - zum Beispiel an einem Radweg in München (2011) und auf einer Wiese in Buseck bei Gießen (2013). Je länger die Bomben unter uns liegen, desto gefährlicher werden sie. Sprengstoff rostet nicht. Aber wo sind sie? Und warum birgt und entschärft man sie nicht endlich?

### **Sprengstoff rostet nicht - die Bomben können jederzeit explodieren**

Eine systematische Suche scheitert an den horrenden Kosten, aber auch am Allgemeinen Kriegsfolgengesetz, das eine paradoxe rechtliche Situation schafft. Demnach kommt der Bund einzig für die Beseitigung ehemals reichseigener Munition auf. Das bedeutet: Bei Bombenfunden ist die Nationalität des Sprengkörpers entscheidend.

Für - selten gefundene - deutsche Bomben zahlt der Bund, für amerikanische und britische nicht. Deshalb fühlt sich niemand verantwortlich, das ganze Land nach Blindgängern abzusuchen. So sind die Kampfmittelräumer lediglich zuständig für Bergung, Entschärfung und Entsorgung von zufällig gefundenen Blindgängern - nicht aber für eine systematische, vorbeugende Suche. Bombenexperte Wolfgang Spyra schimpft: "Diese Regelung ist grotesk."

Bomben sind Ländersache. Deshalb unterhalten die meisten Länder einen eigenen Kampfmittelräumdienst. Vor drei Jahren versuchte der Bundesrat, die Gesetzeslage zu ändern und den Bund stärker in die Verantwortung zu nehmen. Schwarz-Gelb lehnte den Antrag ab. Begründung: kein Geld. Für Einsätze von Polizei und Feuerwehr kommen in der Regel die Kommunen auf. Für den Rest haftet der Grundeigentümer - etwa für die Schäden durch eine kontrollierte Sprengung, wenn also keine Entschärfung möglich ist und sofern es sich nicht um eine deutsche Bombe handelt. Da ist eine gute Gebäudeversicherung ratsam.

In manchen Städten wie Hamburg sind die Bauherren verpflichtet, ihre Grundstücke vorsorglich nach Kampfmitteln abzusuchen, ehe sie nur einen Stein bewegen. Die Kosten hierfür sind hoch und können manche Bauvorhaben ganz gefährden. Deshalb meiden manche Investoren stark bombardierte Flächen und bauen lieber woanders an. "Das ist ein Witz. Der Bürger muß Verantwortung übernehmen, die der Staat nicht übernimmt", sagt Spyra.

Die meisten Deutschen wüßten von dieser bizarren Rechtslage nichts. Im Gegenteil: Wenn der Kampfmittelräumdienst anrücke und eine Bombe entschärfe, seien sie äußerst dankbar. "Die Anwohner denken: Alles gut gegangen, der Staat kümmert sich um die Sicherheit seiner Bürger." Auf die Frage, wie lange es beim derzeitigen Tempo dauern werde, bis Deutschland bombenfrei sei, antwortet er: "Generationen ist wohl die richtige Formulierung."

In Baden-Württemberg ist das prophylaktische Absuchen von Kampfmitteln auf Grundstücken Privatsache. Es existiert kein Gesetz, vor dem ersten Spatenstich eine Neubau-Fläche nach möglichen Bomben abzusuchen. Lediglich die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft

schreibt vor, eine Kampfmittel-Expertise einzuholen. Sonst kann der Versicherungsschutz erlöschen.

Um nach Jahrzehnten noch festzustellen, wo in Deutschland Blindgänger liegen, bedarf es umfangreicher Recherchen. Stark bombardierte Städte leisten sich dafür sogenannte Abteilungen für Gefahrenerkundung, die mit Hilfe historischer Luftbilder Fliegerbomben aufzuspüren versuchen.

Die Idee dahinter: Je mehr Sprengkörper auf einen Ort niedergingen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, Blindgänger zu finden. Experten sind in der Lage, auf diesen Luftbildern Einschlagkrater zu erkennen und dadurch besonders gefährdete Gegenden zu lokalisieren. Zudem ist eine bereits gefundene Bombe ein starkes Indiz dafür, daß noch weitere im Boden schlummern. Schließlich werden alle Verdachtspunkte in eine Karte eingetragen.

Auch Baden-Württemberg unterhält in Stuttgart eine Abteilung für Luftbildauswertung. Fünf Mitarbeiter suchen Aufnahmen der Alliierten nach Blindgängern ab, einer davon ist der Freiburger Thomas Mertens. Mertens weiß, welche Flugrouten die Alliierten wählten, um Freiburg zu treffen; und er weiß, daß es in einem anderthalb Kilometer breiten Streifen von Betzenhausen-Lehen bis zum Schloßberg (darunter viele Wohngebiete) besonders viele Bomben hagelte. Derzeit laufen die Vorbereitungen, um im Frühjahr vier Blindgänger unter der B 3 bei Gundelfingen zu bergen. Bis dahin läuft der Verkehr weiter. Angst müsse man nicht haben, sagen die Behörden.

"Es ist schon wichtig, daß niemand verrückt gemacht wird", sagt Wolfgang Müller von der Luftbilddatenbank Dr. Carls in Estenfeld bei Würzburg, die historische Luftaufnahmen aus britischen und amerikanischen Archiven besorgt und sie an deutsche Behörden weiterverkauft. Verdrängt werden dürfe das Problem allerdings nicht.

Etwa die Hälfte aller verfügbaren Aufnahmen seien mittlerweile geborgen, schätzt Müller, zwei Millionen weitere noch nicht. Die Länder seien recht unterschiedlich an der Gefahrenerkundung von oben interessiert. Als vorbildlich bezeichnet Müller Hamburg, das alles, was bekannt sei, aufgekauft habe. Bayern hingegen habe bis heute ein Drittel der verfügbaren Aufnahmen nachgefragt und sei bis zum Jahr 2006 kaum interessiert gewesen.

Penibel haben die Alliierten ihre Bombardierungswellen auf deutsche Städte dokumentiert. Ihre Pläne verzeichnen nicht nur die Angriffsziele der Luftwaffe, sondern auch die sichtbaren Schäden. Allein aus Luftaufnahmen auf Blindgänger zu schließen ist eine Kunst für sich, das Ergebnis nicht immer eindeutig. Deshalb geben die Angriffspläne des ehemaligen Feindes wertvolle Hinweise auf bisher unentdeckte Bomben.

Der Hamburger Feuerwerker Peter Bodes ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft aller deutschen Kampfmittelräumdienste. Er weiß zwar, wie die Bomben ticken, aber auch er weiß nicht, wo. Bodes versteht nicht, warum sich der Bund aus der Verantwortung stiehlt. "Nach unserer technischen Auffassung gehen die Bomben mit Langzeitzünder irgendwann alle hoch", sagt er. Deshalb müsse man versuchen, "den Mist endlich aus dem Boden zu holen". Das sei aufwendig, aber möglich.

Die Auswertung von Luftbildern und historischen Archivalien ist also der wichtigste Schritt, um Blindgänger systematisch aufzuspüren. Erhärtet sich ein Verdacht, wird die fragliche Stelle mit Metalldetektoren und Magnetometern abgesucht. Das erfordert Fachwissen: Da vor allem in der Nachkriegszeit Löcher im Boden mit Schutt und Schrott zugeschüttet wurden, können die Signale der Detektoren auch mal von alten Kohleöfen herrühren. Je tiefer ein Sprengkörper liegt, desto schwieriger ist er zu ermitteln.

Eine einzige Stadt in der ganzen Bundesrepublik versucht seit einigen Jahren, die Gefahr aus dem Boden endgültig zu beseitigen. Es handelt sich um Oranienburg. Auch hier mußte erst eine öffentliche Debatte für den nötigen Druck sorgen, aber jetzt wird dort etwas getan. Als Rüstungsstandort war die Kleinstadt nördlich von Berlin Ziel intensiver Angriffe.

Vor sechs Jahren hat Altlasten-Professor Wolfgang Spyra ein Gutachten über die Gefahr im Oranienburger Untergrund verfaßt: Über 300 scharfe Bomben sollen aktuell noch im Boden des Stadtgebiets liegen. Nach diesen Blindgängern wird nun systematisch gefahndet, um sie unschädlich zu machen.

Eine solche Suche ist in Baden-Württemberg nicht geplant. Aber sie wäre möglich, wenn man das nötige Geld investierte. "Dann könnte man die Städte systematisch durcharbeiten und das Gros der Bomben bewältigen", sagt Luftbildauswerter Thomas Mertens. Das allerdings wird von Jahr zu Jahr riskanter.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 27. November 2014: >>**Ausländer belasten deutschen Staatshaushalt übermäßig**

Ausländer in Deutschland zahlen deutlich weniger Steuern und Sozialabgaben als Deutsche. Dies geht aus einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hervor. Unter Berücksichtigung aller Staatsausgaben betrage das "Finanzierungsdefizit 79.100 Euro je Ausländer".

Bei Deutschen liegt dieser Wert bei minus 3.300 Euro. Auch die Arbeitslosenquote von Ausländern liege mit 16,7 Prozent deutlich über der von Deutschen (5,9 Prozent). Zudem kam das ZEW zu dem Ergebnis, daß 2012 in Deutschland geborene Ausländer ohne weitere Integrationsanstrengungen bis an ihr Lebensende 44.100 Euro mehr an Sozialleistungen erhalten, als sie an Steuern und Sozialabgaben zahlen würden.

Nur wenn die allgemeinen Staatsausgaben, etwa für Infrastruktur und Militär, sowie die künftige demographische Entwicklung nicht berücksichtigt werden, entsteht ein leichter Überschuß im Verhältnis von gezahlten Steuern und erhaltenen Sozialausgaben. Er lag 2012 bei Ausländern bei 3.300 Euro und bei Deutschen bei knapp 4.000 Euro. Die Studie kommt zu dem Schluß: "Deutschland profitiert finanziell also beachtlich von seiner ausländischen Wohnbevölkerung."

### **Wie rechnet die Studie?**

Auf der Einnahmenseite führt die Studie folgende Zahlungen von Deutschen und Ausländern an Staat und Sozialversicherungen auf: die Lohn- und Einkommensteuer auf Arbeitseinkommen (einschließlich Solidaritätszuschlag), die Beiträge zur gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, die Steuern auf Kapital sowie die Steuern auf den Konsum (Mehrwertsteuer, Versicherungssteuer, Tabaksteuer, Kfz-Steuer und sonstige Verbrauchsteuern).

Bei der Ausgabenseite werden folgende Leistungen berücksichtigt: die Leistungen der gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, die Transferzahlungen der sozialen Grundsicherung (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld), Kindergeld und Elterngeld sowie die Aufwendungen im Bereich der Bildung (Jugendhilfe, Schulen, Universitäten).

Was die Studie allerdings unterschlägt, ist, daß von den allgemeinen Steuern (etwa Lohnsteuer) vom Staat nicht nur Sozialleistungen aufgebracht werden müssen, sondern auch die Ausgaben für Militär, Infrastruktur, Forschung, Integration, Subventionen, Entwicklungshilfe, Zinsen etc.

- Berechnet man alle Ausgaben mit ein, kommt man auf ein Defizit von 79.100 Euro je Ausländer. Läßt man bestimmte Staatsausgaben unberücksichtigt, wird die Zahlungsbilanz je Ausländer leicht positiv.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/4741" berichtete am 30. November 2014 (x1.049/...): >>**Existiert die Kanzlerakte?**

Man mag das Papier nennen wie man will, ob man es Kanzlerakte, Unterwerfungsbrief oder auch geheimer Staatsvertrag nennt, spielt keine Rolle.

Existiert eigentlich die Kanzlerakte?

Wer die Existenz eines solchen Papiers leugnet, muß gleichzeitig Persönlichkeiten wie Egon Bahr und Gerd-Helmut Komossa als Lügner bezeichnen. Der ehemalige Chef des militärischen Abschirmdienstes "MAD\*", Gerd-Helmut Komossa, berichtete in seinem Buch "Die deutsche Karte" sowohl über die Medienhoheit der Alliierten bis zum Jahr 2099 als auch über die Kanzlerakte, die jeder Bundeskanzler vor Ablegung des Amtseides zu unterschreiben hatte, dies um die Vorbehaltsrechte der Alliierten zu bestätigen.

Gleiches berichtet der ehemalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Egon Bahr, über Willy Brandt, der sich zunächst weigerte, den Unterwerfungsbrief zu unterschreiben, um es letztendlich doch zu tun, genau wie seine Vorgänger Adenauer, Erhard und Kiesinger.

Wie bekannt sein dürfte, existieren die Alliierten Vorbehaltsrechte bis heute. Warum also sollte dieser, wie Egon Bahr sich ausdrückt, Unterwerfungsbrief nicht mehr existieren?

Das Verhalten der politischen Akteure beweist eher die Existenz eines solchen Briefes. Der Chef der Linken, Gregor Gysi, spricht hier folgerichtig von "Duckmäusertum" der Merkel-Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika. Recht hat er.

Der Journalist, politischer Aktivist und Autor zahlreicher Bücher über die Außenpolitik Jürgen Elsässer konstatierte über die Souveränität Deutschlands:

"Selbst etwa 70 Jahre nach Kriegsende befinden sich immer noch über 50.000 US-Soldaten, hunderte Panzer und zahlreiche US-Stützpunkte, einschließlich Atomwaffen auf deutschem Boden! Und die Bevölkerung trägt weiter fleißig die Besatzungskosten in Milliardenhöhe! Damit finanzieren deutsche Bürger auch die menschenfeindlichen Drohnenkriege der US-Regierung!

Welche faktisch gesehen Hinrichtungen ohne gerichtliche Urteile von Richtern darstellen!

Todesstrafe ohne Gerichtsverfahren und das von deutschem Boden aus!" ...

*Auszug aus Phönix 17. Jg. Nr. 4/2014 - Phoenix.com@AI.net<<*

Die Tageszeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 30. Dezember 2014: >>**Deutschland ohne Strom - Der große Blackout**

Ob Gesundheitswesen, Verkehr, Kommunikation oder die Lebensmittelversorgung - ein langer Stromausfall würde die Infrastruktur in kürzester Zeit lahmlegen. Welche Folgen hätte das?

Fast alle wichtigen Lebensbereiche sind heutzutage vom Strom abhängig. Kaum jemand wagt sich vorzustellen, was passieren würde, wenn die Energieversorgung zusammenbräche. Und nur wenige beschäftigen sich von Berufs wegen damit, einer solchen Katastrophe vorzubeugen.

**Ist die Gefahr eines Stromausfalls am Jahresende besonders hoch?**

Das Jahresende galt lange als kritische Zeit für die Stromversorgung. Vor allem, weil früher an Weihnachten Millionen Backöfen gleichzeitig hochgefahren wurden. "Gänsebratenspitze" nannten das die Stromversorger. Doch die ist längst Geschichte, denn die Gewohnheiten der Deutschen haben sich verändert. Und die Stromversorgung auch. Sie ist heute sogar anfälliger für Störungen.

Früher konnten die Betreiber Engpässe und Spitzen noch relativ leicht ausgleichen, denn der Strom kam aus einer Hand. Doch heute gibt es eine Vielzahl von Akteuren und durch die Nutzung erneuerbarer Energien deutlich mehr Spannungsschwankungen in den Netzen. Wind und Sonne sind nun einmal nicht berechenbar. "Früher mußten die Versorger vielleicht zweimal im Jahr nachregulieren, also Kraftwerke zu- oder abschalten, um die Stromversorgung sicherzustellen, heute an mehr als 200 Tagen im Jahr", erklärt Thomas Leitert, der sich seit Jahren mit dem Thema Stromausfall befaßt.

Er sieht noch ein weiteres Problem: Viele Netze gehörten heute australischen oder kanadischen Rentenfonds, denen es vor allem um die eigene Rendite gehe. "Die reagieren erst, wenn es Störungen gibt." Und Störungen gab es in den vergangenen Jahren viele. 2005 etwa

waren im Münsterland 250.000 Menschen über Tage von der Stromversorgung abgeschnitten, weil viele Strommasten nach einem Schneesturm zusammenbrachen.

"Die Netze sind die Achillesferse der Versorgung", sagt Leitert. Das könnten auch Terroristen leicht ausnutzen. "Mit einer gezielten Sabotageaktion an nur drei Punkten rund um Berlin kann man die gesamte Hauptstadt von der Versorgung abschneiden." Denn wenn das System nicht mehr stabil sei, könne es zu einem Kaskadeneffekt kommen, einer Art Kettenreaktion, in deren Folge sich immer mehr Kraftwerke abschalteten. Letztlich sei auch ein bundesweiter Strom-Supergau möglich. "Und wenn erst einmal alles zusammengebrochen ist, kann es Wochen dauern, bis wieder Normalität herrscht."

### **Wie würde sich ein großflächiger Stromausfall genau auswirken?**

Thomas Leitert geht es nicht darum, Panik zu schüren. Jedenfalls sagt er das. Doch was der Unternehmer in seinem Büro in der Schönhauser Allee mit Blick auf den Fernsehturm erzählt, ist alles andere als beruhigend. Schon wenige Stunden nach einem großflächigen Stromausfall würden ganze Geflügelfarmen zum Massengrab, weil die Tiere ohne Lüftung und Heizung schnell verendeten. Und auch Kühe müßten massenhaft geschlachtet werden, wenn die Melkmaschinen ausfielen. Doch was heißt geschlachtet werden?

Schlachthäuser arbeiten schließlich auch mit Strom. "Sie müßten dann erschossen werden", erklärt Leitert, der sich selbst als Missionar in Sachen Blackout sieht. Er ist aber auch Unternehmer. Mit Partnern wie der Berliner Feuerwehr, der Charité und verschiedenen Hochschulen und gefördert vom Bundesforschungsministerium hat er ein Notstromkonzept für Einsatzkräfte entwickelt, das er nun vermarktet. Denn hier gibt es offenbar akuten Handlungsbedarf. So haben in Berlin beispielsweise nur drei Tankstellen ein Notstromaggregat, in ganz Deutschland nur ein kleine zweistellige Zahl. Und auch nur drei der insgesamt 38 Berliner Feuerwachen.

Leitert sagt, ein lang andauernder Stromausfall würde uns ins Mittelalter zurückwerfen. Das ist vielleicht übertrieben, doch auch ein Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) kam 2010 zu dem Schluß, daß ein zweiwöchiger Stromausfall in mehreren Bundesländern "einer Katastrophe nahe" käme. Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr, erklärt der stellvertretende Leiter des TAB, Christoph Revermann.

Denn Banken, Supermärkte, Ampeln und auch Stellwerke hingen vollständig von der Stromversorgung ab. Ebenfalls nach einem Tag sei das Gesundheitswesen "erheblich" beeinträchtigt. "Für Dialysepatienten dürfte es nach wenigen Tagen keine Rettung mehr geben." Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen. "Es kann dann schnell zu Unruhen kommen."

Ist ein großer Blackout denn realistisch?

"Das Szenario ist unwahrscheinlich, aber möglich", sagt Wissenschaftler Revermann, der sich von Berufs wegen mit den Auswirkungen technischer Entwicklungen auf die Gesellschaft befaßt. Das TAB erhält dazu konkrete Untersuchungsaufträge vom Forschungsausschuß des Bundestages. Die Arbeit an einem Blackoutszenario war für ihn und seine Kollegen ein "Aha-Erlebnis", sagt er. "Es ist erstaunlich, daß sich noch nie jemand die simple Frage nach den Folgen eines großflächigen Stromausfalls gestellt hatte."

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Feist war einer der Berichterstatter im Forschungsausschuß, als der TAB-Bericht in Auftrag gegeben wurde. Er sagt heute: "Es gibt mehr kritische Infrastruktur als gedacht, aber das Problem ist nicht sichtbar, deshalb hat man sich bisher zu wenig mit dem Thema befaßt." Ihm sei klar geworden, wie wichtig der Katastrophenschutz in Deutschland sei. "Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten zu sehr in Sicherheit gewogen und vieles zurückgefahren." Allein daß Warnsirenen auf öffentlichen Gebäuden beinahe komplett verschwunden seien, könne sich rächen.

Im TAB-Bericht heißt es: "Die Wahrscheinlichkeit eines lang andauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein. Träte dieser Fall aber ein, wären die dadurch ausgelösten Folgen selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht beherrschbar, allenfalls zu mildern."

### **Wie sind Behörden auf einen solchen Katastrophenfall vorbereitet?**

Blackout-Experte Thomas Leitert hat in den vergangenen Jahren mit vielen Verantwortlichen über das Thema Blackout gesprochen. Auch in einer Anhörung im Bundestag kam er zu Wort. Sein Eindruck: Behörden und Politik, ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, verdrängen die Gefahr eines Blackouts. "Der allgemeine Tenor lautet: Wir sehen das Problem, es ist aber so komplex, daß man nicht weiß, wo man anfangen soll mit den Vorbereitungen."

Krisenpläne gibt es natürlich und auch Katastrophenschutzübungen, die einen Blackout simulieren. Allerdings geht man dabei meist von einem räumlich begrenzten und kurz andauernden Stromausfall aus. Ein solches Szenario ist durchaus beherrschbar, denn die Krisenkommunikation der Rettungskräfte kann über mobile Systeme laufen, Krankenhäuser die Zeit mit Notstromaggregaten überbrücken. Doch nach zwei, drei Tagen sieht die Sache anders aus. Auch die Bundeswehr, die im Katastrophenfall die kritische Infrastruktur schützen müßte, sei darauf nicht vorbereitet, sagt Leitert. Er habe dort nicht einmal einen Ansprechpartner gefunden. "Die wußten selbst nicht, welche Stellen genau zuständig sind."

Die föderalen Strukturen wären im Krisenfall ein weiteres großes Hindernis. Katastrophenschutz ist Ländersache, einheitliche Regelungen gibt es daher nicht. Christoph Revermann vom TAB glaubt allerdings, daß auch der beste Krisenplan bei einem tagelangen und großflächigen Stromausfall ohnehin nichts wert ist. "Auf eine solche Situation kann man sich nicht vorbereiten. Wir können nur hoffen, daß der Fall nicht eintritt."

### **Welche großen Stromausfälle hat es in Deutschland schon gegeben?**

Der größte Stromausfall in der deutschen Nachkriegsgeschichte ereignete sich vor acht Jahren im Münsterland. Nach einem Schneesturm waren dort Ende November 2005 etwa 50 Strommasten unter Eis- und Schneemassen zusammengebrochen. Mehr als 250.000 Menschen hatten keinen Strom - teilweise auch keine Heizung und kein warmes Wasser.

Nach drei Tagen saßen noch immer 65.000 im Dunkeln. Besonders schlimm betroffen war Ochtrup, das nur über eine einzige Hochspannungsleitung versorgt wurde. Viele Bewohner der Kleinstadt mußten in der Stadthalle übernachten. Dort bekamen sie auch warme Mahlzeiten und Getränke. Viele Münsterländer dürften an die stromlose Zeit aber durchaus auch positive Erinnerungen haben: Jedenfalls meldeten viele Krankenhäuser der Region im folgenden Sommer einen Geburtenanstieg. Als eine Art "Wiedergutmachung" zahlte der Stromversorger RWE allen Familien in der Region, die neun Monate nach der Katastrophe Nachwuchs bekamen, 300 Euro.

Im März 2014 fielen beim Wolfsburger Autobauer VW vier Generatoren im werkseigenen Kraftwerk aus. Mit gravierenden Folgen: Die Autoproduktion wurde komplett lahmgelegt und auch 50.000 Haushalte in der Umgebung blieben ohne Strom. Ampeln fielen aus, Geschäfte mußten schließen, weil weder Kassen noch elektrische Türen funktionierten. Sogar bis nach Indien und Australien wirkte sich die Panne aus, denn auch der Onlineauftritt des Unternehmens stürzte ab. Auslöser für das Chaos war offenbar ein Trennschalter, der das öffentliche Netz vom VW-Netz trennt.

Hier hatte es eine Schutzauslösung an der Längskupplung gegeben. Die Produktion im VW-Werk lief auch nach dem Stromausfall nicht gleich wieder rund, denn es dauerte lange, bis alle Maschinen wieder mit voller Leistung liefen und aufeinander abgestimmt waren. Für den Konzern ein Millionenschaden.

Auch in Berlin kommt es immer wieder zu Stromausfällen. Mal werden einzelne Stadtteile lahmgelegt, mal der gesamte S-Bahn-Verkehr. Die Ursachen sind vielfältig, schon kleine Stö-

rungen können eine Kettenreaktion auslösen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/24-26): >>**1815, 1914 und heute**

\_ von Willy Wimmer

Das Attentat auf den österreichischen Thronfolger 1914 zerstörte die europäische Friedensordnung des Wiener Kongresses. 80 Jahre später wurde auf dem Balkan erneut die Stabilität auf dem Kontinent von Kugeln durchsiebt. Beide Mal war Großbritannien der heimliche Nutznießer der Destabilisierung.

Hundert Jahre ist es her, daß in Sarajevo die Hoffnungen des Habsburger-Reiches förmlich zerschossen worden sind. Die Eindrücke, die uns in diesem Gedächtnisjahr 2014 vermittelt werden, werden intensiv sein. Man wird förmlich den Flug der Kugeln verfolgen können, die die Leben von Kronprinz Franz-Ferdinand und seiner Frau aus gelöscht haben. Wie sagte es doch einen Krieg später ein Spitzenmilitär der Wehrmacht, dem die Beteiligung am Attentat nahegelegt wurde: Es werde sich doch noch ein Hauptmann mit einer Pistole finden.

In Sarajevo hat man die jungen Leute gefunden, und sie hatten durchaus Gewissensbisse. Ihre Handlangerdienste sind aber der Hinweis darauf, daß es im Jahr des Gedenkens angebracht ist, sich über die Umstände und Hintergründe in angemessener Weise die Gewißheit zu verschaffen, die heute möglich ist.

Der englische Historiker John Keegan hat in *Die Schlacht um die Geschichte* eindrucksvoll klargemacht, wie wenig ein Kriegsende die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über die Geschehnisse beendet. Nach Sarajevo 1914 war das nicht anders. Oder wie soll man den Funkspruch werten, den das britische Geschwader nach Verlassen der "Kieler Woche" an seine Gastgeber von der kaiserliche Marine kabela: "Freunde heute, Freunde morgen, Freunde für immer."

Das war einen Tag nach den tödlichen Schüssen am 28. Juni 1914 in Sarajevo und wenige Wochen vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten. Perfides Täuschen oder die Hoffnung, die Pläne, die sich in der eigenen Schublade befanden, nicht umsetzen zu müssen? Scharen von Historikern werden jeden Stein wenden, der mit diesem Krieg verbunden ist. Sie machen es sich hoffentlich nicht so leicht wie jener geistliche Redner an der Gefallenengedenkstätte der Bundeswehr auf dem Gelände des Bendlerblocks in Berlin, als er anlässlich der Einweihung eines Mahnmals großzügig Deutschland die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg beimaß.

### **Friedensarchitekt Metternich**

Sarajevo 1914 war gleichsam der Endpunkt einer Entwicklung, die fast einhundert Jahre zuvor begonnen hatte: im Jahr 1815, nach einem Krieg, von dem jeder in Europa hoffte, niemals mehr werde sich dieses Maß an Vernichtung vor allem in Mitteleuropa wiederholen.

Diese Hoffnung, die auf dem Wiener Kongreß 1815 zum Ausdruck kam, war nicht nur die Konsequenz des Wütens der französischen Heere, die Europa in Schutt und Asche gelegt hatten. Denn als das Verhängnis Napoleon um 1800 über Europa hereingebrochen war, hatte sich das "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" gerade erst von den Verlusten des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) erholt, der in vielen Gebieten die Bevölkerung bis zu 75 Prozent vernichtet und im Allgemeinen fast der Hälfte der Deutschen den Tod gebracht hatte.

### **Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich die angelsächsische Propaganda nicht verändert.**

Das sollte nie mehr geschehen, und so erklären sich die Beschlüsse des Wiener Kongresses, die den friedlichen Ausgleich von Interessen und die Verhinderung künftiger Kriege zum Inhalt hatten.

Die 1815 geschmiedete "Heilige Allianz", untrennbar mit dem Namen des österreichischen Außenministers Fürst Clemens von Metternich verbunden, war durch und durch modern. Vom besiegten Frankreich wurde nicht die bedingungslose Kapitulation ("unconditional surrender")

gefordert. Nein, der Kongreß nahm Frankreich gleichberechtigt in den Kreis der Siegermächte auf. Auch die Vorschläge des Zaren über die internationale Zusammenarbeit wurden in Wien übernommen.

Metternich, das war das Bekenntnis zur europäischen Rechtsordnung und damit zum Völkerrecht, wie es sich gerade nach dem Westfälischen Friedensschluß von 1648, nach den Verträgen von Münster und Osnabrück entwickelt hatte. Damit war für das Jahrhundert nach dem Wiener Kongreß festgeschrieben: Sollte es nicht möglich sein, durch Zusammenarbeit und Ausgleich den Frieden in Europa zu sichern, waren die Generalstäbe der mitteleuropäischen Staaten immerhin gezwungen, Kampfhandlungen auf deutschem Territorium zu vermeiden, um einen verheerenden Flächenbrand auch auf dem Rest des Kontinents zu verhindern.

### **Divide et impera**

Metternich, der russische Zar und die anderen Staatsmänner auf dem Wiener Kongreß - sie waren Helden, weil sie uns Europäern das Schicksal ersparen wollten, erneut in verheerenden Kriegen hinweggerafft zu werden. Sie hatten allerdings die Rechnung ohne England gemacht, das sich außerstande sah, dem Gedanken des friedlichen Interessenausgleichs und damit der "Heiligen Allianz" beizutreten. Schließlich hatte London über Jahrhunderte auf dem Kontinent ein stehendes englisches Heer unterhalten, mit dem sich so trefflich die eigenen Interessen durchsetzen ließen.

Die Erfahrungen aus dieser Periode besagten: Ein Ausgleich auf dem Kontinent war schlecht für die britische Dominanz, ein Kontinentalblock sogar verheerend.

Bei der Suche nach Möglichkeiten für die Spaltung Europas wurden britische Diplomaten auf dem Balkan fündig, wo sich im 19. Jahrhundert die christlichen Untertanen gegen die Besatzungspolitik des osmanischen Sultans wehrten. Die Kampfbegriffe der damaligen Zeit kommen uns seltsam modern vor.

Überall dort, wo England in Südosteuropa die Initialzündung vornahm, um die Völker für englische Interessen gegeneinander zu treiben, war von "Schutzverantwortung" und auch "humanitärer Intervention" die Rede. Als es 1999 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ging, mußte man in Washington nicht einmal etwas Neues erfinden, um dem eigenen Tun den Mantel der Scheinlegitimation umzuhängen.

Schon vor 150 Jahren waren diese Begriffe geeignet gewesen, Anhänger hinter sich zu scharen, die interessierte Presse auf die eigene Seite zu ziehen und den Gegner in ein schlechtes Licht zu rücken.

Henry Kissinger, Madeleine Albright und ihre Anhänger mußten 1999 nur auf den Fundus des britischen Imperialismus zurückgreifen, um dem US-gesteuerten Faustrecht quasi legale Völkerrechtsstrukturen aufzuschminken. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird das heute im digitalen Idiom wiederholt:

Man schreibt dort von R2P, Responsibility to Protect (Schutzverantwortung), wenn man einer NATO-Intervention das humanitäre Mäntelchen umhängt. Wie die Vereinten Nationen und vor allem die blockübergreifende OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) am Ende des 20. Jahrhunderts konnte auch die "Heilige Allianz" in diesem aggressiven Milieu nicht überleben - und das war gewollt. Die Schüsse von Sarajevo galten irgendwie Metternich und seinem Friedensprojekt.

### **Euroshima**

Noch bis in die 1980er Jahre war die Angst vor einer Vernichtung Mitteleuropas manifest, wie sich in der berühmten "Petition Schneider" zum unbegrenzten Atomkrieg in Mitteleuropa zeigte. In dieser Petition an den Bundestag hatte der Leiter der Rechtsabteilung des Bonner Verteidigungsministeriums, Reinhard Schneider, 1984 darauf aufmerksam gemacht, daß die einschlägigen Rot-Kreuz-Abkommen das nukleare Austoben in Mitteleuropa erlaubten - nur westlich der deutschen Grenze war der Atomwaffeneinsatz als völkerrechtswidrig geächtet.

Es war der Horror vor diesem Szenario, der den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl im Frühjahr 1989 veranlaßte, die NATO-Übung Wintex/Cimex zu verlassen, weil schon das Planspiel den atomaren Untergang Deutschlands postulierte.

### **Krieg auf dem Balkan**

Eine ferne Zeit? Gewiß nicht, denn es jährt sich 2014 nicht nur zum hundertsten Mal der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, sondern zum fünfzehnten Mal auch der NATO-Angriff auf Jugoslawien.

Dabei war doch die Konferenz von Paris 1990 ein Fanal der Zusammenarbeit nach dem Ende des Kalten Krieges gewesen. Alle Verantwortlichen hatten alles eingesehen und auch begriffen. Es führte kein Weg mehr an Zusammenarbeit vorbei, und das war auf dem festen Fundament der Ost-West-Abkommen von Helsinki (Schlußakte der KSZE - Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - von 1975) machbar gewesen. Deutschland war wieder vereint, Abrüstung war angesagt, Friedensdividende möglich. Wohin man blickte, Völkerrecht überall.

Die Konzepte, wie es besser gemacht werden konnte, jagten einander. Heute, wo bei zukunftsweisenden Konzepten Grabesstille herrscht, mutet das verwegend an.

### **R2P ist das neumodische Kürzel für NATO-Intervention.**

Man hätte hellhörig werden müssen, als Henry Kissinger international, aber auch in großen deutschen Zeitungen, die völlige Abkehr von der in Europa bestehenden Völkerrechtsordnung forderte.

Schon in den Jahren nach 1990 hatten die USA, im Verbund mit Großbritannien, die damalige KSZE (die heutige OSZE) lahmgelegt. Nichts sollte sich mehr entwickeln, weil Zusammenarbeit auf dem Kontinent den eigenen Manövrierraum und die globalen Interessen der Amerikanisierung schmälerte. Wohin sollten die KSZE und EU-Europa für die USA führen? Man übernahm statt dessen Verhaltensweisen, wie sie die inzwischen verschwundene UdSSR praktiziert hatte. Bei der Konferenz der Ostsee-Anrainer wollten die USA mit am Tisch sitzen. Kein Wort sollte zwischen Staaten gewechselt werden ohne Kenntnis der USA! Mitgliedschaft bei der Rhein-Main-Donau-Konvention?

Nichts wie her für die USA. Es war faszinierend.

Aber ein Meisterstück mußte noch her, um die Völkerrechtsordnung für Europa zu beseitigen und dem Faustrecht wieder den gebührenden Platz einzuräumen. Als die amerikanische Außenministerin Albright 1999 Freischärler-Führer der kosovo-albanischen Untergrundarmee UCK öffentlich herzte, war der europäische Frieden suspendiert. Da brauchten die Bomben auf Belgrad, Bagdad oder Kabul erst gar nicht zu fallen. Mit Zusammenarbeit hatte man das Ende des Kalten Krieges erreicht, um anschließend dem Faustrecht und dem Krieg wieder Tür und Tor zu öffnen. Da war Metternich von anderem Kaliber.

\_ Willy Wimmer, Jahrgang 1943, trat 1958 in die CDU ein und war von 1976 bis 2009 Abgeordneter des Bundestages. Von 1988 bis 1992 war er als Staatssekretär für Verteidigung Mitglied der Bundesregierung. Neuerscheinung im September 2014: "Wiederkehr der Hasardeure: Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure von 1914 bis heute" von Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer (Zeitgeist-Verlag ...).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/27-29): >>Der Krieg der Werte

\_ von *Ulrich Schacht*

Rußland sei immer noch zu sowjetisch, klagt die Europäische Union. Dabei droht der Totalitarismus heute viel eher aus Brüssel als aus Moskau. und die Konstellation des Kalten Krieges hat sich umgekehrt.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß ich heute auf einer Konferenz zusammen bin mit Valentin Falin, einem Mann jenes Systems, dem ich noch als politischer Widerstandskämpfer

bis zu meiner Verhaftung in der DDR radikal gegenüberstand.

Es entspricht aber eben auch einer gewissen Logik, daß wir heute auf dieser Konferenz zusammen sind, denn ich war ja damals mit anderen zusammen kein Widerstandskämpfer aus falschen Motiven gegen Rußland, sondern gegen die totalitäre Gesellschaft der Sowjetunion heraus.

Mein politisches Ziel und das anderer in diesem Zusammenhang war die Hoffnung und das Mitarbeiten und Mittun daran, daß Rußland eines Tages Abschied nehmen kann von der Sowjetunion. Das ist zwischenzeitlich gelungen. Und es gibt keinen Grund mehr, Ressentiments oder negative Erfahrungen in einen nach-totalitären Zusammenhang in Europa zu perpetuieren, sondern es gibt nur die Aufgabe hinzuschauen: Was versucht dieses neue Rußland, um sich zu stabilisieren vor dem Hintergrund der großen, schrecklichen totalitären Erfahrung?

### **Gegenläufige Entwicklungen**

Die schrecklichen Erfahrungen des modernen Rußlands sind ja Erfahrungen mit dem Import eines Ideensystems aus dem Westen. Das bolschewistische basiert auf dem jakobinischen System.

### **Das heutige Rußland rekonstruiert sich national, nicht nationalistisch.**

Lenin hat sich als Exekutor und Anwender jener terroristischen Glücksdiktatur des Maximilien de Robespierre und anderer verstanden und sie unter den Bedingungen Rußlands angewendet. Wie kommen wir heute dazu, den Russen ein weiteres Mal zu empfehlen, sich aus dem Westen ein System zu importieren - was ihnen das vorige Mal die größte Katastrophe der nationalen Geschichte serviert hat?

Um welches System geht es aktuell? Das heutige Rußland rekonstruiert sich national, aber nicht nationalistisch, religiös, aber nicht fundamentalistisch, etatistisch, aber sich nicht in eine amorphe, von internationalen Konzernen betriebene Größenordnung auf den geopolitischen Feldern der Nachkriegsordnung bewegend. Jene drei Essentials der russischen Politik der Gegenwart, Rekonstruktions-Essentials, stoßen auf den fanatischen Widerstand jener Funktionseliten in Westeuropa, welche sich in diesem neuen Hegemonialzentrum zu Brüssel konstituiert haben, die postnational, postsäkular und postetatistisch sind.

### **Der Glaube, die Nation, die Familie - das muß zerstört werden.**

Postetatistisch heißt: Zivilgesellschaft. Wir alle sind Zeugen der Entwicklung, daß eine Zivilgesellschaft, wie sie uns dort vorgeschlagen wird, mehr an raffinierter Unterdrückung zu praktizieren versucht, wenn es um die Beschneidung der freien Meinungsäußerung und anderer Dinge geht, als man sich das im freien Diskurs des gegenwärtigen Rußlands auch nur vorzustellen vermag. Ich bin tief davon überzeugt, und nicht nur überzeugt durch Spekulation, sondern auch durch Wissen, daß der historische Diskurs, der politische, der philosophische Diskurs unverstellter, unbehinderter in Rußland vor sich geht, als zur Zeit in dieser großen liberalen Demokratie hierzulande.

Die Liberalität des Westens, für die wir unter den Bedingungen der Teilung Europas mit der Existenz einer totalitären Gesellschaft und Großmacht wie der Sowjetunion gekämpft haben, jene Liberalität existiert nicht mehr. Was existiert, ist eine liberale Phrase, die Menschenrechts-Phrase, die genutzt wird, was mit Bezug auf sie besonders schäbig ist, um Unrecht zu praktizieren, international und national.

Es gibt einen geradezu extremen Haß in den "Katakomben zu Brüssel" - anders kann man die selbstisolationistischen Tendenzen, den Autismus dieses Institutes, das dort versucht, ein homogenes Europa herbeizumaniplulieren, anders kann man ja die Dinge nicht bezeichnen.

### **Totalitäres Menschenexperiment**

Das ist ein Angriff auf das, was diesen europäischen Kontinent immer schon qualifiziert hat: Die Vielfalt seiner Sprachen, seiner Kulturen, seiner Literaturen, seiner Kunst. Es gibt eine genau umgekehrte Rechnung. Denn: Die großen totalitären Gesellschaften des 20. Jahrhun-

derts, die kommunistische in der Sowjetunion, die nationalsozialistische in Deutschland, sind eben gerade nicht - was uns immer wieder suggeriert wird - Ausdruck gewesen von verrückt gewordenem Nationalismus, sondern von verrückt gewordenem Universalismus. Das ist genau der Unterschied.

Was läuft hier, abschließend gesagt, für ein übles Spiel? Es ist der dritte Versuch aus dem totalitären Quellgebiet des Westens - wurzelnd im zweiten Teil der Aufklärung, diesen gottlosen Versuchen, die Ordnung des Menschen, seine innere anthropologische und ideelle Stabilität zu zerstören und zu vernichten -, es ist der dritte Versuch, den Menschen geschichtlich umzubauen.

Es ist der neue Mensch das Ziel dieses neuen totalitären Versuches. Der jetzt allerdings, und zum ersten Mal in der Geschichte, zu einer eigenartigen, auch das kann man genau nachprüfen, Logik und Synthese geführt hat, denn der internationale, entfesselte Kapitalismus ist der beste Zuarbeiter dieser Tendenz. Worum geht es? Es geht darum, alles abzuschleifen, was diesem Prozeß, den man auch schon in nuce im Kommunistischen Manifest nachlesen konnte, dem großen Verwertungsprozeß in der Geschichte der Menschheit, im Wege steht: der Glaube, die Nation, die Familie und und und.

Das muß abgeschliffen werden. Das muß zerstört werden. Und der progressive Liberalismus, die progressive Linke, die progressiven Konservativen, sie alle sind nichts Anderes als bewußte oder unbewußte Agenten dieses Verwertungsprozesses, der über die ganze Welt geschoben werden soll.

### **Das größte Opfer des Bolschewismus waren die Russen selber.**

Das betrifft diese Währungsgeschichte, die wir gerade erleben. Das betrifft eine fanatische, obskure Idee wie die Gender-Ideologie, die ja nicht das Ziel hat, Gerechtigkeit herzustellen - diese Phrase ist durchschaut, wie ein ganz zerschlissener Vorhang. Sondern es geht darum, aus einem Menschen fünf zu machen. Was heißt das? Jeder Mensch ist eigentlich biologisch präformiert, Ausnahmen bestätigen die Regel. Aber: Die neue Gender-Philosophie ist zuzusagen die direkteste Agentur des kapitalistischen Profitstrebens.

Ein Mensch, der fünf Geschlechter hat, der kauft sich in der Woche fünf Mal verschiedene Klamotten, Kleider ... Es ist ein durchschaubares Prinzip. Das Verrückte ist nur: Schon wieder fallen die Umbauer der Menschheitsgeschichte darauf herein, beziehungsweise fühlen sich davon ermutigt. Dahinter steht, vielleicht als letzter Satz - als Theologe darf ich mir das erlauben - der Größenwahn aller modernen Philosophien: Die Welt besser zu machen, als der liebe Gott sie vielleicht in ihrem Grundformat geschaffen hat. Dieser Größenwahn hat zu den größten Verbrechen der Menschheit geführt.

### **Eurokraten im Niemandsland**

"Wir haben es in den EU-Institutionen mit Leuten zu tun, die von Kultur reden, aber den tiefsten Charakter von Kultur, die Differenz, nicht verstehen. Der Pluralismus dieser Leute besteht darin, daß sie in den Hauptstädten Europas von einer Shopping-Mall in die andere stolpern. Daß sie nicht mehr wissen, wo sie sind. Daß sie bei Grenzübertritten immerzu dasselbe Schild sehen, und wenn sie zu schnell fahren, wissen sie gar nicht, was in der Mitte zwischen den Sternen steht. - Wo bin ich? Heiteres Länderraten im befriedeten Europa." (Ulrich Schacht)

### **Eine Bitte an Rußland**

Wir sollten diesen Größenwahn als europäische Völker zurückweisen und zwar - das wäre die neue Perspektive, die ich einbringen würde - zusammen mit Rußland. Denn Rußland ist heute in seiner Rekonstruktionsphase eines russischen Staates.

Russische Souveränität, die Wiederkehr der Ikone als inneres Stabilitätsmoment seiner Geschichte und Identität, die Rückkehr zur Orthodoxie - was im Übrigen die Säkularisten im Westen und in unseren Feuilletons zum Wahnsinn treibt, kann man jeden Tag lesen, wenn

man die Zeitung liest - das alles sind Vorbilder für deutsche Gegenwartspolitik.

Rußland, das heutige Rußland unter Putin, hat sich nicht zu entschuldigen bei irgendwem für irgendwas. Das heutige Rußland kann fragen: "Wie halten Sie es denn, Frau Merkel, in Ihrem Land mit den Menschenrechten? Wie werden denn Parteien, die Ihnen nicht passen, behandelt - erhalten sie Zugang zu den Medien?"

Wir könnten das abendfüllend ausweiten, jeder in diesem Saal weiß, wovon ich spreche. Nein - einen Hinweis an die russischen Vertreter habe ich dann doch: Bei all dieser neuen Übereinstimmung können wir natürlich eins nicht ausblenden - was noch eine Replik auf meinen Vordner Valentin Falin wäre, der geäußert hat:

"Es kommt darauf an, nichts Schlechtes über Tote oder Lebende zu sagen." Rußland muß natürlich verstehen, daß die Sowjetunion nicht neutral gesehen werden kann - nicht von den baltischen Staaten, vielleicht auch nicht von Polen und anderen. Es hat schon etwas stattgefunden, was nicht so schnell zu vergessen ist.

Aber heute sind gerade die Länder, die nach dem Zusammenbruch des Imperiums ihre Souveränität zurückgewonnen haben, schon wieder in einem Souveränitätskonflikt. Sie sollen Souveränität an Brüssel abgeben. Und wir wissen ja, wenn wir die Äußerung des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus hören, wir wissen ja, wenn wir Viktor Orban in Budapest hören, und wenn wir sozusagen über einige baltische Probleme hören, daß diese Rechnung nicht nahtlos aufgegangen ist. Rußland hätte hier eine große Chance, zu einer Form von Bündnis zu kommen bei der Verteidigung der Souveränität - unter Gleichberechtigten aufgrund einer gemeinsamen negativen Erfahrung.

Denn das größte Opfer des bolschewistischen Totalitarismus waren die Russen selber. Und das ist die verbindende Linie, das ist die Basis für jene Gemeinsamkeit, die auch heute hier in dieser Halle stattfinden kann. Dafür plädiere ich, und vielleicht kommen wir ja gemeinsam ein Stück weiter. Dankeschön.

\_ Ulrich Schacht erblickte 1951 in der DDR im Frauengefängnis Hoheneck, wo seine Mutter inhaftiert war, das Licht der Welt. Der Student der evangelischen Theologie wurde 1973 in der DDR wegen "staatsfeindlicher Hetze" zu sieben Jahren Haft verurteilt und 1976 in die Bundesrepublik abgeschoben. Er arbeitete später als Redakteur für "Die Welt" und als Autor für die "FAZ", "Focus", "Weltwoche" und andere. 1994 war er zusammen Heimo Schwillk Herausgeber des Sammelbandes "Die selbstbewußte Nation", einem Manifest patriotisch-demokratischer Selbstvergewisserung.

Schacht lebt heute in Schweden, veröffentlicht aber weiter in großen Zeitungen und Verlagen. 2011 erschien sein Buch "Vereister Sommer. Auf der Suche nach meinem russischen Vater" (Aufbau-Verlag ...). - Die hier gekürzt wiedergegebene Rede wurde auf der COMPACT-Souveränitätskonferenz am 24. November 2012 an der FU Berlin gehalten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 über die Außenpolitik Rußlands (x350/32-34): >>**Schlachtfeld Deutschland**

\_ von *Valentin Falin*

Die Einkreisung Rußlands war nicht erst ein Projekt des 20. Jahrhunderts, sondern begann schon vor über 250 Jahren. Großbritannien war oft der Motor dieser Aggressionspolitik, ihre Frontlinie lief vielfach durch Mitteleuropa.

***Napoleon 1812 - das war eine europäische, nicht nur eine französische Invasion.***

Der Siebenjährige Krieg (1756-1763) zwischen Rußland und Preußen fand nicht nur zwischen den genannten Staaten statt, sondern war ein Weltkrieg. An Preußens Seite waren Großbritannien und einige italienische Fürsten, an Rußlands Seite war Frankreich. Und dieser Krieg war nicht entstanden, weil die Zarin Elisabeth Friedrich II. nicht mochte, sondern sie hatte Österreich gebeten, Rußland gegen Preußen zu verteidigen, weil Preußen Schlesien von Österreich erobert hatte.

## **Der erste Eiserner Vorhang**

Frankreich hat diesen Krieg und alle seine Besitzungen in Indien verloren, und was schrieb Ludwig XV. danach? Ich zitiere aus einem vertraulichen Papier: "Einziges Ziel meiner Politik gegenüber Rußland sei es, Rußland soweit wie möglich von europäischen Angelegenheiten fernzuhalten.

Alles, was Rußland im Haus und im Dunkeln treibt, ist mir nützlich." So organisierte er eine Abmachung mit Schweden, Polen und dem Osmanischen Imperium; und dieses Projekt hieß: "Errichtung einer Ostbarriere", also eines "Cordon sanitaire" oder eines "Eisernen Vorhanges", und das war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Man sieht den Eisernen Vorhang im Westen immer als "Initiative Sowjet-Moskaus". Dabei hat der französische Premier Georges Clemenceau 1919 vorgeschlagen, "einen Eisernen Vorhang rund um den Bolschewismus aufzuziehen, damit die Bolschewisten das zivilisierte Europa nicht stören".

Zu dieser Zeit hat auch ein bekannter Demokrat, Winston Churchill, gefordert: "Sowjet-Rußland muß von einem Ring wütender stürmischer Nachbarn umzingelt werden". Ich könnte eine dicke Mappe solcher Äußerungen bringen, aber das spare ich mir.

Als Dank für unsere russische Hilfe im Siebenjährigen Krieg haben neben Österreich auch andere, vor allem die Türkei, versucht, die Interessen Rußlands nicht nur zu beeinträchtigen, sondern gegen uns aggressiv vorzugehen. Aber alle Rekorde hat Großbritannien gebrochen. Die Jakobiner waren noch nicht an der Macht, da versuchten die Briten schon, Polen, Schweden, die Türkei und Österreich zu bewegen, gegen Rußland eine aggressive Position einzunehmen.

Und in eben jener Zeit, 1787, waren in den gerade gegründeten Vereinigten Staaten auch schon die Federalist Papers (Föderalistenartikel, eine Art Verfassungserläuterung) in Kraft. Was hatten sie zum Inhalt? Ihre Autoren haben Folgendes geschrieben: "Irgendwann werden die Vereinigten Staaten ökonomisch und militärisch so mächtig sein, daß sie die Alte und die Neue Welt beherrschen und regieren werden." Interessant, nicht wahr?

Zum Thema Napoleon und zu seinem Rußland-Feldzug 1812 gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen: In den napoleonischen Armeen bildeten Franzosen nur die Hälfte aller Streitkräfte, die andere bestand aus Österreichern, Preußen und Soldaten aus verschiedenen deutschen Teilstaaten.

Das war also nicht nur eine französische, sondern eine europäische Invasion. Ich möchte nicht die Geschehnisse im Einzelnen erwähnen. Entscheidend ist der Beitrag Rußlands für die Niederlage Napoleons, dieser wird heute kaum erwähnt, obwohl er von den Historikern mit Recht nicht in Frage gestellt wird. Und wie war die weitere Entwicklung?

Am 22. Dezember 1814 unterzeichnen Frankreich, Großbritannien und Österreich einen Vertrag über ihre Allianz mit dem Ziel, "Rußland in seine Grenzen zurückzutreiben für die Ehre, Gerechtigkeit und Zukunft Europas".

## **Die russischen Revolutionen**

Wer hat den Krieg Japans gegen Rußland 1904/05 entfesselt? Großbritannien! Und es hat alle Schiffe für die japanische Kriegsmarine gebaut, diese Schiffe wurden von amerikanischen Banken finanziert. Im Rahmen dieses Krieges hat England versucht, Tibet unter seine Kontrolle zu bringen. Es geschah auch etwas in Bhutan und Nepal, diese zwei Staaten gerieten ebenfalls unter britische Vorherrschaft. Im Kontext dieses Krieges haben die USA und Japan einige ihrer Angelegenheiten geregelt.

So bekam Japan Korea unter Verletzung amerikanischer Garantien für Korea, und die USA bekamen die Philippinen. Die "Demokratisierung" dieser Inselgruppe brachte den Tod für ein Drittel der gesamten Bevölkerung. Deshalb ist die antiamerikanische Stimmung der Philippinos bis heute so stark.

***"Einziges Ziel sei es, Rußland von europäischen Angelegenheiten fernzuhalten." Ludwig XV.***

Einige Bemerkungen (zu Fakten), die Ihnen nicht bekannt sein dürften, zur russischen Revolution. Die erste Revolution 1905 bis 1907 wurde von Japanern finanziert, sie hatte auch Unterstützung von Briten und Franzosen. Vor dem Sturz von Zar Nikolaus II. 1917 bekommt der britische Botschafter in Sankt Petersburg die Instruktion, daß die oppositionelle Gruppe gegen den Zaren zu unterstützen und zu finanzieren sei.

Das Ergebnis war die Abdankung von Zar Nikolaus II. Eines der Ziele des Ersten Weltkrieges war erreicht. Rußland sollte nie wieder so entstehen, daß es für das britische Königreich eine Gefahr werden kann. Wer waren die Ausführenden dieser Entscheidung? Wer hat den Schuß auf den Zaren-Berater Grigori Rasputin abgegeben? Ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes!

### **Kampf um Rußland**

1756-1763 Siebenjähriger Krieg.

1812 Einfall Napoleons in Rußland.

1813/1815 Niederlagen Napoleons in der Völkerschlacht bei Leipzig und in Waterloo.

1815 Wiener Kongreß.

1853-1856 Krimkrieg. Osmanisch-britisch-französisch-sardinische Allianz gegen Rußland.

1904-1905 Russisch-japanischer Krieg.

1905-1907 Erste Revolution gegen den Zaren.

1914-1918 Erster Weltkrieg.

1917 Februarrevolution (Sturz des Zaren), Oktoberrevolution (Machtergreifung der Bolschewiki und Austritt Rußlands aus der Kriegsallianz).

1922 Nach Lenins Tod wird Stalin Generalsekretär der KPdSU.

1939 Hitler-Stalin-Pakt. Beginn des Zweiten Weltkrieges.

1941 Deutsche Truppen fallen in Rußland ein.

1945 Ende des Zweiten Weltkrieges, Aufteilung Deutschlands in provisorische Besatzungszonen.

1949 Gründung von BRD und DDR.

### **Stalin und Deutschland**

Wir registrieren meist, dies oder das hat Rußland oder die Sowjetunion nicht getan. Man versteht kaum Josef Stalins Politik vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Dazu eine Tatsache, die Ihnen unbekannt ist: Vor dem Verlassen der Münchner Konferenz (zur Sudetenfrage) hat der britische Premier Neville Chamberlain am 30. September 1938 noch ein Treffen mit Adolf Hitler gehabt und zu ihm gesagt: "Sie haben genug Bomber, um Rußland anzugreifen, besonders jetzt nach dem Münchner Abkommen, weil sowjetische Flugzeuge nicht auf tschechoslowakischen Flugplätzen plaziert werden können."

Unsere Aufklärung hat all diese Dokumente an Stalin weitergeleitet. ...

Stalin hat nach unserem unglücklichen Krieg mit Finnland 1939/40 angefangen, die sowjetische Armee durchgreifend zu reformieren, und seine Pläne sollten in groben Zügen bis Herbst 1942 vollendet werden. Die Reaktion Hitlers war dieselbe wie die Reaktion von Wilhelm II. vor dem Ersten Weltkrieg. Zar Nikolaus II. plante 1913 eine Reform seiner Armee, die 1914 beginnen und 1917 beendet werden sollte. Die Reaktion von Wilhelm II. war: "Warum sollen wir warten, bis Rußland stark wird, wir sollten sofort handeln."

Genauso war es mit dem Angriff Hitlers auf Rußland. All die Legenden des Buchautors Viktor Suworow lassen Sie beiseite, aber Folgendes ist wichtig: Als die Wehrmacht vor den Toren Moskaus steht, sagt Stalin in seiner Rede am 6. November 1941: "Die Hitlers kommen und gehen, Deutschland und das deutsche Volk bleiben bestehen." Das war in einer für die Sowjetunion schlimmen Situation, denn wenn Moskau gefallen wäre, hätte ihr sofort Japan

den Krieg erklärt, die Türkei hätte sie mit ihren 27 Divisionen attackiert und Schweden hätte sich der Hitler-Allianz angegliedert. ...

Valentin Michailowitsch Falin (\*1926) war Berater des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Nikita Chruschtschow sowie des Außenministers Andrei Gromyko. Von 1971 bis 1978 war Falin Botschafter der UdSSR in Bonn, leitete anschließend die Nachrichtenagentur Nowosti und war zweimal Direktor des Internationalen Ausschusses des Zentralkomitees der KPdSU, bis zu deren Auflösung 1991. Er ist bis heute ein gefragter Kommentator in russischen Medien. - Der obige Text ist die leicht redigierte und gekürzte Fassung des Vortrages, den Falin auf der "Souveränitätskonferenz" von COMPACT Magazin Ende November 2012 in Berlin hielt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/41-43): >>**Stalin und die Chance zur Einheit**

\_ von Klaus Höpcke

Friedensvertrag für Deutschland, Neutralität und freie Wahlen - das Angebot der sowjetischen Führung von 1952 wird im Westen bis heute als Bluff abgetan. Zu Unrecht, wie die Auswertung der Dokumente zeigt.

Am 10. März 1952 veröffentlichte die Regierung der UdSSR eine Note an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Grundlagen eines mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrages.

Das ist 60 Jahre her. Ich hatte seinerzeit mein Studium in Leipzig aufgenommen und bin als Student zum Zeitzeugen geworden. Uns frappte damals besonders der Wagemut, der darin bestand, für Gesamtdeutschland Parlamentswahlen anzubieten. Aufgrund des Übergewichtes der Bevölkerungs- und somit Wählerzahlen in der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber dem Stimmenpotential im Osten fragten wir uns, ob in Betracht gezogen worden war, daß bei einem solchen Urnengang die Entwicklung, die wir in der DDR in Gang gebracht hatten, beeinträchtigt werden könnte. Dies hielten wir für nicht unproblematisch, versuchten es aber als Beitrag für das Gelingen eines Friedensvertrages zu verstehen.

Vor diesem Hintergrund war uns auf den ersten Blick um so unverständlicher, warum die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 25. März 1952 die "Stalin-Note" zurückwiesen. Bei der Suche nach Antworten wurden wir schon zehn Tage danach im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung fündig. Dort wurde aus einem Rechenschaftsbericht zitiert, den General Dwight D. Eisenhower, seinerzeit Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, am 2. April 1952 vorgetragen hatte.

### **Halbes Deutschland**

Darin stand zu lesen: "Hier im Herzen Europas liegt ein 246.000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißiger und hochqualifizierter Arbeitskräfte.

Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der Jahresproduktion an Stahl der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebietes und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa überhaupt."

**"Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb."**

### **Konrad Adenauer**

Und weiter: "Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden." Nicht bekannt war uns zu jener Zeit die Kurzfassung der Eisenhowerschen Argumentation in dem Konrad Adenauer zugeschriebenen Satz "Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb."

Während in früheren Jahrzehnten die Erschließung von Quellen zur "Stalin-Note" sehr zu

wünschen übrig ließ, kam es vor zehn Jahren zu einer spürbaren Erweiterung der Dokumentenbasis. Erstmals wurde ein Anfang März 2002 im Münchner R. Oldenbourg Verlag erschienen Buch dem deutschsprachigen Publikum mit Akten aus den Moskauer Archiven, vor allem dem des einstigen sowjetischen Außenministeriums, zur Entstehung der Note zugänglich gemacht. Wilfried Loth hat die Edition der Dokumente besorgt und kommentiert (Die Stalin-Note vom 10. März 1952: Neue Quellen und Analysen).

Bei der Lektüre wird für viele überraschend sein, wie anstoßgebend und mit welcher bemerkenswerter Beharrlichkeit das damals an der Spitze der DDR agierende Triumvirat aus Staats-, Regierungs- und Parteichef in Sachen Friedensvertrag Wünsche an die Regierung der UdSSR vorgebracht hat. In den Dokumenten kann man nachlesen, wie die sowjetischen Emisäre wieder und wieder an Josef Stalin und Wjatscheslaw was Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht für notwendig hielten.

Zweitens fällt auf, wie ernsthaft und stetig die sowjetische Seite westlichen Bedenken entgegenkam. Der Umfang der dokumentierten Berücksichtigung von Einwänden übertrifft das auch von mir Erinnerung und Erwartung deutlich. Friedensvertrag - Abzug aller Besatzungstruppen - gesamtdeutsche Wahlen zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und neutralen Deutschlands: Um dieses dreifachen Zieles willen war die Regierung der UdSSR zu einer Reihe von Zugeständnissen bereit, die erhebliche Abstriche von ihren ursprünglichen Entwürfen bedeuteten.

So wurde der Vorschlag, als erstes einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat zu bilden, fallen gelassen und empfohlen, daß die Regierung der DDR im Unterschied zu ihren früheren Konzepten an die Bonner Regierung die Forderung nach paritätischer Vertretung als Vorbedingung einer Beratung über Wahlen nicht mehr erhebt.

### **Östliches Entgegenkommen**

Vergleicht man die veröffentlichte Fassung der Friedensvertragsgrundlagen mit vorherigen Varianten, stößt man auch da auf Zeichen des Entgegenkommens.

Ursprünglich ins Auge gefaßte Verbote wurden gestrichen, so etwa das Monopolverbot, das Verbot der Integration des Ruhrgebietes in die entstehende westeuropäische Kooperation und das Verbot des Dienstes deutscher Staatsbürger in ausländischen Armeen und Polizeieinheiten. Zur Militärfrage hieß es nur noch, Deutschland solle die Streitkräfte haben, "die für die Verteidigung des Landes notwendig sind".

### ***Von fortgesetzten Reparationsleistungen war nicht mehr die Rede.***

Von der Verpflichtung zu fortgesetzten Reparationsleistungen an die Siegermächte war ebenfalls nicht mehr die Rede. So spricht die "Aktenlage" Blatt für Blatt eine deutliche Sprache:

In Moskau waren vor 60 Jahren Politiker am Werke, die mit großem Ernst den Friedensvertrag mit Deutschland, den Abzug der Besatzungstruppen und gesamtdeutsche Wahlen zur Bildung eines vereinten demokratischen Deutschlands zu erreichen trachteten.

Nach Wortlaut, Sinngehalt und obwaltenden Bedingungen engen die in Loths Quellenedition enthaltenen Dokumente den Spielraum jener ein, die der "Stalin-Note" ihre Seriosität absprechen und sie als Trick darstellen wollen. So urteilt auch Loth in seinem Kommentar: "Ob es angemessen war, den (sowjetischen) Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands abzulehnen, wird man weiter kontrovers diskutieren können.

Daß Stalin wirklich wollte, was er sagte: ein vereintes Deutschland außerhalb des westlichen Blocks, das die historische Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution noch nicht erreicht haben würde, daran kann nach der Rekonstruktion der Entstehung der sowjetischen Noteinitiative vom 10. März 1952 jedoch kein Zweifel mehr sein."

### ***Friedensvertrag, gesamtdeutsche Wahlen, neutrales Deutschland.***

Als Gegenkommentatoren kommen in dem Band des R. Oldenbourg Verlages Hermann Graml und Gerhard Wettig zu Wort. Zur Sache selbst haben sie wenig zu sagen. Keine einzige

der von Loth gegebenen Deutungen der Dokumente findet sich bei ihnen vom Text her widerlegt. Statt dessen versucht Graml sich darin, Loth zu belehren, die von letzterem als "hochrangig" oder "denkbar prominent" angesehenen sowjetischen Politiker, die an der Ausarbeitung der Dokumente beteiligt waren, könnten bloß als "viertrangige Funktionäre" betrachtet werden.

Des Weiteren streitet er mit Loth darüber, ob Stalin im Sommer 1951 zögerte oder nicht, wobei erkennbar ist, daß Graml für seine Version keineswegs mehr oder einleuchtendere Anhaltspunkte hat als Loth für seine Ansicht, ein Zögern habe es gegeben.

### **Westliche Abwehrreflexe**

Über ein Hick-Hack zu derartigen, vom Gegenkommentator als "Kleinigkeiten" bezeichneten Stoffen läßt sich ein Sachdiskurs kaum zustande bringen. Darauf kommt es Graml und Wettig offenkundig auch gar nicht an. Da die Dokumente, wie sie nun einmal vorliegen, für die Leugnung der Ernsthaftigkeit des Friedensvertragsangebotes nichts hergeben, versuchen sich die beiden anders zu behelfen. Loth beschäftige sich zu sehr mit den Details, heißt es. Der Blick auf die Selbstgewißheit der harten Bolschewiki fehle. Die hätten beabsichtigt, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR auf Westdeutschland zu übertragen.

Der Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands im Hinblick auf Militärblockzugehörigkeit sei "mit der Ausweitung des sowjetischen Einflusses bis zum Rhein identisch gewesen". Wettig macht sich mit der Interpretation eines Lächelns lächerlich.

Darin, daß Außenminister Andrei Wyschinskis Gesicht sich bei der Entgegennahme der Absagen der Westmächte nicht verdüsterte, sondern aufhellte, wie dem US-Geschäftsträger Hugh S. Cumming, einem der Überbringer schlechter Nachrichten, auffiel, sieht er nun nicht etwa einen Ausdruck vielleicht von Ironie aus einem Gefühl der Überlegenheit heraus, sondern allen Ernstes einen Beweis dafür, daß die UdSSR-Führung eine konstruktive Aufnahme ihres Angebotes gar nicht wollte. ...

Und immer wieder: "lediglich als Manöver im Propaganda-Krieg gedacht", der "propagandistische Effekt", "ein Mehr an propagandistischer Brauchbarkeit". "Dogmatiker aller Systeme, vereinigt euch!" könnte als Sammelüberschrift über solchen Einlassungen stehen. In ihnen kann nicht sein, was nicht sein darf. In diesem Fall: Daß Spitzenpolitiker der Sowjetunion und der DDR Anfang der 50er Jahre für ein einheitliches demokratisches Deutschland eingetreten sind.

Scholastisch wie die Weigerung, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, ist die von Graml und Wettig vorgenommene Gegenüberstellung von ernst gemeinten politischen Lösungsversuchen einerseits und der östlichen Beeinflussung der öffentlichen Meinung andererseits. Letzteres wird mit verurteilenswerter Propaganda gleichgesetzt und als Beleg für fehlende Ernsthaftigkeit politischer Absichten genommen. Und das schreiben Leute aus einem politischen Milieu, in dem psychologische Kriegsführung zum A und O des Politik-Machens gehört.

Keine Kriegs- oder Kalte-Kriegs-Handlung der USA ohne "War of Wits" (Krieg der klugen Köpfe). ... Das galt damals und gilt bis in die jüngsten Tage.

### **Die Stalin-Note**

- Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt.
- Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden.
- In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährt sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.
- Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

- Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen in Bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.

- Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

\_ Klaus Höpcke war von 1973 bis 1989 stellvertretender Kulturminister der DDR, 1990 Volkskammerabgeordneter der PDS und von 1990 bis 1999 PDS-Landtagsabgeordneter in Thüringen. Er gehört dem Sprecherkreis des Marxistischen Forums in der Partei Die Linke an.<<

**2015**

Herbert Ludwig berichtete am 7. Januar 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die anglo-amerikanischen Elitenzirkel (x942/...): >>>Die anglo-amerikanische Lenkung der Welt durch Elitenzirkel. Die Entstehung von Chatham House und Council on Foreign Relations

Es ist inzwischen vielen Beobachtern des Weltgeschehens keine Neuigkeit, daß die Außenpolitik der USA und damit ihre imperialistische Ausbreitung über die ganze Welt vom *Council on Foreign Relations* (Rat für auswärtige Beziehungen) mit Sitz in New York und Washington gesteuert wird.

Weniger bekannt ist seine enge historische, personelle und intentionale Verflechtung mit dem entsprechenden elitären Zirkel in England, dem *Royal Institute of International Affairs*, nach seinem Sitz auch *Chatham House* genannt. Der Historiker Markus Osterrieder ist in seinem umfangreichen Werk "Welt im Umbruch" der Entstehung und Zielsetzung beider Einrichtungen, die sich als private Think Tanks geben, detailliert nachgegangen.

### **Gemeinsamer Ursprung**

Die Überzeugung, daß den Englisch-sprechenden Völkern, der "englischen Rasse", ein globaler Führungsanspruch gehöre, der sich in einer ständigen Weltherrschaft realisieren müsse, wurde in elitären Kreisen des britischen Empire und der USA schon seit Jahrhunderten gepflegt. Diese Idee nahm in vielfältigen persönlichen und institutionellen Verbindungen immer konkretere Gestalt an.

Im späten 19. Jahrhundert *hegten zahlreiche Vertreter der adligen, politischen und wirtschaftlichen Elite in Großbritannien, Kanada und den USA den weitgefaßten Gedanken, daß sich in der westlichen Hemisphäre des Planeten ein gemeinsamer zivilisatorischer, politischer und sozialer Zusammenhang bilden muß, eine "Atlantische Gemeinschaft" der Anglo-Saxon race oder auch, synonym gebraucht English-speaking peoples, welche den Führungsanspruch verwirklichen und damit "die Welt beständig beherrschen würde".*

Zu diesen Kreisen zählt insbesondere die 1909 um Lord Alfred Milner gegründeten Round Table-Gruppe. Zentrale Gestalten dieser Gruppe, die intensiv für einen Krieg gegen Deutschland gearbeitet hatte, waren auch an den "Friedensverhandlungen von Versailles" beteiligt. Milner selbst, ab 1916 Mitglied des englischen Kriegskabinetts, war kurz Kriegsminister und gehörte als Kolonialminister zu den Unterzeichnern des Versailler Vertrages.

Sein enger Vertrauter und Schüler Philip Kerr war als Sekretär von Premier Lloyd George an der Ausarbeitung des Versailler Vertrages beteiligt, und von ihm stammte die Formulierung des Alleinschuld-Paragraphen 231, der "Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich" machte, "die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Trotzdem entsprach die 1919/20 entstandene Nachkriegsregelung nicht den Erwartungen des Milner-Kreises. Seine Pläne einer anglo-amerikanisch geführten wirtschaftlichen und politischen Ordnung der Welt hatten durch den Rückzug der USA in eine wieder mehr isolationisti-

sche Position einen herben Rückschlag erlitten. Europa sollte im eigenen Saft schmoren, war die Stimmung in der amerikanischen Politik, und der Senat lehnte die Ratifizierung der Pariser Friedensverträge und der Satzung des Völkerbundes ab. Damit war das Vorhaben, eine "Atlantische Gemeinschaft" zu schaffen, im ersten Anlauf gescheitert.

Doch viele der britischen und amerikanischen "Experten" hatten bei den Verhandlungen in Paris Kontakte geknüpft und Freundschaften geschlossen, die zu den im *Round Table* schon bestehenden hinzukamen. Der von der US-Bank J. P. Morgan & Co als Präsidentenberater nach Paris entsandte Thomas W. Lamont und Lord Robert Cecil vom Round Table faßten *den Entschluß, die künftige anglo-amerikanische Zusammenarbeit auf eine feste und dauerhafte institutionelle Grundlage zu stellen, um eine bessere politische Koordination zu ermöglichen und "Material zur Verfügung zu stellen, mit dessen Hilfe diejenigen, die am einflußreichsten sind und am meisten Wissen, Verständnis und perspektivisches Denken in außenpolitischen Angelegenheiten entwickeln, die öffentliche Meinung formen können."*

Am 30. Mai 1919 trafen sich im Pariser Hotel Majestic, dem Hauptquartier der britischen Delegation, eine britische und eine amerikanische Gruppe unter der Federführung der Briten und Round Table - Mitglieder Lionel Curtis, Philip Kerr, Lord Robert Cecil, Geoffrey Dawson und anderen sowie die Amerikaner Thomas W. Lamont, Tasker Bliss (Ex-Generalstabschef der US-Armee), Oberst Edward House (engster Vertrauter außenpolitischer Berater Präsident Wilsons) neben weiteren und einigten sich darauf, *auf privater Grundlage eine forschende und beratende politikwissenschaftliche Einrichtung mit Niederlassungen in London und New York entstehen zu lassen, welche die Formulierung einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Politik anregen, fördern und lebendig erhalten sollte. ...*

*Nachdem Robert Cecil und Thomas Lamont die Gemeinsamkeiten von Briten und Amerikanern gepriesen hatten, betonte Lionel Curtis anschließend in seiner Rede: Der zukünftige Frieden "würde davon abhängen, inwieweit die öffentliche Meinung in diesen Ländern richtig oder falsch wäre. Die richtige öffentliche Meinung wird in der Hauptsache von einer kleinen Zahl von Menschen hervorgebracht, die in wirklichem Kontakt zu den Tatsachen stehen und die Angelegenheiten durchdacht haben."*

Ein Komitee, bestehend aus dem Briten Lionel Curtis und den Amerikanern Isaiah Bowman, Whitney Shepardson und James T. Shotwell, sollte das weitere Vorgehen im Detail ausarbeiten, *um ein gemeinsames anglo-amerikanisches "Zentrum der maßgeblichen Meinung" zu begründen. In jedem der beiden Länder sollte ein Institut eingerichtet werden, "das als eine Telefonzentrale zwischen ein paar hundert Menschen in jedem Land tätig sein würde. Diese würden die Außenpolitik verwalten und die öffentliche Meinung zum Thema erzeugen."*

Der Lebenstraum von Lionel Curtis, von früh auf ein glühender Jünger Alfred Milners, ging in Erfüllung. Was unter dessen Führung zehn Jahre zuvor als Strategie konzipiert und im Round Table weiter bearbeitet worden war, begann konkrete Gestalt anzunehmen. In den USA herrschte allerdings in der Öffentlichkeit eine antibritisch aufgeladene Stimmung, die es den amerikanischen Kumpanen vorerst nicht geraten erscheinen ließ, in dieser Situation eine anglo-amerikanische Einrichtung zu gründen.

### **Royal Institute of International Affairs**

In London dagegen wurde am 5. Juli 1920 das British (seit 1926 Royal) Institute of International Affairs (RIIA) gegründet. Es war von Anfang an fest in den Händen der Milner-Gruppe, insbesondere von Lionel Curtis, der sich gemeinsam mit D. M. Gathorne-Hardy um die Organisation kümmerte, und zum Beirat der Einrichtung zählten stets zahlreiche Personen, die dem Round-Table-Kreis nahestanden. "Zu dem kleinen Stab von festen Angestellten gehörte von der ersten Stunde an der Historiker Arnold J. Toynbee."

*Die Mitgliederzahl wuchs von 300 Personen im Jahr 1920 auf 2.414 im Jahr 1936. Dank der Initiative von Lionel Curtis konnte RIIA 1923 die Räumlichkeiten des "Chatham House" auf*

dem Londoner St. James Square beziehen. Seit 1927 wurde die Hauszeitschrift unter dem Titel "International Affairs" der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. ...

In Chatham House wurden in den folgenden Jahren Konferenzen und Diskussionsrunden abgehalten. Studiengruppen zu bestimmten weltpolitischen Themen eingerichtet, deren Thesen die hauseigene Zeitschrift veröffentlichte. "Politik" wurde in den Rang einer "objektiven" Wissenschaft erhoben, um an Autorität in der Öffentlichkeit zu gewinnen und den regierenden Kreisen faktische Orientierung zu gewährleisten.

Seit 2004 nennt sich das Institute "Chatham House" und ist auch heute noch der führende britische "Think Tank", wie die verschleierte Sprachregelung heißt. Von den bearbeiteten Themen werden "einzelne Schlüsselprojekte von der Rockefeller Stiftung, der Bill & Melinda Gates Foundation, der Konrad Adenauer Stiftung, der Nato oder der EU finanziert und gesponsert", berichtet Wikipedia, worin sich die Weite des bestimmenden atlantischen Einflusses auf die westliche Politik spiegelt. Aber die Verflechtung reicht noch weiter:

"Neben den *Corporate Members*, bestehend aus 75 Großkonzernen, Investmentbanken, Energiekonzernen und 263 weiteren Firmen, zählt das Chatham House derzeit 2.770 international tätige Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Diplomatie, Wissenschaft, Politik und Medien aus 75 Ländern zu seinen Mitgliedern und verfügte im Jahre 2012 über ein aus Wirtschaft, Stiftungen und Mitgliederbeiträgen generiertes Budget von 12 Mio. Euro" (Wikipedia).

### **Council on Foreign Relations in den USA**

Im *Round-Table* schaute man 1920 mit Sorge nach Amerika. Man sah die Gefahr, daß die USA für die britischen Dominions ein gefährlicher Rivale auf den Weltmeeren werden könnten, woraus ein "Sog in Richtung Wettbewerb mit einem unweigerlichen Ende, einem weiteren Weltkrieg", entstünde, wie Philip Kerr in einem Brief schrieb.

Daher nannte sein Freund Robert Brand als ein Haupt-Motiv der Round-Table-Politik die Stärkung der Bande zwischen den englischsprechenden Völkern. Kerr und Curtis waren der Auffassung, die Amerikaner müßten zu ihrer Aufgabe in der Welt erzogen werden, "denn sie hätten noch 'einen kindlichen Glauben in die Tugenden der Demokratie und des Laissez-faires'." Das in den USA noch zu gründende Institut müsse wie Chatham House die Aufgabe haben, die "öffentliche Meinung" zu erziehen.

1921 war es auch in den USA soweit. Bereits am 1. Juni 1918 hatte hier der Morgan-Partner Elihu Root anlässlich eines Abendessens für dreißig geladene Gäste aus der Finanz- und Anwaltswelt im New Yorker Metropolitan Club einen außenpolitischen "Dinner-Club" mit Namen Council on Foreign Relations gegründet. Wenige Monate später schlugen ihm Isaiah Bowman und Whitney Shepardson vor, seinen Club mit dem Vorhaben der 21 Experten aus Paris zusammenzulegen.

"Aus dieser Fusion entstand in New York am 29. Juli 1921 das amerikanische Pendant des RIIA, das private Council on Foreign Relations (CFR) mit der Hauszeitschrift Foreign Affairs, das personell wie finanziell eng an J. P. Morgan & Co gebunden war."

An der Gründung maßgeblich beteiligt waren Oberst Edward House, dessen Mitarbeiter in der Beratung Präsident Wilsons, der einflußreiche Journalist Walter Lippmann und die deutschstämmigen Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn (Wikipedia). "Im CFR führend wurden alte Round-Table-Kontakte wie Shotwell, Coolidge, Lamont, John W. Davis, Norman H. Davis, Charles P. Howland, Paul D. Cravath, Bowman und Shepardson."

Die heute 4.500 Mitglieder setzen sich aus den einflußreichsten Eliten aus Politik, Finanzindustrie, Wirtschaft, Medien und Hochschulen zusammen. Präsidenten, Minister und Regierungsbeamte werden zu weiten Teilen aus dem CFR rekrutiert, das die Politik, insbesondere die Außenpolitik der USA weitgehend bestimmt.

"Die Aufgaben des CFR sind zum einen die Arbeit in den Diskussions- und Studiengruppen, zum zweiten Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, eine pro-internationalistische Außenpolitik

der USA zu fördern und schließlich die Arbeit im Formulierungsprozeß US-amerikanischer Außenpolitik."

Auch für den CFR finanziert die Rockefeller-Stiftung wichtige Projekte, und eine seiner wichtigsten Säulen, das *David Rockefeller Studies Program*, trägt den Rockefeller-Namen. "Es beschäftigt 70 hauptberufliche sogenannte CFR-Fellows, die wirtschaftliche und politische Expertisen erarbeiten und über das bestehende Netzwerk an Entscheidungsträger übermitteln." (Wikipedia)

### **Die theoretische Grundlegung der Eliten-Herrschaft**

Dem *kindlichen Glauben der Amerikaner an die Tugenden der Demokratie*, den die Round-Tabler Kerr und Curtis beklagt hatten, ging der ihren Ideen verbundene CFR-Mann Walter Lippmann gründlich zu Leibe. In seinem 1922 veröffentlichten Buch *Öffentliche Meinung*, einem der einflußreichsten Bücher seiner Zeit, zerlegte er die Vorstellung von der Mündigkeit und Urteilsfähigkeit des Menschen als Grundlage der Demokratie. Er hielt es für unhaltbar, daß jeder Durchschnittsbürger nach Studium der Tatsachen ein zutreffendes Urteil über politische und gesellschaftliche Fragen fällen könne.

"Stark beeinflusst von der philosophischen Richtung des Pragmatismus, die sein akademischer Lehrer in Harvard, der Philosoph William James, mitbegründet hatte, stritt Lippmann ab, daß der Mensch kraft seines Denkens zu einer realitäts- und wahrheitsgemäßen Erkenntnis gelangen könne. Der handelnde Mensch könne das Denken nur als eine Art Hilfe benutzen, um Tatsachen und Informationen der äußeren Welt zu sammeln, zu kombinieren und zu Ideen zusammenzufassen."

Abgesehen davon, daß diese Erkenntnistheorie, auf sich selbst angewendet, dann ebenfalls keine *realitäts- und wahrheitsgemäße Erkenntnis* sein kann und so in sich zusammenfällt, verfiel Lippmann dann im weiteren in die Inkonsequenz, die Experten von diesem behaupteten allgemeinen menschlichen Unvermögen auszunehmen und sie nur auf den Durchschnittsmenschen zu beziehen.

Bei diesem komme ein weiterer Mangel hinzu. Der Mensch verzerre die Wahrnehmung von Realität notwendigerweise durch Emotionen, Gewohnheiten und Vorurteile. Er sehe nur, was er suche, zu was er durch Erziehung und Erfahrung geführt werde. Sein Urteil erfolge gemäß den Stereotypen, die ihm sein kulturelles Umfeld auferlege. Für den Durchschnittsbürger sei die Welt viel zu groß und zu kompliziert für sein Verständnisvermögen. Man dürfe dem Urdogma der Demokratie nicht mehr glauben:

"Das Wissen, das man zur Bewältigung der menschlichen Angelegenheiten braucht, entspringt spontan dem menschlichen Herzen." Man müsse sich von "der unerträglichen und undurchführbaren Fiktion" verabschieden, "daß jeder von uns eine kompetente Meinung über öffentliche Angelegenheiten erwerben müsse." Das sei eben grundsätzlich nicht möglich.

Politische und soziale Themen sollten besonderen Experten vorbehalten bleiben, die sich in eigens geschaffenen Instituten und Einrichtungen durch ihre wissenschaftlichen Methoden über die gesellschaftlichen "Stereotypen" hinwegsetzen könnten. "Ihr Rat solle das Urteil der Regierenden vorformen, und die Regierung solle das Urteil der Öffentlichkeit zur Zustimmung oder Ablehnung vorlegen." Was auch wieder inkonsequent und wohl als eine Konzession gedacht ist. Denn, so Lippmann wörtlich:

"Das allgemeine Interesse entzieht sich zum größten Teil vollständig der öffentlichen Meinung und kann nur von einer spezialisierten Klasse gehandhabt werden." Dem Außenstehenden stehe ein eigenes Urteil über die ausschlaggebenden Tatsachen nicht zu. Aufgabe der Medien sei es, wie ein Scheinwerfer die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Thema zu lenken. "Wahrheit" könnten die Medien aber nicht vermitteln.

In seinem 1925 veröffentlichten Folgeband *Die Phantomöffentlichkeit* wurde Lippmann noch drastischer. "Der Durchschnittsbürger besitze weder die Fähigkeit noch das Interesse, das ge-

sellschaftliche Leben zu gestalten. Die Theorie der direkten Demokratie sei schlichtweg falsch, sie gehe von einer Abstraktion, eben einer 'Phantomöffentlichkeit' aus. Man müsse vielmehr zwischen Insiders und Outsiders unterscheiden - zwischen jenen, die Zugang zu Informationen besäßen, und jenen, die keinen Zugang hätten."

Ein Kritiker schrieb dazu, Lippmann wolle "eine Aristokratie des Geistes und des Charakters verwirklichen, deren Mitglieder sich der Aufgabe widmen, die Demokratie zum Besten zu gestalten, ob es der Pöbel will oder nicht."

In der Tat ist es ein zentraler Angriff auf die Früchte der gesamten europäischen Geistesentwicklung, die in den wachsenden Fähigkeiten und dem tiefen Streben nach Selbstbestimmung und Freiheit jeder menschlichen Individualität bestehen. Lippmann lieferte den theoretischen Rahmen, in dem aus "Think-Tanks" genannten Hintergrund-Instituten eine neue Aristokratie in arroganter Selbstgewißheit das öffentliche Leben über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg gestaltet.

Das bedeutet ein reaktionäres Zurückführen der Entwicklung in die Zeit der Adelherrschaft vor der Französischen Revolution. Dabei dient die ganze Theorie einer prinzipiell notwendigen Elitenherrschaft nur als Fassade, hinter der die gruppenegoistischen Interessen dieser Eliten verfolgt werden. *Chatham House* und *Council on Foreign Relations* bilden mit ihren Ablegern in vielen Ländern die einflußreichsten dieser Machtschmieden, von denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entscheidungen des anglo-amerikanischen Imperialismus vorbereitet und gesteuert werden.

... *Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014 ...*<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (3/2015) berichtete am 10. Januar 2015 über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>**Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika**

Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."

Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.

"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.

In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.

"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"

Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.

Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremlchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.

Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.

"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politi-

ker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat." << Die Wochenzeitung "Gala" berichtete am 24. Januar 2015: >> **Joachim Gauck.**

### **Der Bundespräsident und die Frauen in seinem Leben**

Joachim Gauck wird 75. Mit der First Lady wird er wohl nicht feiern - eher mit der "First Freundin", wie Daniela Schadt schon genannt wurde.

Wenn Bundespräsident Joachim Gauck heute seinen 75. Geburtstag feiert, wird die First Lady nicht an seiner Seite sein. Eher die Second Lady.

Die First Lady heißt Gerhild Gauck, genannt Hansi, und sie ist seit 56 Jahren mit Joachim Gauck verheiratet. Hansi ist 74 Jahre alt, sie hat vom amtierenden Bundespräsidenten vier Kinder, die mittlerweile erwachsen sind.

### **Trennung 1991**

Seit 1991 ist die First Lady von ihrem Mann getrennt. Eine Scheidung hat sie bislang abgelehnt. Der Frankfurter Rundschau sagte sie: "Mein Mann und ich kennen uns, seitdem wir 14 Jahre alt waren. Wir waren 19, als wir geheiratet haben. Ich denke, das wird auch so bleiben." Auch Joachim Gauck hat eine Scheidung nicht in Erwägung gezogen. Wie auch? Der Bundespräsident ist im Hauptberuf evangelischer Geistlicher, das Gelöbnis eines lebenslangen Bundes ist für ihn als Kirchenmann "eine selbstverständliche Verpflichtung".

### **Die "First Freundin"**

Die Second Lady heißt Daniela Schadt. Die politische Journalistin ist 55 Jahre alt und lebt mit Gauck in der Dienstvilla des Bundespräsidenten im Berliner Nobelprevort Dahlem. Kinder hat das Paar nicht.

Eigentlich ist Daniela Schadt auch keine Second Lady, sondern eine "First Freundin", wie die "Welt" sie bezeichnet hat. Denn wie gesagt: Gauck ist ja immer noch mit Hansi verheiratet.

So hat "Deutschland einen Präsidenten, in dessen bewegender privater Lebensgeschichte die Tragik, Euphorie, Hoffnung und die Versäumnisse eines ganzen Landes komprimiert scheinen", schreibt die "Rheinische Post".

### **"Große romantische Liebe"**

Joachim und Hansi Gauck stammen aus Rostock. Beide haben einen tragischen Familiengrund. Sein Vater, ein Kapitän und Werft-Inspektor, wird von der kommunistischen Führung der Spionage und "antisowjetischen Hetze" bezichtigt und nach Sibirien verbannt. Er kommt als völlig gebrochener Mann zurück. Und Hansis Mutter begeht Selbstmord, als das Kind zehn Jahre alt ist.

Die beiden klammern sich aneinander. Er sei "berufen", erzählt Gauck später, "sie vor kommandem Unheil zu schützen". Die Liebe zur Literatur habe sie zum Paar werden lassen. "Du bist für mich, ich bin für dich erwählt", lautet das Dichterwort, mit dem er ihr seine Liebe versichert. "Wir waren arm und reich, denn wir beschenkten uns beständig mit Zutrauen, Zärtlichkeit und schließlich einer großen romantischen Liebe."

### **Sparen für die Ringe**

Hansis Rückblick ist etwas prosaischer: "Als mein Mann und ich mit 18 Jahren beschlossen, daß wir heiraten wollen, hatten wir kein Geld. Wir waren ja noch Oberschüler", sagte sie der Zeitschrift "Bunte". "Also haben wir angefangen, jeden Monat fünf Mark für die Eheringe zu sparen. Das haben wir auch lange gemacht. Dennoch reichte unser Geld nicht. Eine Freundin hat uns dann noch etwas dazugegeben. Als wir 19 waren, konnten wir uns die Ringe endlich leisten. Deshalb hänge ich so an diesem Schmuckstück. Wir haben uns den Ring sprichwörtlich vom Mund abgespart."

Doch dann, 1991, die Trennung. Die DDR existiert nicht mehr, das Land ist wiedervereint und Gauck aufgestiegen. Erst Volkskammer-Abgeordneter, dann, ab 1990, Beauftragter für die Stasi-Unterlagen, Chef der nach ihm benannten Gauck-Behörde, einer der populärsten Männer in Ostdeutschland. Die Trennung fällt ihr offenbar schwerer als ihm. "Ich mußte erst

lernen, daß er weg ist."

### **Der Grund für die Trennung**

Warum hat er sich nach über drei Jahrzehnten von Hansi getrennt? "Mit relativ gutem Gewissen habe ich die Familie dem Beruf nachgeordnet", sagt Gauck später. Er sei in seinem Rostocker Pastorenamt vollends aufgegangen, der "Vorrat an Gemeinsamkeiten" habe gefehlt, "das notwendige Maß an Auseinandersetzung".

Etwas konkreter wird Mario Frank. Der ehemalige Geschäftsführer des "Spiegel"-Verlags hat die erste umfassende Gauck-Biographie geschrieben, die 2013 bei Suhrkamp erschienen ist. Etwa zehn Mal traf sich Frank zu Gesprächen mit Gauck, der auch an das Manuskript selbst mit Hand anlegte.

### **Gauck und die Frauen**

Das Buch beschreibt ausführlich Gaucks besondere Beziehung zu Frauen. "Er kann unheimlich flirten. Und dabei ist es ihm ganz egal, in welchem Alter die Frau ist", so zitiert Mario Frank eine Jugendfreundin.

Gauck selbst hat unumwunden zugegeben, daß er sich bei seinen Touren in das vor dem Mauerbau noch offene West-Berlin von einer jungen Studentin angezogen fühlte - von der Schwägerin des Schriftstellers Uwe Johnson. "Verführerisch", sei sie gewesen, doch erlegen sei er ihr nicht.

### **Neu verliebt**

1990 verliebte sich Joachim Gauck in die Journalistin Helga Hirsch, 66. Die Warschauer Korrespondentin der Wochenzeitung "Die Zeit" war wohl der wahre Grund für die Trennung von Hansi. Nach acht Jahren trennte sich Hirsch von Gauck. Franks Biographie zitiert sie so: "Es war mir zu viel Nähe, das hat mich in Panik versetzt." Der Autor glaubt allerdings, Helga Hirsch habe es nicht ertragen, daß Gauck sich nicht von seiner Ehefrau scheiden ließ.

Aus dem Leben des Joachim Gauck ist die Journalistin allerdings nicht verschwunden. Laut Mario Frank arbeite sie stundenweise "als Beraterin" des Bundespräsidenten, offensichtlich eine Vertraute, die er nicht missen mag. Da lassen sich Kontakte zu Daniela Schadt kaum vermeiden, muß ja auch nicht sein.

### **Daniela Schadt**

Schadt entstammt einer Familie von Hanauer Lackfabrikanten. Nach dem Studium in Frankfurt/Main wurde sie Journalistin bei der "Nürnberger Zeitung", wo sie als Chefin das Ressort Innenpolitik betreute. Gauck lernte die unpräntiöse Redakteurin, der ein trockener Humor nachgesagt wird, 2000 bei einem Vortrag in Nürnberg kennen. Sie wurden ziemlich rasch ein Paar.

Nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten gab Daniela Schadt ihren Zeitungsjob in Nürnberg auf und zog zu "meinem Mann" nach Berlin. Der "Spiegel" schilderte eine Episode, wie bestimmt, aber unaufgeregt die Lebensgefährtin des Bundespräsidenten im Hintergrund agiert.

### **Schiller oder Goethe?**

Bei einem Staatsbesuch in den Niederlanden habe man mit Journalisten im Gästehaus der Deutschen Botschaft in Den Haag beisammen gegessen: "Gauck wurde gefragt, ob er, der als Bürger der DDR eng mit den Freiheitsbewegungen Osteuropas vertraut sei, überhaupt einen Bezug zu den Niederlanden habe. Na und ob die Niederlande ihm nahe gewesen sei, antwortete Gauck, gerade wegen ihres mutigen Freiheitskampfes.

"Sie müssen sich den 13-jährigen Gauck vorstellen, wie er abends im Bett seinen Egmont las." Er meinte das große Trauerspiel über den niederländischen Freiheitskämpfer Lamoraal Graf von Egmont. "Ja, ja, ich habe überhaupt viel Schiller gelesen, damals", schob Gauck noch hinterher.

Schadt sah ihren Mann irritiert an. "Ähm, Jochen, der Egmont ist aber von Goethe." - "Was?" - "Der ist von Goethe, der Egmont. Nicht von Schiller."

Ein kurzer Moment der Stille. "Ja, ja, klar", sagte der Präsident schließlich. "Ich meinte die anderen Sachen von Schiller."

### **Hansi Gauck in Rostock**

Während Daniel Schadt und Joachim Gauck nun in Berlin wohnen, lebt Hansi Gauck, die wahre First Lady, allein in Rostock. Seit 24 Jahren. "Das mußte ich mir hart erkämpfen", sagte sie "Bunte".

Manchmal sieht sie im Fernsehen ihren Mann und seine "First Freundin", beispielsweise bei der Eröffnung des Bundespresseballs. Es scheint ihr nicht viel auszumachen. "Er muß halt tanzen, das gehört zum Amt einfach dazu."<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 24. April 2015 (x1.000/...):

### **>>Vermischung der Rassen ist gezielte Strategie der Neuen Weltordnung**

... Guten Abend, sehr verehrte Zuschauer Auch heute prägte die Flüchtlingsproblematik die Nachrichtensendungen des Tages. Dreimal so viel Geld wie bisher, um Flüchtlinge aus ihrer Seenot zu retten - mit diesem Beschluß reagiert die EU auf die Situation im Mittelmeer. Doch keiner spricht davon, das Problem an der Wurzel anzugehen und der Frage nachzugehen, wie es denn kommt, daß überhaupt so viele Flüchtlinge den Weg nach Europa suchen.

Unser Medienkommentar von gestern zeigte Hintergründe dazu auf. In der heutigen Sendung nun ergänzen und bestätigen wir diese, indem wir Roß und Reiter der tatsächlichen Ursachen der Flüchtlingsproblematik beim Namen nennen. So gehört z.B. Thomas P. M. Barnett zu den gefährlichsten Befürwortern einer offensiven Völkervermischung.

Er war früher Strategieberater des US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld und ist heute Chef von Wikistrat. Wikistrat ist eine geostrategische Denkfabrik, die im Dienste des US-African Command tätig ist. Das US-African Command wiederum ist ein Oberkommando für US-amerikanische Militäroperationen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent - mit Ausnahme von Ägypten. In seinen Büchern "The Pentagon's New Map" - zu deutsch "Die neue Weltkarte des Pentagon", meint also "Die neue Weltkarte des US-Verteidigungsministeriums" und in "Blueprint for Action" - zu deutsch "Bauplan für den Krieg" erweist sich Barnett als zynischer Befürworter der Globalisierung.

Deren Endziel sei - ich zitiere - "die Gleichschaltung aller Länder der Erde". Erreicht werden soll dies - ich zitiere wieder - "durch eine Vermischung der Rassen". In Europa würde - laut Barnett - auf diese Weise eine hellbraune Rasse mit einem durchschnittlichen Intelligenzquotienten von 90 entstehen - die idealen Arbeitssklaven.

Zur Information: Derzeit beträgt der durchschnittliche IQ 100. Barnett warnt in seinen Büchern vor "irrationalen Leuten, die diese "Vermischung der Rassen" bekämpfen werden." Im Weiteren droht er: "Jawohl, ich nehme die vernunftwidrigen Argumente unserer Gegner zur Kenntnis. Doch sollten sie Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, fordere ich: Tötet sie!" ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 30. April 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Reparationszahlungen und den Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie nach dem 1. Weltkrieg (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

### **... Die Finanzelite formiert sich**

Nach G. Preparata gingen wesentliche Impulse von Montagu Norman aus, dem Gouverneur der Bank von England, von Benjamin Strong, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank von New York und den "Mandarinern des amerikanischen Bankennetzes" J. P. Morgan & Co. Deutscher Vermittler war Hjalmar Schacht, enger Freund Montagu Normans und auch von den Amerikanern sehr geschätztes Mitglied der internationalen Bruderschaft der Banker, der 1923 zum Reichswährungskommissar und Präsidenten der deutschen Reichsbank lanciert wurde.

Er wurde eingebettet in einen "Generalrat" der Reichsbank von vierzehn Mitgliedern, "von denen die Länder der Alliierten die Hälfte stellten." Die Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark, die das ausgeblutete Deutschland unmöglich leisten konnte, worauf die Alliierten aber bestanden, boten den Ansatzpunkt. Sie setzten voraus, daß die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kam.

Die dazu benötigten Kredite sollten aber ausschließlich angloamerikanische sein, um die Deutschen unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen. Schacht sorgte im Zusammenhang mit der Währungsreform zur Stabilisierung der neuen Reichsmark für einen Kreditstopp im Inneren und stieß damit die Tür für die westliche Geldversorgung Deutschlands auf, in deren Verlauf schließlich kein einzelner Tropfen in Deutschlands Geldkreislauf dem Land gehörte.

### **Die Reparationszahlungen**

Mit dem vom New Yorker Bankhaus Morgan & Co entwickelten Dawes-Plan, den der Plan des Morgan-Mann Owen Young modifizierte, flossen nach Deutschland ab 1924 jährlich Milliarden-Kredite, zumeist aus den USA, zum geringeren aus Großbritannien. Der Kreditfluß ging zum einen Teil zu überhöhten Zinsen an den Staat, zum anderen Teil an die Industrie, um die Wirtschaft anzukurbeln. Der Staat verwendete einiges für die Infrastruktur, das meiste für die Reparationen.

Über die Höhe differieren die Angaben der Experten. Nach Antony Sutton zahlte Deutschland zwischen 1924 und 1931 etwa 36 Milliarden Mark Reparationen und erhielt etwa 33 Milliarden Mark Kredit. Guido G. Preparata beziffert die Kredite bis 1930 auf 28 Milliarden Dollar und die Reparationszahlungen auf 10,3 Milliarden Dollar. Carroll Quigley nennt für die Zeit von 1924 bis 1931 Kredite an Deutschland von 18,6 Mrd. Mark und 10,5 Mrd. Mark Reparationen.

In jedem Fall konnten die Reparationen weitgehend oder ganz mit Krediten finanziert werden, so daß die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dadurch kaum belastet wurde. *"Man erinnere sich daran, daß dieses System von den internationalen Bankern installiert wurde. Das Verleihen anderer Leute Geld (nämlich amerikanischer Investoren) an Deutschland war für diese Banker sehr profitabel.*

*Mit Hilfe dieser amerikanischen Anleihen konnte Deutschland seine Industrie neu aufbauen und mit großem Abstand nach unten zur zweitbesten der Welt machen. ... Mit Hilfe dieser Anleihen waren die (Reparations-)Gläubiger Deutschlands fähig, ohne Lieferung entsprechender Güter oder Dienstleistungen ihre (eigenen) Kriegsschulden an England und die Vereinigten Staaten zu bezahlen.*

*Devisen gingen als Anleihen an Deutschland, dann als Reparationen weiter an Italien, Belgien, Frankreich und Großbritannien und schließlich als Rückzahlung von Kriegsschulden zurück an die Vereinigten Staaten." Von dort wurde es dann, mit einer zusätzlichen Zinslast belegt, wieder nach Deutschland gelenkt - und so weiter.*

*"Was an dem System nicht stimmte, war nur,*

*a) daß es in sich zusammenfallen würde, wenn die Vereinigten Staaten aufhören würden zu leihen und b) daß in der Zwischenzeit die Schulden nur von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden, aber niemand der Zahlungsfähigkeit wirklich näher kam. ... Dadurch wurde nichts wirklich geregelt, aber die internationalen Banker saßen im Himmel unter einem Dauerregen von Gebühren und Provisionen."*

Dabei muß man bemerken, daß die Financiers periodisch ihre Bankiershüte ablegten und neue Hüte als Staatsmänner aufsetzten. Als Staatsmänner formulierten sie den Dawes und den Young-Plan aus, um das "Problem" der Reparationen zu "lösen", und als Bankiers legten sie die Darlehen auf.

### **Der Aufbau der Kartelle und der Rüstungsindustrie**

Ein wesentlicher Teil der Operationen der angloamerikanischen Finanzwelt war der Aufbau

eines industriellen Kartellsystems in Deutschland. *"Die drei größten Darlehen, die unter dem Dawes-Plan von den internationalen Bankern der Wall Street für deutsche Schuldner in den zwanziger Jahren gehandhabt wurden, kamen drei deutschen Kartellen zugute, die einige Jahre später Hitler und den Nazis zur Macht verhalfen."*

Es waren dies

1. die Vereinigte Stahlwerke AG, die 1926 durch die Fusion der Thyssen-, der Phönix-Gruppe, der Rheinischen Stahlwerke sowie der Rheinische-Unternehmen Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, Bochumer Verein und Gelsenkirchener Bergwerks-AG gebildet wurden. Der Zusammenschluß umfaßte damit einen Gutteil der deutschen Eisen-, Stahl- und Bergwerks-Gesellschaften in der Grundproduktion;
2. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), einer der weltweit größten Elektrokonzerne, stellte neben Produkten für die elektrische Energietechnik und den Haushaltsbedarf Geräte zur elektrischen Heizung, Straßenbahnen, Elektro- und Dampflokomotiven sowie im Tochterunternehmen NAG auch Kraftfahrzeuge her;
3. Die amerikanische Tochter der IG Farben, die American IG Chemical. IG Farben war das seinerzeit größte Chemieunternehmen der Welt mit Sitz in Frankfurt am Main, zu dem sich 1916 BASF, Bayer, Hoechst und andere zunächst locker verbunden und am 2. Dezember 1925 fusioniert hatten.

Nur eine Handvoll New Yorker Finanzhäuser waren an der Finanzierung der deutschen Reparationen und dem Aufbau insbesondere für die Rüstung grundlegender Industrien beteiligt. *"Drei Häuser - Dillon, Read & Co; Harris, Forbes & Co und National City Company - legten fast drei Viertel des Gesamtbetrages der Anleihen auf und ernteten die meisten Gewinne."*

Ab Mitte der zwanziger Jahre beherrschten die zwei großen deutschen Kombinate der IG Farben und der Vereinigten Stahlwerke das Kartellsystem der Chemie- und Stahlindustrie, das durch die Anleihen geschaffen wurde. IG Farben war der große Produzent chemischer Grundstoffe, die auch von anderen Chemiewerken gebraucht wurden, so daß sie fähig waren, dem gesamten Markt ihren Willen aufzudrücken. Ähnlich dominierten die Vereinigten Stahlwerke mit ihrer Roheisenkapazität, die größer war als die aller anderen deutschen Eisen- und Stahlhersteller zusammen, auch den Markt der halbfertigen Eisen- und Stahlprodukte.

*"Unter den Produkten, welche die IG Farben und die Vereinigten Stahlwerke zur wechselseitigen Zusammenarbeit zusammenbrachten, waren Steinkohleteer und chemischer Stickstoff, die beide von primärer Bedeutung für die Herstellung von Sprengstoffen sind."*

So erhielten die IG Farben-Tochtergesellschaften, die Sprengstoffe produzierten, ihre Teerkohleprodukte wie Benzol, Toluol usw. von den Vereinigten Stahlwerken, und deren Sprengstoff produzierende Tochterfirmen bezogen ihren Stickstoff von IG Farben.

*"Unter diesem System gegenseitiger Zusammenarbeit und untereinander verflochtener Abhängigkeit produzierten die beiden Kartelle IG Farben und Vereinigte Stahlwerke 95 % der deutschen Sprengstoffe in den Jahren 1937/38, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Diese Produktion war von ihrer Kapazität her durch amerikanische Anleihen aufgebaut worden und wurde bis zu einem gewissen Grad durch amerikanische Technologie ermöglicht."*

Von zentraler Bedeutung für ein industrielles Land ist der Flüssigkeitstreibstoff in ausreichender Menge, dessen Bedarf in einem Kriege ins Astronomische steigt. Deutschland hatte keine Ölquellen, aber reichliche Vorräte an Kohle. Chemiker der IG Farben hatten ein Verfahren entwickelt, das Hydrierung genannt wurde, mit dem Kohle in Öl umgewandelt werden konnte. Das Vorstands-Mitglied Carl Bosch unternahm es, Amerikas obersten Öl-Trust, Standard Oil (von John D. Rockefeller), dafür zu gewinnen, die Kosten für die weitere Forschung und Entwicklung synthetischen Treibstoffs mitzutragen.

*"Für die Weltrechte auf die Nutzung des Hydrierungsprozesses außerhalb Deutschlands trat Standard Oil der IG Farben 35 Mio. Dollar in Standard-Oil-Aktien ab."* 1928 wurden die

amerikanischen Niederlassungen zur Holding IG Chemie zusammengefaßt und 1929 zur American IG Chemical Company verschmolzen, ein Tochterunternehmen der deutschen IG Farben, in dem die beiderseitigen Interessen von IG Farben und Standard Oil zur Herstellung synthetischen Öls verfolgt wurden. Die Zusammenarbeit der IG Farben und der Standard Oil gab IG Farben praktisch das Monopol über die deutsche Benzinproduktion während des Zweiten Weltkrieges.

Dabei ist nicht uninteressant: Im Aufsichtsrat der amerikanischen Tochter "*saßen einige der bedeutendsten Industrie- und Wirtschaftskapitäne Amerikas wie Edsel Ford von der Ford Motor Company, Walter Teagle, der Chef von Standard Oil und Direktor der Federal Reserve New York, C. E. Mitchell, Chef der National City Bank und ebenfalls Direktor der Federal Reserve New York, und Paul Warburg, Schöpfer und erster Vorsitzender des Aufsichtsrates der Federal Reserve und Vorsitzender der Manhattan Bank.*"

Die Kontrolle der deutschen Produktion von synthetischem Benzin und Sprengstoffen, zwei der grundlegendsten Basisprodukte moderner Kriegsführung, lag also während des Zweiten Weltkrieges in den Händen zweier deutscher Konzerne, IG Farben und Vereinigte Stahlwerke, die mit Anleihen der Wall Street unter dem Dawes-Plan geschaffen worden waren.

Auch das große Kartell AEG erhielt Darlehen von mindestens 35. Mio. Dollar. Es war zu 30 % im Besitz des US-Konzerns General Electric, dessen leitender Angestellter Owen Young, auch Morgan-Banker, hinter dem Young-Plan stand und der dann einer der ausländischen Direktoren der AEG in Deutschland wurde.

Darüber hinaus fand amerikanische Rüstungshilfe für Deutschland auch in den Automobilwerken Opel und Ford statt, die gänzlich im Eigentum von General Motors, bzw. der Ford Motor Company Detroit waren. Sie waren nach Sutton die beiden größten Panzerhersteller Hitler-Deutschlands. In einem ARD-Film vom 29.1.2003 ist dagegen von einer vollen militärischen Produktion von Lastwagen und Kettenfahrzeugen die Rede.

*"Die Nazis gewährten Opel 1936 Steuerfreiheit, um General Motors zu ermöglichen, seine Produktion auszuweiten."*

Es war kein Versehen, daß Deutschland im Rahmen des Versailler Vertrags allmählich aufgerüstet wurde. *"Je gründlicher und moderner die Ausrüstung, desto zerstörerischer die deutsche Armee, desto blutiger der Krieg, desto gewaltiger der im Voraus feststehende Sieg der Alliierten ... und desto radikaler und nachhaltiger die Eroberungen der Angloamerikaner. Hinter dem Dawes-Plan stand weder Landesverrat noch Geldgier, sondern einzig das Fernziel, einen voraussichtlichen Feind hochzurüsten, um ihn in einer (späteren) kriegerischen Konfrontation ... wieder niederzuwerfen."*

Dazu mußte aber auch direkt die erwachende *"religiöse, antisemitische Sekte in der Verkleidung einer politischen Partei (d.h. der NSDAP)"* gefördert werden, in deren Zentrum die geeignete fanatische Führungs-Posaune sichtbar wurde, gleichsam eine Art *"böser Frankenstein, der aber in seinem Bewußtsein immer teilweise geblendet und abhängig von seinen ursprünglichen Schöpfern blieb."* ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 30. April 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geldgeber Hitlers (x943/...): >>**Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise**

### **... Die Finanzierung der NSDAP**

Wenn ein kleiner Gefreiter in vierzehn Jahren aus dem Nichts eine Massenbewegung aufbaut, *"wenn er eine Hunderttausende zählende Privatarmee wie die SA auszurüsten (die SA hatte 1924 30.000, 1930 80.000, 1932 220.000, 1933 400.000 und 1934 etwa 4 Millionen Mitglieder), auszubilden und zu ernähren vermag und eine gewaltige Propagandamaschinerie inklusive Großveranstaltungen mit hunderttausend Teilnehmern finanziert, wenn er zweimal die Woche und später täglich den Völkischen Beobachter herausgeben kann, wenn er ... feudale*

*Parteizentralen kauft, Tausende von Flaggen und gleich zwei Flugzeuge aufs Mal - dann muß das Geld in Strömen fließen oder gigantische Schuldenberge müssen in die Höhe wachsen. Bei Hitler ist beides der Fall. Das Geld fließt überreichlich und reicht doch oft nicht aus."*

Die Quellen liegen noch vielfach im Dunkeln.

Es ist allgemein bekannt, daß Hitler und die NSDAP schon ab den frühen Zwanzigerjahren von deutschen Industriellen finanziell unterstützt wurden. Der springende Punkt besteht jedoch nach den Erkenntnissen Antony Suttons darin, *daß es sich bei den deutschen Industriellen, die Hitler finanzierten, überwiegend um Direktoren von Kartellen mit amerikanischen Verbindungen, Besitz, Beteiligungen und einer Form von Verbindung durch Tochtergesellschaften handelte.*

*Die Geldgeber Hitlers waren zum großen Teil nicht Firmen rein deutscher Herkunft beziehungsweise repräsentativ für deutsche Familienfirmen. Außer Thyssen und Kirdorf handelte es sich meistens um die deutschen multinationalen Firmen - also IG Farben, AEG, DAPAG (Deutsch-Amerikanische Petroleum A.G.) usw. Diese multinationalen Firmen wurden in den Zwanzigerjahren durch amerikanische Anleihen aufgebaut und hatten in den Dreißigerjahren amerikanische Direktoren und hohe amerikanische Beteiligungen."*

Nach Wolfgang Zdral überwies Henry Ford, ausgewiesener Antisemit und Sympathisant Hitlers, jährlich 50.000 RM als Geburtstagsgeschenk auf Hitlers Privatkonto beim Kölner Bankhaus J. H. Stein. Nicht umsonst wurde Henry Ford von Hitler mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die er an Ausländer zu vergeben hatte.

An der Thyssen AG waren Amerikaner nicht beteiligt, doch Fritz Thyssen besorgte 1931 für die NSDAP einen Kredit über 250.000 RM bei einer Tochter-Firma der August-Thyssen Bank in Holland, die eng mit den finanziellen Interessen der Familie Harrimans in New York verflochten war, prominenten Mitgliedern des Finanzestablishments der Wall Street. *"Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die Harrimans von Thyssens Unterstützung für die Nazis wußten."*

In den Jahren 1932-1933 gingen von Friedrich Flick, einem der Direktoren der AEG mit 30 % US-Beteiligung, 150.000 RM direkt an die NSDAP. Bei dem berühmte "Kaiserhoftreffen" einiger Unternehmer mit Hitler im Mai 1932, darunter von IG Farben und der amerikanische IG Farben, kamen mehr als 500.000 RM zusammen und wurden auf dem Konto von Rudolf Heß bei der Deutschen Bank hinterlegt.

Am 20. Februar 1933 trafen sich im Hause Hermann Göring die Spitzen der deutschen Wirtschaft. Hjalmar Schacht sammelte an diesem Ort etwa 1,3 Millionen Reichsmark für das von ihm eingerichtete "Sonderkonto Treuhand".

Davon sollte Hitlers Wahlkampf für den 5. März finanziert werden. In diese Wahlkampfkasse zahlten, so Antony Sutton, Konzerne der US-NS-Connection den Hauptanteil ein. *"Innerhalb weniger Wochen ... gab es eine untereinander verbundene Sequenz großer Ereignisse: die finanzielle Unterstützung prominenter Bankiers und Industrieller zur Wahl 1933, den Reichstagsbrand, die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Rechte und die darauffolgende Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei."*

Es ist sicher kein Zufall, daß die deutschen Industriellen, die in Nürnberg vor Gericht standen, so der britische Amerikaner Antony Sutton, *"kaum mehr als einen Klaps auf den Hintern erhielten. Wir stellen die Frage danach, ob die Nürnberger Prozesse nicht in Washington hätten abgehalten werden sollen - mit ein paar wenigen prominenten amerikanischen Geschäftsleuten sowie Nazigeschäftsleuten auf der Anklagebank."* ... <<

Herbert Ludwig berichtete am 30. April 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Befreiung der Deutschen durch die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch bri-

### **tisch-amerikanische Finanzkreise**

*"Während die Halbwahrheit, daß der Hitlerismus mit Hilfe der amerikanischen Streitkräfte 1945 besiegt wurde, in alle Köpfe gehämmert wurde, bleibt die andere Hälfte der Wahrheit, daß derselbe Hitlerismus nur mit Hilfe britisch-amerikanischer Kapitalhilfe überhaupt aufgebaut werden konnte, bis heute ein Tabu akademischer Geschichtsschreibung."*

Am 8. Mai 2015, dem 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, klang uns wieder vielfach die politische Geschichtsversion von der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Diktatur in den Ohren. Als reiner Vorgang auf der äußeren Tatsachenebene ist sie eine Banalität; sie war die automatische Folge des Sieges der Alliierten.

Als Kriegsziel der Alliierten, das ja damit suggeriert wird, ist sie nicht wahr. Man will kein Volk befreien, wenn man es z.B. noch zum Schluß, wo der Krieg längst entschieden war, flächendeckend in Grund und Boden bombt und die Städte in Flammenhöhlen verwandelt, in denen Hunderttausende von Frauen und Kindern verdampfen. Das Ziel der Alliierten war nicht die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, sondern seine Zerstörung.

In der amerikanischen Regierungsanweisung JCS 1067 vom April 1945 heißt es: *"Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen."*

Und der britische Kriegspremier Winston Churchill hatte einen Vertreter des deutschen Widerstandes während des Krieges mit der Bemerkung abgespeist: *"Sie müssen sich darüber im Klaren sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des Deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen eines Adolf Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt."*

### **Die angloamerikanischen Ziele**

Vor kurzem erregte das Video einer Vortragsveranstaltung von George Friedman, Chef des einflußreichen US-Think-Tanks *Stratfor*, im Chicago Council on Global Affairs vom 4.2.2015 Aufsehen, in der er das seit langem verfolgte zentrale geopolitische Ziel der USA unverhüllt formulierte:

*"Das Hauptinteresse der USA-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ... Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern."*

In diesem Hauptinteresse arbeiten die britischen und amerikanischen Elitenzirkel seit über hundert Jahren eng zusammen. Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido Giacomo Preparata beschrieb es 2005 in einer Forschungsarbeit folgendermaßen:

*"Die Geschichte, die in diesem Buch erzählt wird, ist die des britischen Empires, das um 1900 aus Furcht vor der aufstrebenden Macht des jungen Deutschen Reiches im Geheimen einen Plan für eine gigantische Einkreisung der eurasischen Landmasse schmiedete. Das Hauptziel dieser titanischen Belagerung war die Verhinderung eines Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland:*

*Wenn diese beiden Mächte sich zu einer "Umarmung" verbinden würden, argumentierten die britischen Wächter, würden sie in der Lage sein, sich mit so einer gewaltigen Festung von Ressourcen, Menschen, Wissen und militärischer Macht zu umgeben, daß damit der Fortbestand des britischen Empires im neuen Jahrhundert gefährdet wäre.*

*Mit dieser frühen Einschätzung leitete Britannien eine außerordentliche Kampagne zur Auseinanderreißung Eurasiens ein, bei der Frankreich und Rußland, und zuletzt auch die Vereinigten Staaten, eingesetzt wurden, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Die wechselnden Er-*

*eignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren der Stoff für das Epos von der großen Belagerung Europas."*

Es entstand der ungeheuerliche Plan, ein Bündnis Deutschlands mit Rußland dadurch dauerhaft zu verhindern, daß man Konstellationen herbeiführte, durch die sie, beiderseits mit westlicher Hilfe aufgerüstet, gegeneinander in einen Krieg getrieben wurden, in dem sie sich gegenseitig zerfleischten und zerstörten - eine Methode, die auch Friedman in der Veranstaltung vom 4.2.2015 empfiehlt und als vielfach angewendet beschrieb. Der erste Akt einer dazu erforderlichen Einkreisung Deutschlands kam mit dem Ersten Weltkrieg zum Abschluß, der vom Eintritt der USA in das große imperiale Schachspiel gekrönt wurde.

Mit der Niederlage Deutschlands waren die westlichen Ziele aber nur zum Teil erreicht. Das Diktat von Versailles, das Deutschland Reparationszahlungen in untragbarer Höhe auferlegte, gegen die sich selbst der Vertreter des britischen Schatzamtes, der Ökonom John Maynard Keynes, empörte, schuf daher keine Friedensgrundlagen, sondern legte bewußt die Keime, aus denen notwendig ein zweiter, noch vernichtenderer Krieg hervorgehen sollte.

Deutschland war im Ersten Weltkrieg auf dem eigenen Territorium nicht besiegt worden; die deutschen Eliten und die politischen und wirtschaftlichen Strukturen waren intakt geblieben. Daher begannen im nächsten Akt die verdeckten Bemühungen, unter dem Druck von Reparationen, Not und Empörung, ein radikal-reaktionäres, revanchistisches Regime entstehen zu lassen, das sich zu einem erneuten Feldzug gegen Rußland verleiten ließe, welches inzwischen ebenfalls mit westlicher Hilfe zu einer radikal-sozialistischen Diktatur aufgebaut wurde.

*"Der vorausberechnete Zweck bestand darin, das neue reaktionäre deutsche Regime in einen Zweifrontenkrieg hineinzuziehen (den Zweiten Weltkrieg) und dann von der Gelegenheit zu profitieren, um Deutschland ein für alle Mal zu vernichten." ... <<*

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. Mai 2015: >>**Zweiter Weltkrieg: So grausam wüteten die Amerikaner**

BERLIN. Unzählige deutsche Zivilisten fielen dem Wüten der Roten Armee gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Opfer. Die Verbrechen der amerikanischen Truppen dagegen wurden lange Zeit nicht thematisiert. Das ZDF berichtet in einer Dokumentation nun ausführlich über Vergewaltigungen, Gefangenen-Ermordungen und Leichenschändungen der US-Truppen.

Die Ergebnisse sind erschreckend: "Es hat Gewaltexzesse und auch Fälle von Blutrausch gegeben", sagt die für den Film zuständige ZDF-Redakteurin Annette Harlfinger. Besonders während der Landung in der Normandie im Sommer 1944 kam es zu zahlreichen Kriegsverbrechen gegen Wehrmachtssoldaten. "Allein am D-Day hat fast jeder zweite deutsche Kriegsgefangene am Landungsabschnitt Omaha den Tag nicht überlebt", betont Co-Autor Michael Renz. Nur ein Bruchteil der Straftaten wurde dabei von US-Gerichten geahndet. Studien des US-Kriegsministeriums, die auf überproportional viele Übergriffe hinwiesen, wurden kurzerhand für geheim erklärt.

### **190.000 Vergewaltigungen durch US-Soldaten**

Renz und Harlfinger stellten jedoch fest, es gehe nicht darum, deutsche Verbrechen zu verharmlosen. "Vergewaltigungen und das Töten von Kriegsgefangenen waren im 'Dritten Reich' Teil des Systems. Es war legitimiert, solche Verbrechen zu begehen", sagt Harlfinger. Renz rechtfertigte zudem die Auslöschung Dutzender deutscher Städte durch die alliierten Bomberflotten. "Natürlich war es für die Zivilbevölkerung fürchterlich, aber dadurch wurden viele Leben gerettet."

Erst kürzlich hatte die Historikerin Miriam Gebhardt die sexuellen Übergriffe von amerikanischen Truppen in ihrem Buch *"Als die Soldaten kamen"* thematisiert (eine Besprechung lesen Sie in der kommenden Ausgabe 20/15 der JUNGEN FREIHEIT). Ihrer Schätzung nach verübten die US-Soldaten dabei etwa 190.000 Vergewaltigungen.

*"Die Verbrechen der Befreier - Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg", ZDF, 5.*

Mai, 20.15 Uhr.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 15. Mai 2015: >>"**Die Wut wächst**"  
Der Rechtsintellektuelle Éric Zemmour schockte mit seinem Bestseller "Der französische Selbstmord" Ende 2014 die Grande Nation. Der Philosoph Alain de Benoist gilt als Vordenker der Nouvelle Droite. Ein Zwiegespräch

*Silke Lührmann / Moritz Schwarz*

Benoist: Éric, ist Ihnen bewußt, daß Sie in Gefängnissen regelrecht ein Star sind?

Zemmour: Inwiefern?

Benoist: Ein Freund von mir sitzt in Fleury-Mérogis. Er hat Ihr Buch gelesen. Nun hat er Heldenstatus, weil seine Mithäftlinge glauben, er kenne Sie persönlich. Ihr Buch wandert von Zelle zu Zelle. Es gibt dort eine ganze arabische Fraktion, die auf Sie schwört!

Zemmour: Lieber Alain, mein Vater hat fünfzig Jahre in Algerien gelebt und immer betont, wie sehr die Araber Ehre und Mut respektieren. Ihnen geht es nicht um Ideen, ihnen geht es um den Menschen. Was Sie erzählen, berührt und freut mich ungemein.

Benoist: Sie zeichnen detailliert nach, wie "Frankreich sich seit vierzig Jahren selbst kaputt macht". Dabei nehmen Sie als Ausgangspunkt den "Geist von 1968", der die Schablone für den Individualismus und gesellschaftlichen Liberalismus bildete. Eine kühne Behauptung. Glauben Sie nicht, daß die Ursprünge der von Ihnen beklagten Phänomene weiter in die Geschichte zurückreichen?

Zemmour: Ich habe den Mai '68 nicht als Bezugspunkt gewählt, sondern als Paradox. Denn gerade die Niederlage dieser Bewegung war es, die ihren Siegeszug auslöste. Natürlich hat der französische Niedergang eine größere historische Tiefe. Man könnte hier auf die Aufklärung, auf den Individualismus, auf 1789 verweisen. Es gibt jedoch ein Aber.

Überall, wo noch Überbleibsel der Welt von früher vorhanden waren - also Ehrgefühl, Stolz auf gute Arbeit, Familiensinn, Respekt vor den Älteren, eine eindeutige Rollenverteilung zwischen Mann und Frau in der Familie, all diese Traditionen, die auf die vorindustrielle Welt verweisen -, waren dem emanzipatorischen Individualismus Schranken gesetzt. Er war emanzipatorisch, weil er ein Gegengewicht hatte.

Ab 1968 kippte das um: Von nun an gab es kein Gegengewicht mehr. Die alte Welt ist ein für allemal vorbei. Von Gilbert K. Chesterton stammt das Diktum über die heutige Welt, in der die alten christlichen Tugenden "durchgedreht" seien: "Sie sind durchgedreht, da sie auseinandergerissen wurden und allein umherstreifen."

"Die Kluft zwischen Rechts und Links hat sich aufgelöst"

Benoist: Sie blicken auf Ihre Jugend zurück und sagen: "Früher war alles besser!" Doch: Was folgt daraus? Eine simple Rückkehr zu früher ist unmöglich.

Zemmour: In seinem Pamphlet "L'erreur de calcul" zitiert Régis Debray einen Wortwechsel zwischen den Künstlern Daumier und Ingres. Daumier legt seinem Freund nahe, sich seiner Zeit anzupassen. Dieser erwidert: "Und wenn die Zeit unrecht hat?" Ich stimme tendenziell eher Ingres zu, auch wenn dies die Frage nicht klärt. Ich kann keine neuen Wege aufzeigen. Ich meine, daß es unerbittliche Logiken gibt, die sich uns aufzwingen, die zu dem führen, was ich beschreibe: zu Anomie, Konfrontationen, Kriegen.

Benoist: Aus Sicht Ihrer Gegner ist die "Zemmourisierung" der öffentlichen Meinung gleichbedeutend mit einem "Rechtsruck". Trifft das zu?

**"Ein kultureller Krieg, der frontal geführt wird"**

Zemmour: Nachdem sich die Kluft zwischen Rechts und Links in Luft aufgelöst hat, als sie mit der Globalisierung in Kontakt kamen, ist wieder die Kluft zwischen der Menge auf dem Platz und der Elite auf dem Balkon wirksam geworden, wie sie vor der aus der Französischen Revolution hervorgegangenen Kluft zwischen Rechts und Links herrschte. Neu ist daran nur, daß die Bürger auf dem Platz sich keine Hoffnung mehr machen können, jemals auf den Bal-

kon zu gelangen. Denn dieser befindet sich heute in New York, Singapur oder Schanghai. Wie US-Milliardär Warren Buffett glaube auch ich, daß wir einen neuen Klassenkampf erleben und daß die Reichen ihn gewinnen.

Die Lage ist um so bedrohlicher, als in Frankreich ein ökonomischer Klassenkampf mit einem ethnischen Kampf zusammenfällt. Die Teilung zwischen Zugewanderten, Einwanderern, die schon länger im Land sind, und autochthonen Franzosen ist Folge einer kulturellen, wenn nicht zivilisatorischen Trennung in unseren Grenzen. Das Ineinandergreifen beider Konflikte macht sie explosiv.

Benoist: Sie erklären den französischen Niedergang als Ergebnis einer "dekonstruktiven" Ideologie, die Sie Ihrerseits dekonstruieren wollen. Sie sagen: "Ich führe einen Kampf der Ideen im Rahmen eines Kampfes um die intellektuelle Hegemonie." Glauben Sie aber, daß Ihre Leser fähig sind, aus dieser reaktiven Haltung zu einem ideologisch strukturierten Denken vorzustoßen? Immerhin gelingt es vielen "Konservativen" und "Reaktionären" nicht, sich aus den geistigen Kategorien zu befreien, in denen die liberale Ideologie sie gefangenhält.

Zemmour: Seit dem Erscheinen von "Suicide français" reise ich viel durchs Land. Ich treffe Menschen, zwischen denen starke soziologische, gesellschaftliche, intellektuelle Unterschiede bestehen. Mich erstaunt der Grad der Bewußtseinsbildung bei allen. Ich glaube, daß mein Buch eine wesentliche Tugend hat: Es macht jedem Leser verständlich, was auf dem Spiel steht und mit welcher Intensität der ideologische Krieg geführt wird.

Das Publikum in der Provinz begreift, daß es tatsächlich einen kulturellen Krieg gibt, der frontal geführt wird. Die Franzosen haben sich jahrelang schweigend gefallen lassen, daß er ihre Lebensweise zerstört und sie unglücklich gemacht hat. Nun erkennen sie, daß sie von den Menschen, denen sie ihre Loyalität geschenkt haben, verraten worden sind. Darauf reagieren sie mit Schmerz und Wut - tiefer Wut.

Benoist: Sie haben die deutsche Wiedervereinigung als "Katastrophe" für Frankreich bezeichnet. Lag sie aber nicht unvermeidlich in der Natur der Dinge?

Zemmour: Der Historiker der Action française Jacques Bainville hatte recht: Der Frieden war nur durch die Teilung Deutschlands möglich. USA und UdSSR hatten getan, was Frankreich 1918 hätte tun sollen, wenn die Engländer zugelassen hätten, daß wir das Rheinland zurückerobert und Deutschland in zwei oder drei Teile geteilt hätten. Wie Napoleon bin ich für ein karolingisches Reich, wenn Frankreich dabei das Sagen hat, und dagegen, wenn Deutschland den Ton angibt. Mir ist bewußt, daß ich in dieser Frage ein bißchen primitiv denke.

Benoist: Deutschland ist nicht Monaco. Man kann ihm nicht einfach Landesteile wegnehmen.

Zemmour: Die Wiedervereinigung war nicht vorherbestimmt; sie war nicht unabwendbar. Ich habe immer bedauert, daß Frankreich auf die Remilitarisierung des Rheinlands 1936 nicht sofort mit der Besetzung reagiert hat. Aus französischer Sicht ist das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der verpaßten Gelegenheiten.

General de Gaulle wollte ein Deutschland, dessen industrieller Aufschwung Frankreich nützte. In einem Europa der Sechs unter französischer Führung sah er eine Chance, sich - um in der Diktion der damaligen Zeit zu sprechen - "wieder auf das Niveau der beiden Supermächte" hochzuarbeiten. Der "Mann der Amerikaner" hat die deutschen Vertreter übrigens stark manipuliert, damit das Europa Adenauers und de Gaulles, das Europa der "beiden Alten", scheiterte.

### **"Frankreich künftig eine Art Bayern innerhalb der EU?"**

Benoist: In Ihrer Kritik an regionalen Identitäten und lokalen Partikularismen greifen Sie Paul Morands Worte über de Gaulle auf - diesen "Linken, der zur Messe geht" -, um den General wegen seiner Volksabstimmung von 1969 zur Dezentralisierung, Regionalisierung und gesellschaftlichen Teilhabe zu kritisieren.

Zemmour: Ich habe geahnt, daß man mir auf die Finger klopfen würde, wenn es um die Re-

gionen geht. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Dezentralisierung eine Katastrophe war. Ich gestehe zu, daß sich diese Katastrophe hätte vermeiden lassen, wenn man dabei anders vorgegangen wäre, andere Optionen verfolgt hätte. Leider aber hat die Dezentralisierung lauter kleine Zaunkönige hervorgebracht, die die Verschwendung zur politischen Linie erhoben haben und die öffentlichen Ausgaben explodieren lassen, in einem Ausmaß, das die Defizite des Zentralstaats noch überschreitet.

Die Verwaltungseinheiten haben sich stets den jeweiligen technologischen Gegebenheiten angepaßt: Die Kommunen waren die richtige Organisationsform für Bauern, die zu Fuß gingen, die Departements für Reiter, die Regionen für die unter Georges Pompidou gebauten Autobahnen.

Heute haben wir Schnellzüge und Internet und brauchen keine Regionen mehr, zumal sie sich nicht mit Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Bayern messen können, bei denen es sich zumeist um ehemalige Königreiche oder Herzogtümer handelt. Die Regionalisierung ist ein Mythos, den die französische Technokratie erfunden hat. Bei dem Tempo, mit dem wir versinken, habe ich Angst, daß Frankreich selber zu einer Art Bayern innerhalb eines großen europäischen Ganzen wird.

### **"Assimilierungspolitik führt automatisch zu Integration"**

Benoist: Sie zitieren gerne das Sprichwort, in Rom solle man es halten wie die Römer, um Ihre Positionen als Befürworter eines republikanischen Modells der Assimilierung zu untermauern. Wenn jedoch die Assimilierung nicht mehr funktioniert - beweist dies nicht, daß die "republikanischen" Grundsätze ihre Bedeutung weitgehend verloren haben?

Zemmour: Das erste Problem ist die Demographie. Man kann Menschen assimilieren, aber keine Völker. Und die Völker existieren, noch vor den Menschen. Sie sind unübersehbar. Sie lassen sich nicht einfach wegzaubern. Anders als etwa in Italien hinderte die französische Staatsmacht das Volk daran, sich gegen ein Zuviel an Einwanderung zu wehren.

Beim Thema Einwanderung kommen zwei Phänomene zusammen: zunächst die Masse und die Absage unserer Eliten an die Assimilierungspolitik im Namen einer sogenannten Integration. Als Frankreich noch Assimilierung verlangte, fand automatisch eine Auswahl statt. Einwanderer, die sich nicht assimilierten, gingen entweder von selber wieder oder wurden in ihre Heimatländer zurückgeschickt.

Die strikte Durchsetzung der Assimilierungspolitik löste teilweise das Problem der migratorischen Bevölkerungsströme. Der Historiker Pierre Milza nennt sehr aufschlußreiche Zahlen zur Einwanderung von Italienern nach Frankreich: Zwischen 1870 und 1940 kamen drei Millionen Italiener nach Frankreich und nur 1,1 Million von ihnen blieben. Frankreich verlangte damals ein sehr hohes Maß an Assimilierung. Wäre man dieser Linie treu geblieben, wäre das Einwanderungsdrama heute sehr viel weniger akut.

Benoist: Wenn ich durch Europa reise, scheinen mir die Italiener unglaublich italienisch zu sein, die Deutschen unglaublich deutsch, die Spanier unglaublich spanisch. Die Franzosen hingegen haben ihre spezifischen Charaktermerkmale in erschreckendem Maße verloren.

Zemmour: Die Franzosen sind nicht mehr französisch, da gebe ich Ihnen recht. Die Nachteile, die sich aus dem Fehlen eines starken Staates ergeben, gereichen den Italienern in diesem Fall zum Vorteil, ihre Gesellschaft kann sich besser wehren, während hierzulande der Staat noch ziemlich stark ist und wir uns daher nicht wehren können. Die Vorzüge unseres zentralisierten Systems werden uns zum Verhängnis - nicht zum ersten Mal. Als Napoleon Moskau nahm, ging der Krieg weiter. Zwei Jahre später nahmen Russen und Österreicher Paris, und der Krieg war vorbei.

Benoist: Jean-Christophe Cambadélis, kommissarischer Vorsitzender der französischen Sozialisten, machte kürzlich das bemerkenswerte Eingeständnis: "Die Linke hat den Kampf um die Ideen seit zehn Jahren verloren." Wenn man bedenkt, daß die "Rechte" in den vergangenen

zehn Jahren in der geistigen Debatte auch nicht gerade brilliert hat - wer ist dann der eigentliche Sieger?

### **"Die Rechte und die Linke sind tot"**

Zemmour: Niemand. Die Rechte und die Linke sind tot. Alles deutet darauf hin, daß die Zukunft einer großen Einheitspartei gehört, die das politische Spektrum von Manuel Valls über François Bayrou bis hin zu Alain Juppé abdeckt und sich dem Front National entgegenstellt, der seinerseits ebenfalls keine geistige Arbeit geleistet hat. Als Sie in den siebziger Jahren das Land aus dem Dornröschenschlaf gerüttelt haben, war deutlich zu erkennen, daß bestimmte politische Maßnahmen an die von Ihnen geleistete geistige Arbeit anknüpften.

Ganz ehrlich, dieses Interesse an Ideen gibt es nirgends mehr in der politischen Welt. Das Niveau der Politiker hat erschreckend abgenommen. Die Minister sind ehemalige parlamentarische Assistenten, die Ministerpräsidenten ehemalige Pressesprecher. Das politische System bewegt sich, aber ihm fehlt der Nährboden. Wir befinden uns mitten in einer Phase der ideologischen Rekonstruktion. Die Präsidentschaftswahlen 2017 werden schlimm. Alle werden sich gegenseitig bekämpfen, um gegen Marine Le Pen antreten zu dürfen. So weit ist es mit uns gekommen.

*Éric Zemmour, gilt als einer der bekanntesten rechtsintellektuellen Journalisten Frankreichs. Sein im Herbst 2014 erschienenes - nicht ins Deutsche übersetzte - Buch "Le Suicide français" entwickelte sich rasch zum Verkaufsschlager. Führende Politiker warnten davor, es zu lesen, oder nannten Zemmour eine "Gefahr". Der Autor mußte Boykottaufrufe, Geldstrafen und Entlassungsversuche überstehen.*

*"Der französische Selbstmord" ist die Bilanz des Verfalls Frankreichs, für den Zemmour vor allem den Geist von 1968, die Zerstörung der französischen Souveränität durch die EU und die Masseneinwanderung verantwortlich macht. Er ist Kolumnist des Figaro, kommentiert in einer Radiosendung und in TV-Talkshows. Er ist algerisch-jüdischer Abkunft und wurde 1958 bei Paris geboren.*

*Alain de Benoist, gilt als Begründer und führender Theoretiker der "Nouvelle Droite". Der Philosoph hat bereits über fünfzig Bücher veröffentlicht und ist Herausgeber der Zeitschriften Nouvelle École und Krisis sowie ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift Éléments, aus der dieses Gespräch mit freundlicher Genehmigung der beiden Autoren in gekürzter Fassung übernommen wurde. Geboren wurde Alain de Benoist 1943 im zentralfranzösischen Tours.<<*

[Herbert Ludwig berichtete am 15. Mai 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Instrumentalisierung Hitlers durch britische Machteliten \(x962/...\): >>Das britische Schachspiel - Die Instrumentalisierung Hitlers für die westliche Kriegs-Strategie](http://HerbertLudwig.wordpress.com)

Weltpolitik ist weitgehend ein Intrigenspiel im Gewande der Diplomatie, in dem Machtsüchtige durch Täuschen und Lügen die Ausdehnung ihrer Herrschaft vorbereiten, um sie dann mit militärischen Mitteln zu vollenden. Von Friedrich Nietzsche ist der Ausspruch überliefert: *"Ein Politiker teilt die Menschheit in zwei Klassen ein: Werkzeuge und Feinde. Das bedeutet, daß er nur eine Klasse kennt: Feinde."* ("Wille zur Macht")

Die größten Imperialisten und begabtesten Politiker, die ihre "Feinde" als Werkzeuge einzusetzen verstehen, sind die britischen Machteliten und ihre amerikanischen Zöglinge und Nachfolger. Sie haben zur Politik eine instinktive Veranlagung. Aus einem überschauenden Bewußtsein, gleichsam aus einer Metaebene operieren sie nach weiträumigen und langfristigen strategischen Plänen, schieben andere Staaten wie Schachfiguren in die gewünschten Positionen, um sie dann kaltblütig ihren Zielen zu opfern.

*"Vergessen Sie niemals", warnte der Militärattaché der japanischen Botschaft in London den Deutschen Joachim von Ribbentrop, "daß die Briten die schlauesten Menschen auf Erden sind, die es in der Verhandlungskunst ebenso wie bei der Manipulation der Presse und der öffentli-*

*chen Meinung zur absoluten Meisterschaft gebracht haben."*

Die britische Deutschland-Politik im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges bietet für die Künste der britischen Schachspieler ein makabres Beispiel, dem hier nachgegangen werden soll.

### **Die britische Fassade**

Die britische Sieger-Geschichtsschreibung und im gehorsamen Gefolge auch die deutsche bezeichnen die Appeasement- (Beschwichtigungs-) Politik Großbritanniens gegenüber Hitler als einen bedauerlichen Irrtum, eine schwere Fehleinschätzung. Man habe das Hitler-Regime unterschätzt und sich in Illusionen bewegt zu glauben, man könne es mit Wohlwollen, Zugeständnissen und Entgegenkommen beschwichtigen und befrieden.

Es wird also, wie der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido G. Preparata in einer Untersuchung schreibt, der *Mythos* vermittelt, "*Großbritannien, das wohlgesinnt war, (wäre) nicht in der Lage gewesen, die Absichten der Nazis zu erkennen, und habe sich infolgedessen etwas Schuld an dem nachfolgenden Desaster aufgeladen. Diese Kurzsichtigkeit sei daher gekommen, daß seine Elite sich ... tiefgehend über außenpolitische Fragen in verschiedene einander widerstreitende Strömungen zerrissen vorfand. ... Hitler habe, so lautet die Entschuldigung, aus dieser politischen Zwietracht vollen Nutzen für seine wahnsinnigen Ambitionen gezogen.*"

Preparata fügt lapidar an: "*Die Wahrheit sieht anders aus.*"

### **Die britische Strategie**

Die britische Führungsschicht hatte und hat im Großen und Ganzen eine einheitliche Struktur und Zielsetzung. Meinungsunterschiede gab es nur über das politische Vorgehen, nicht über Prinzipien und Ziele. "*Die Briten waren niemals geteilter Ansicht in der Frage, was mit Hitler geschehen solle. Das war ganz offensichtlich: zerstört ihn zu gegebener Zeit und richtet Deutschland zugrunde! Das verlangte die Logik des Empires.*"

Die angloamerikanische imperialistische Logik lag ja bereits dem Ersten Weltkrieg zugrunde: Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auszuschalten und insbesondere ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Und da man die Ziele noch nicht ganz erreicht hatte, wurden im Versailler "Vertrag" die Keime für den zweiten Teil des neuen "Dreißigjährigen Krieges gegen Mitteleuropa" (Churchill) gelegt, von denen das reaktionär nationalistische Hitlerregime bereits - mit Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise - als eine Frucht emporgewachsen war.

Über diese Strategie waren sich die britischen Eliten alle einig. "*Strittig war eher eine pragmatische Frage. Wie konnte man die Nazis am besten irreleiten, damit sie wieder in die Falle eines Zweifrontenkrieges tappten? Die Antwort lautete: indem man mit ihnen tanzte. Und tanzen taten die Briten, sie hatten beim Walzer durch die diplomatischen Ballsäle immer geführt und hinterließen beim Herumwirbeln ein Muster, das in der Tat einem voraussagbaren Ablauf entsprach.*"

### **Die Taktik der Briten**

In der Tat gab es nach außen hin verschiedene einander widerstreitende Gruppierungen in der britischen Politik:

- 1) die Antibolschewisten, die für die Wiederaufrüstung Deutschlands eintraten, um es als Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen, den es zu zerstören gelte (und damit natürlich auch Deutschland);
- 2) die Vertreter einer "Drei-Blöcke-Welt", die Deutschland auch aufbauen, aber zwischen einen westlichen Block der englisch sprechenden Völker und einen bolschewistischen Ostblock einbinden und den letzteren dadurch eher in Schach halten als zerstören wollten und
- 3) die Anhänger eines "Appeasements". (Man kann auch noch eine "Frieden-um-jeden-Preis-Fraktion" ausmachen.)

Waren das ernsthafte unterschiedliche politische Strömungen aus der Bevölkerung, oder handelte es sich um ein Schauspiel einer sich weitgehend einigen Elite des Empires für die Öff-

fentlichkeit, um mit aufgefächerten, sich widersprechenden Politik-Konzepten Verwirrung zu stiften und dahinter ganz andere Ziele zu verfolgen? Der die Zeitereignisse aufmerksam verfolgende Rudolf Steiner machte bereits 1916 aus seiner genauen Kenntnis der britischen Verhältnisse, insbesondere der hinter und in der Politik wirkenden Geheimgesellschaften, auf solche Methoden aufmerksam:

*"Da haben die Menschen in der Regel überhaupt keinen Begriff davon, daß Dinge, die nebeneinander auftreten, eigentlich zusammen gedacht sind und gewissermaßen zusammen veranstaltet sind. In solchen weitumfassenden und in tonangebende Kreise hinaufreichenden okkulten Verbrüderungen wie diejenigen im Britischen Reiche ... weiß man, was der eine zu tun hat, was der andere zu tun hat, und wie man wirkt im Leben.*

*Da weiß man ganz gut, was es bedeutet - ich will Ihnen einen konkreten Fall erwähnen - wenn man auf der einen Seite versucht, daß Staatsmänner Englands nach und nach befreundet werden mit gewissen Staatsmännern eines kleinen Donaustaates, der ein Teil Österreichs ist. ... Aber das macht man nicht bloß für sich; sondern daneben macht man das andere, daß man z.B. ein wirksames Buch erscheinen läßt, in dem man ganz besonders schimpft über das Volk, das in diesem Staate lebt, so daß man das, was man auf der einen Seite hinstellt, auf der anderen Seite aus den Angeln hebt. So etwas hat eine Bedeutung, wenn es methodisch gemacht wird ... So wird es gemacht, mit allen diesen Dingen, die scheinbar nebeneinander einhergehen."*

Preparata deckt die gleiche Methode zwischen den beiden Weltkriegen auf. Die Briten tanzten, wie oben von Preparata bereits zitiert, mit den Nazis. *"Dabei wandten sie die Taktik an, eine Vielzahl politischer Formationen so zu aktivieren, wie man sich Werkzeuge für die verschiedenen Aufgaben, die anfallen werden, passend zurechtlegt. ... Somit verfügte das Empire ... über mindestens drei zur Verfügung stehende Masken."*

### **Ausgangslage**

Von 1919 bis 1926 beherrschte die erste Gruppe, die Antibolschewisten, Regierung und Politik. Zu ihnen gehörten Lord Curzon, der führende außenpolitische Experte Sir Eric Simon, Lord D'Abernon, General Smuts und H. A. L. Fisher. *"Sie taten alles ihnen Mögliche, um die Reparationsregelungen zunichte zu machen, die deutsche Wiederaufrüstung zu erlauben und um das niederzureißen, was sie 'französischen Militarismus' nannten."*

D'Abernon trat *"für ein geheimes Bündnis Großbritanniens 'mit den militärischen Führern Deutschlands zur Kooperation gegen die Sowjetunion' ein."* Als Botschafter in Berlin von 1920-1926 blockierte er *"alle Bemühungen der Entwaffnungskommission, Deutschland zu entwaffnen oder auch nur Inspektionen durchzuführen."*

Diesen Blickwinkel unterstützte, wenn auch aus etwas anderen Gründen, die zweite Gruppe, die als Milner- oder Round-Table-Gruppe bekannt war und den eigentlichen Kern des englischen Imperialismus bildete.

Zu ihr gehörten Lord Milner, Leopold Amery, Edward Grigg, Lord Lothian (Philip Kerr), Lord Astor, Lord Brand, Lionel Curtis, Geoffrey Dawson (Herausgeber der Times) und ihre Freunde, sowie Lord Halifax. Diese Gruppe hatte großen Einfluß, weil sie den Rhodes Trust kontrollierte, den *Beit Trust*, *The Times aus London*, *The Observer*, das einflußreiche und völlig anonyme Magazin, das als *The Round Table* bekannt war."

Sie beherrschte das Royal Institute of International Affairs, genannt Chatham House, das sie 1920 als Teil eines gemeinsamen anglo-amerikanischen *"Zentrums der maßgebenden Meinung"* gegründet hatten, zu dem auf amerikanischer Seite das 1921 gebildete *Council on Foreign Relations* gehörte.

Beide Gruppen waren sehr eng und freundschaftlich miteinander verbunden; Simon und Smuts waren sogar Mitglieder in beiden Gruppen, was darauf hindeutet, daß es sich im Grunde um taktische Varianten eines geschlossenen Vorgehens handelte.

*"Zu den Appeasern gehörte schließlich noch eine bunte Ansammlung von Hinterbänklern wie Churchill und Lloyd George, die einen 'ehrenhaften Frieden' vorgeschlagen hatten. Hinzu kamen parteiungebundene Technokraten wie Norman und Teile der Intelligenz - Publizisten und Schriftsteller wie Keynes. Alle waren darauf bedacht, dem früheren Feind ein freundliches Gesicht zu zeigen und im Namen 'sportlicher Fairneß' neue Verbindungen mit ihm zu knüpfen."*

Gegen Ende der Weimarer Zeit rückten die Antibolschewisten mehr in den Hintergrund, und die Appeaser traten stärker in Aktion. Dahinter hielten die Strategen des Round-Table das Heft in der Hand. *Sogar eine von Rolf Gardiner geführte deutsch-freundliche Randgruppe ... mit Sinn für das gemeinsame Erbe der nordischen Folklore war entstanden. Dies war allerdings eine Bewegung am Rande, ohne eine breitere Unterstützung und politischen Einfluß. Es gab keine echten deutschfreundlichen Gefühle in England, nur einen aufkeimenden Dschungel von so Tun als ob."*

### **Das Vorgehen**

Bald nach Hitlers Machtergreifung, die ohne Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise nicht möglich gewesen wäre, begann die britische "Maskerade" (Preparata) erst richtig. Als Hitler am 9. April 1934 öffentlich ankündigte, daß Deutschland entgegen der Versailler Bestimmungen wieder aufrüsten werde, war Frankreich besorgt.

Aber von England reiste ein bekennender Nazi-Verehrer und Appeaser, Hauptmann Winterbotham, nebenbei Agent des britischen Auslandgeheimdienstes M16 und des Nachrichtendienstes des Luftfahrtministeriums, nach Deutschland zum führenden Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg, den er 1931 während dessen Herbstreise nach England durch die Londoner Clubs geführt hatte. Er wurde auch vom Führer empfangen und gewann das volle Vertrauen seiner Gastgeber, die mit ihm ihre Überlegungen besprachen, wie sie zusammen mit England den Kommunismus vernichten würden.

Auf den Putschversuch österreichischer Nazis in Wien am 25. Juli 1934 wandten sich Italien und Frankreich besorgt wegen einer fälligen Strafaktion gegen Hitler an England. Doch England lehnte eine militärische Züchtigung ab; es zahle sich nicht aus. Die Franzosen mußten konstatieren, England schreibe Österreich ab und ermuntere die Nazis zu mehr. Im gleichen Monat verteidigte der Führer der britischen Konservativen Stanley Baldwin (der Fuchs), der von Juni 1935 bis Mai 1937 als Premierminister fungieren sollte, Deutschlands Recht auf eine Luftwaffe. *"Es hat aufgrund seiner wehrlosen Stellung in der Luft alle Argumente, um sich zu schützen, auf seiner Seite."*

Nun war ein Gegenmanöver fällig. Bald darauf tauchte der bisherige Appeaser Winston Churchill von den hinteren Bänken des Parlaments auf und umwarb den sowjetischen Botschafter Maisky, um den Russen ein Militärbündnis mit England gegen Hitler schmackhaft zu machen. Unmittelbar danach eilte Churchill ins Parlament, um eine Reihe alarmierender Reden zu halten, in denen er vor der Gefahr deutscher Luftangriffe auf London warnte, bei denen binnen sieben Tagen 30.000 Menschen getötet oder verstümmelt werden würden. Premier Baldwin dagegen forderte Lloyd George auf, Churchill zurechtzuweisen. Dieser übersehe, wie wichtig Deutschland für England als Bollwerk gegen den Kommunismus sei.

*"Hinter Churchill sammelte sich nun ein prorussischer Anti-Nazi-Kern, während die Friedensfreunde hinter Lloyd George an Einfluß gewannen. Großbritannien zeigte jetzt der Welt ein strahlendes, demokratisches Gesicht - ein Gesicht, auf dem die Züge des zynischen Pragmatismus (des Appeasements) durch die Gemäßigten der Milner-Gruppe und die offene Gegenstimme Churchills etwas abgemildert wurden. Es war das erfrischende Antlitz des Pluralismus."*

Die Pro-Nazi-Friedenspartei wurde noch publikumswirksam durch einen königlichen Kandidaten, Prinz Eduard, gekrönt, der fließend Deutsch sprach und die schönsten Sommer seiner

Kindheit bei seinem Lieblingsonkel Willi, dem früheren Kaiser Wilhelm II., dem Vetter seines Vaters, verbracht hatte.

Nachdem Frankreich am 6. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt hatte, zog Hitler zehn Tage später nach. England "protestierte" gegen den neuen Bruch des Versailler Vertrages, trotzdem statteten Sir Eric Simon und Anthony Eden vom Auswärtigen Amt am 25. März den vorgesehenen Besuch in Berlin ab. Hitlers erneute Ausführungen über die Notwendigkeit, eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus zu errichten, stießen ebenso auf freundliches Wohlwollen wie sein Vorschlag, der deutschen Marine eine Tonnage von 35 % der Royal Navy zu erlauben.

Die Gespräche *"endeten mit einem Frühstücksempfang in der britischen Botschaft, bei dem der Botschafter Sir Eric Phipps seine Kinder antreten ließ, um Hitler und sein Gefolge mit dem Naziruf 'Sieg Heil' zu begrüßen."* Doch Eden reiste anschließend direkt zum Nazi-Feind nach Moskau weiter - ein frühes Beispiel für das Doppelspiel des britischen Außenministeriums. Am 18. Juni 1935 wurde das Flottenabkommen nach Hitlers Vorschlag unterzeichnet.

Am 19. Juni 1935 gab Prinz Eduard, ab Januar 1936 König Eduard VIII., sein Debüt als Pro-Nazi-Kandidat. In einer Rede forderte er die Veteranen-Legion auf, die Feindseligkeiten des großen Krieges zwischen England und Deutschland für immer zu begraben. Standing Ovations überschütteten ihn, *"während sich ringsherum die Union Jacks mit den Hakenkreuzstandarten der deutschen Veteranen mischten."*

Einen Monat später empfing Hitler britische Veteranen und schwelgte mit ihnen in der Erinnerung an die alten Tage in den Schützengräben, *"und das taten sie mit so viel Leidenschaft, als seien sie Waffenbrüder, die aus dem gleichen Unterstand geschossen hätten."*

Am 7. März 1936 wagte es Hitler im Vertrauen auf das englische Wohlwollen mit einer Frankreich noch weit unterlegener Wehrmacht die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes zu besetzen. Nach dem Versailler Vertrag bedeutete das Krieg. England, Italien und Belgien sollten Frankreich sofort zu Hilfe eilen.

Doch die Zeitungen *Daily Express* und *Daily Mail* spendeten Hitler Beifall. Philipp Kerr, einer der Architekten des Versailler Vertrages, und Lord Astor erinnerten an die notwendige deutsche Rolle als Damm gegen den Bolschewismus und hielten den erbosten Franzosen vor, sich wegen des verständlichen Wunsches Deutschlands, "seinen eigenen Hinterhof zu betreten", nicht streitsüchtig zu zeigen. Anthony Eden und Lord Halifax flogen nach Paris und mahnten.

*"Unterlassen Sie jeden Akt, der zum Krieg führen könnte. England will Frieden."* Auf einer Sitzung des Völkerbundes am 14. März *"verkündete Eden, mit einer perfekt doppelzüngigen Phrase des außenministeriellen Jargons zum Vergnügen der Nazis, daß die Besetzung des Rheinlandes ein Verstoß gegen den Vertrag von Versailles sei, aber keine Bedrohung des Friedens darstelle. Sie gefährde die Macht Frankreichs, aber nicht seine Sicherheit. Die Franzosen waren verblüfft."*

Im Rahmen der britischen Taktik mußte der Vorstoß der Appeaser auch eine entgegengesetzte Reaktion auslösen. *"Nach dem Rheinlandkomplott wurde die Anti-Nazi-Fraktion unter Churchills Führung und mit jüdischem Geld in eine schnellere, entschlossener und streng geheim agierende Einrichtung, die als The Focus bekannt wurde, umgewandelt. ... Doch Hitler machte sich nicht die geringsten Sorgen wegen Churchills Partei. In seinen Augen war sie nur eine Belästigung, die zu nichts als leeren Worten fähig war."*

Hitler strebte nach einem Zusammentreffen von hohem Symbolwert und lud Premierminister Baldwin ein. Doch dieser lehnte höflich ab und schickte aus den Rängen der Appeaser Lloyd George aus, den Führer in seinem Adlerhorst in den Alpen aufzusuchen. So schüttelte Hitler nicht seinem amtierenden Amtskollegen, sondern dem früheren Premierminister die Hand, einem der erfolgreichsten Hebammen des Nazismus, der den Versailler Vertrag ausgehandelt

hatte. Hitler war von ihm mehr als beeindruckt, nannte ihn ein "Genie" und wollte ihn auf dem Parteitag in ein paar Tagen zur Schau stellen.

Doch Lloyd George *"lehnte vorsichtig ab, hielt sich aber nicht dabei zurück, schlecht über die Tschechen zu sprechen. - Auch das ein Hinweis. In einem Wort: Das Treffen war ein weiterer Erfolg, und Lloyd George sollte danach den Führer in der Presse loben und ihn als den 'größten Deutschen dieses Zeitalters' würdigen."*

Schließlich kam nach all diesen Freundlichkeiten im November 1937 die Zeit, *"den Führer weiter in Richtung Krieg zu stoßen. Die Entsendung von Lord Halifax am 19. November zu Hitlers Alpenresidenz brachte die Wende in der Dynamik, die zum Zweiten Weltkrieg führte."* Halifax sagte zu Hitler zusammengefaßt: England hält Deutschland für die Bastion gegen den Kommunismus. Es hat keinen Einwand gegen den Anschluß Österreichs und der Tschechoslowakei. Deutschland solle keine Gewalt anwenden, um seine Ziele in Europa zu erreichen, wohl wissend, daß Hitler dies angesichts der westlichen Waffenlieferungen kaum als ernst gemeint betrachten werde.

Im Februar 1938 *"erklärten Premierminister Chamberlain und Schatzkammersekretär Sir Eric Simon im Unterhaus, man könne nicht erwarten, daß Großbritannien die österreichische Unabhängigkeit unterstütze. Das war das Signal. Am 12. März marschierte Hitler in Österreich ein."*

Das in Versailles gebildete Konstrukt Tschechoslowakei, in das 3,4 Mio. Sudetendeutsche (22 % der Bevölkerung) eingeschlossen wurden, gab Hitler den nächsten vorgezeichneten Ansatzpunkt, im Namen der "ethnischen Selbstbestimmung" einzugreifen. Die britische Presse gab Feuerschutz.

Die britische Regierung verweigerte den aufständischen deutschen Militärs um General Beck die Zusammenarbeit, spielte die Kampfstärke der gut trainierten tschechoslowakischen Armee herunter, beruhigte über geheime Boten Hitler, demnächst erfolgende scharfe offizielle Stellungnahmen Englands und Frankreichs zu ignorieren und sorgte dafür, daß im Münchner Abkommen vom September 1938 die Tschechoslowakei aufgeteilt und Hitler der Weg freige-  
macht wurde.

Die englische Öffentlichkeit wurde durch eine geschürte Kriegshysterie stillgehalten: *"England sei durch Luftangriffe mit Giftgaseinsätzen seitens der (deutschen) Luftwaffe bedroht. In den ersten Septemberwochen wurden Gasmasken an die Londoner ausgegeben und Luftschutzübungen durchgeführt."* Gegen die Annexion der Rest-Tschechoslowakei durch Hitler am 14. März 1939 protestierten die Alliierten, aber dabei blieb es.

*"Um Versailles endgültig abzuwickeln, blieb jetzt nur noch Polen übrig."* Mit der Abtrennung Posens und Westpreußens an Polen, der Unterstellung Danzigs unter den Völkerbund und der damit verbundenen Trennung Restdeutschlands von Ostpreußen waren 1919 weitere Konflikte bewußt veranlagt worden.

Hitler hatte am 21.10.1938 Gespräche mit Polen begonnen, in denen er *"die Rückgabe Danzigs und einen Streifen von einem km Breite durch den polnischen Korridor für eine Autobahn und eine vierspurige Eisenbahnlinie unter deutscher Souveränität forderte. Diese ziemlich bescheidene Anfrage wurde dem polnischen Verbündeten in einer so freundlichen Atmosphäre wie möglich unterbreitet. ... Hitler wollte Polen nicht überrennen, sondern es viel lieber in den bevorstehenden Angriff auf Rußland einbinden."*

Doch Ende März 1939 wurde Polen plötzlich streitsüchtig. Er wußte nicht, daß England Polen heimlich Angebote gemacht hatte.

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in der Tschechoslowakei konnten die Briten vor der Öffentlichkeit die Politik des Appeasements nicht mehr vertreten. Die Pro-Nazi-Friedenspartei rückte auf die hinteren Bänke, und die Round-Table-Gruppe verschmolz mit den Antibolschewisten.

*"Dabei täuschte die sichtbare Front unter Führung von Halifax ein unnachgiebiges Vorgehen gegen die Nazis vor, während die geheime Front, die mit der Chamberlain-Gruppe besetzt war, Hitler weiterhin Zugeständnisse machte und 'freundliche' Zusicherungen abgab, daß England nicht in den Krieg eintreten werde.*

*Hitler war genau so weit gegangen, wie man ihm erlaubt hatte. Nun war es für Großbritannien Zeit, ihn an der Westfront hereinzulegen, um den Krieg voranzubringen. Am 31. März 1939 ... informierte Chamberlain das Unterhaus, daß 'im Fall irgendeines Vorgehens, das die Unabhängigkeit Polens deutlich bedroht, die Regierung Seiner Majestät sich verpflichtet fühle, der polnischen Regierung sofort jede Unterstützung zu gewähren, die in ihrer Macht steht."* Das war ein ungewöhnlicher Blankoscheck.

Andererseits versprach Chamberlain den Nazis bis in den August hinein als Gegenleistung für Frieden eine "allumfassende politische Partnerschaft", während die Round-Table-Gruppe die Polen weiterhin bedrängte, in den Verhandlungen mit Hitler nicht nachzugeben.

*"Egal, wie raffiniert die Strategie Großbritanniens ... auch war, sie war immer die gleiche gewesen, nämlich einen Feind gegen einen anderen auszuspielen und die eigene Verwicklung dadurch abzusichern, daß es zuvor Satellitenländer förderte und den ausgewählten Feind damit wie mit Landminen umgab, in diesem Fall die Deutschen. Was England vor dem Ersten Weltkrieg mit den Garantien für Belgien getan hatte, wiederholte es nun mit Polen."*

Das Wichtige war, daß Deutschland gezwungen wurde, mit dem Krieg zu beginnen. Das gelang auch mit Hitler. Polen weigerte sich, mit Englands Bündnis im Rücken, zu verhandeln, und Deutschland marschierte nach einem halben Jahr fruchtloser Verhandlungsversuche am 1. September 1939 in Polen ein. Großbritannien erklärte Deutschland am 3. September den Krieg, kam aber den Polen trotz aller Versprechungen nicht zu Hilfe. *"Die Royal Air Force erhielt strikte Order, ja keine deutschen Landstreitkräfte zu bombardieren."*<<

Der deutsche Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN) erklärte in einem Online-Video vom 24. Mai 2015 (x354/82): >>... Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 26. Mai 2015: >>**Wie die USA zur Weltmacht aufstiegen**

Am Ende des Ersten Weltkriegs spülte die Sintflut aus Krieg und Revolution die von Europa dominierte Weltordnung hinweg. ...

Daß die USA 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, im Jahr der grauenhaften Schlachten bei Verdun und an der Somme, das britische Empire als größte Volkswirtschaft der Welt ablösten, war weit mehr als nur eine ökonomische Entwicklung. Die Geschichte des amerikanischen Aufstiegs zu einer globalen Machtposition ist schon oft erzählt worden.

Gerade mit Blick auf den Ersten Weltkrieg wurde sie verknüpft mit der Geschichte des Sieges der westlichen Alliierten über das kaiserliche Deutschland und seine Verbündeten, aber auch mit der Geschichte der idealistischen Visionen des amerikanischen Präsidenten Wilson von einer friedlichen Weltordnung demokratisch selbstbestimmter Staaten. ...

Der amerikanische Präsident, der 1918 nach Europa reiste, um der entstehenden Friedensordnung nicht zuletzt durch die Errichtung eines "Völkerbunds" seinen Stempel aufzudrücken, war sich des ökonomisch begründeten Machtpotentials der USA klar bewußt.

Aber noch zögerte die aufsteigende Weltmacht. Der Kongreß, in dem Wilsons Gegner seit Ende 1918 eine Mehrheit hatten, verweigerte nicht nur die Ratifizierung des Versailler Vertrags, sondern lehnte damit auch einen amerikanischen Beitritt zum Völkerbund ab. ...

Statt dessen gelangte nun eine neue, eine globale Ordnung technisch-industrieller Modernität zum Durchbruch, demonstriert, getragen und vertreten von den USA, deren gewaltige Dyna-

mik den Zeitgenossen unaufhaltsam erschien ...<<

Der CSU-Politiker Carl-Dieter Spranger (von 1991 bis 1998 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) schrieb am 1. Juni 2015 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (x358/5): >>... Doch nicht nur die deutschen Soldaten, sondern alle Opfer des Zweiten Weltkriegs haben diese deutschen Repräsentanten vergessen und beschwiegen: Die vielen Millionen toter deutscher Männer, Frauen und Kinder, getötet, ermordet, verhungert, verbrannt, vergewaltigt, erfroren, verstorben - im Krieg, bei Flucht und Vertreibung, im Bombenterror, in den Straf- und Konzentrationslagern der Sowjetunion und des früheren Ostblocks oder in amerikanischen Gefangenenlagern wie in den Rheinwiesen."<<

Herbert Ludwig berichtete am 29. Juni 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Islam (x947/...): >>Islam und Gewalt - Gehört der Islamismus zum Islam?

Innenminister Thomas de Maizière äußerte am 17.5.2010 gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der Islam sei im Gegensatz zum Islamismus bei uns willkommen. Die Zeitung "Die Welt" faßte am 31.1.2015 Angela Merkels im Interview gemachte Aussage über Islam und Islamismus in der Schlagzeile zusammen: "*Der Islam gehört zu Deutschland, der Islamismus nicht.*"

Gewalt und Terror, durch die radikale Strömungen im Namen des Islam die Errichtung einer religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben, werden vom eigentlichen Islam getrennt, der als friedliche Religion damit nichts zu tun habe, sondern ideologisch mißbraucht werde. Der Islam gehöre wie Judentum und Christentum inzwischen auch zu Europa und Deutschland und sei eine Bereicherung für die Kultur des Landes.

Dies ist die Sprachregelung der politischen Klasse und ihrer medialen Lautsprecher. Wer Kritik am Islam selbst übt, mit dem auch Gewalt verbunden sei, und Sorgen vor einer Überfremdung äußert, gegen den werden die Diskriminierungs-Keulen Islamfeindlichkeit, Islamophobie oder gar Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geschleudert. Doch begeben wir uns in das verminten Feld, um Klarheit zu suchen. ...

Der Islam hat keine einheitliche, geschlossene Kirchenorganisation, sondern stellt sich als eine Vielheit von Strömungen und Sekten dar, die unverbunden nebeneinander bestehen und sich zum Teil mit Worten und Waffen bekämpfen.

Es gibt die große Masse der frommen Muslime, die still und friedlich ihren Glauben und ihre religiösen Übungen leben, und es gibt starke militante Strömungen, die einer gewaltsamen Ausbreitung des Islam das Wort reden. Aber alle berufen sich auf Mohammed und das durch ihn geoffenbarte Gotteswort Allahs im Koran. Ist hier die Gewalt von vorneherein veranlagt, und es hängt nur jeweils vom Charakter, der Volks- oder Stammeszugehörigkeit und dem inneren Skrupel der Muslime ab, ob sie sich zur Gewalt entschließen oder nicht?

### **Die Entwicklung der Gewalterlaubnis im Koran**

Ein Zusammenhang zwischen Gewalt, Terrorismus und Islam wird von vielen Muslimen nicht bestritten. "*So merkt etwa die islamische Theologin Hamideh Mohagheghi an: 'Wiederholt zu sagen, daß dies alles nichts mit dem Islam' zu tun habe, führt nicht weit und verkommt zu einer unglaublichen Parole.*"

Der Koran steckt allerdings voller Widersprüche. In ihm stehen z.B. Verse, die zu Freundlichkeit gegen Christen aufrufen und andere, in denen Christen zur Hölle verdammt werden. Verse appellieren an ein friedliches Zusammenleben, andere an eine gewaltsamen Unterwerfung Andersgläubiger.

Mark A. Gabriel, früherer Professor für Islamische Geschichte an der Azhar-Universität in Kairo, der angesehensten Universität des Nahen Ostens, macht darauf aufmerksam, daß der Koran im Laufe von 22 Jahren entstanden ist, in denen Mohammed, seine Anhänger und der Islam sich von einer friedlichen Religionsgemeinschaft zu einer religiös-politischen Kampf-

gemeinschaft entwickelt haben.

*"Es gibt im Koran mindestens 114 Verse, die von Liebe, Frieden und Vergebung sprechen, besonders in der Sure mit dem Titel "Die Kuh" (Sure 2,62; 109)."*

Dem steht die Sure 9 Vers 5 gegenüber: "Tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf. Wenn sie jedoch in Reue umkehren und das Gebet verrichten und die Steuer zahlen, laßt sie ihres Weges ziehen. Siehe, Allah ist verzeihend und barmherzig."

*"Dies ist als der "Vers des Schwertes" bekannt, und der erklärt, daß Muslime jeden bekämpfen müssen, der sich nicht zum Islam bekehren will, ob innerhalb oder Außerhalb von Arabien. Darin sieht man die endgültige Entwicklung des Djihad im Islam."*

Um die Widersprüche aufzulösen, mußten die islamischen Gelehrten entscheiden, welche Verse im Falle eines Widerspruches zu befolgen seien, und sie beschlossen, daß neuere Offenbarungen die älteren Offenbarungen aufheben. Die Suren stehen, zusätzlich verwirrend, im Koran nur leider nicht in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Offenbarung. Entscheidend ist also nicht die Reihenfolge im Koran, sondern daß in einem konkreten Fall später entstandene die ihnen widersprechenden früheren aufheben, also an ihre Stelle treten.

Anfangs waren die Botschaften, die Mohammed geoffenbart wurden, friedlich und freundlich, um Menschen anzuziehen. Er mahnte zur Missionierung und zum Ertragen der Feindseligkeiten. *"In dieser Phase unterschied sich der in der Entstehung begriffene Islam mit den in Mekka verkündeten moralischen Prinzipien nicht allzu sehr vom Juden- und Christentum, von denen er vieles übernommen hatte."*

Mohammed war in dieser Zeit *"Sprecher einer geläuterten, monotheistischen Gotteserkenntnis und Vertreter eines echten religiösen Ethos, was zu dieser Zeit etwas ganz Neues, Einmaliges und Unabdingbares darstellte."*

Doch die Umstände veränderten sich. Mohammed traf in Mekka, der Stadt, wo er seine Botschaft erstmals predigte, auf viel Widerstand, so daß er sie im Jahre 622 verließ. Er ging nach Yathrib, in eine Stadt, die heute Medina heißt, wo er eine Militärmacht aufbaute und die Zahl seiner Anhänger vergrößerte.

Nachdem sich 624 aus dem vorgesehenen Überfall Mohammeds auf eine mekkanische Karawane eine regelrechte Schlacht entwickelte, in der die zahlenmäßig unterlegenen Anhänger Mohammeds nach Aussage des Korans mit Hilfe des Engels Gabriel und 5.000 seiner Engel siegten, wurde es den Muslimen nun geboten, die Feinde aktiv zu bekämpfen. Da die in Medina ansässigen Juden den Islam und Mohammed in der Nachfolge biblischer Propheten nicht anerkannten, ging er schließlich kriegerisch gegen sie vor.

*"Besonders hart war das Los der Banu Koreiza, eines jüdischen Stammes, der mit Mohammeds mekkanischen Gegnern konspirierte hatte. Die 700 Männer dieser Volksgruppe mußten in Medina in ein für sie ausgeschachtetes Massengrab hinabsteigen, die Hinrichtung währte den ganzen Tag über, ging noch am Abend mit Fackelschein weiter. Die Frauen und Kinder verfielen der Sklaverei."*

In Medina stieg Mohammed auch zum unumschränkten politischen Herrscher auf und legte den Grund für eine in dieser Form bisher unbekannte Glaubens- und Kampfgemeinschaft, eine Symbiose eines sozialreligiösen und politischen Systems.

Als Mohammed diese Macht erlangt hatte, *"war er in der Lage, zurückzukehren und Mekka und die umliegenden Gebiete zu erobern. Der Islam wandelte sich von einer geistlichen Religion in eine politische Revolution."*

Nach der Einnahme von Mekka 630 wurden die Juden und die Christen zu Feinden des "wahren Glaubens" erklärt, die man bekriegen müsse, bis sich jeder Einzelne in demütigender Haltung dem Machtbereich des Islam unterwerfe und den muslimischen Siegern den Tribut entrichte. Die eigentlichen "Heiden" dagegen haben nur die Wahl zwischen der Annahme des

Islam oder dem Tod. Vollwertige Mitglieder der islamischen Gesellschaft konnten nur männliche Muslime sein; Sklaven, Frauen und Ungläubige galten als nicht gleichwertig.

Man muß also festhalten, daß Gewalt im Koran nicht verboten, sondern erlaubt und sogar geboten wird. Auch der meist unvollständig zitierte Vers 32 der 5. Sure *"enthält nur ein Tötungsverbot der Muslime untereinander, das nicht gilt, wenn jemand einen Mord begeht oder Krieg gegen Allah und seinen Gesandten führt und Verderben im Land stiftet."*

Zugleich gebietet Allah auch die gewaltsame Ausbreitung des Islam, die durch den Dschihad geschieht, der gemeinhin "Heiliger Krieg" genannt wird.

*"Sechzig Prozent der Koranverse handeln von Djihad. ... Der Djihad wurde zur grundlegenden Triebkraft des Islam."*

*"Der Djihad ist die Motivation hinter fast jedem terroristischen Akt, der im Namen des Islam verübt wird."*

*"Den Djihad finden wir im Koran als einen zwingenden Befehl an alle Muslime vor. Im Djihad geht es darum, Menschen, die den Islam nicht annehmen, zu unterwerfen. Zur Zeit Mohammeds wurde daher der Djihad regelmäßig gegen Christen und Juden praktiziert, wie auch gegen Menschen, die Götzen verehrten - gegen jeden, der sich nicht zum Islam bekehrte. Jene, die den Islam ablehnen, müssen getötet werden. Wenn sie sich (vom Islam) abkehren, ergreift sie, tötet sie, wo immer ihr sie findet (Sure 4,89)".*

Das Endziel ist erst erreicht, *"wenn auch das Gebiet der Feinde dem Gebiet des Islam angegliedert wird, wenn der Unglaube endgültig ausgerottet ist und wenn sich die Nicht-Muslime der Oberherrschaft des Islam unterworfen haben."*

*"Der Djihad wird geführt, um das letzte Ziel des Islam zu erreichen - eine islamische Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Der Islam ist nicht einfach nur eine Religion; er ist auch eine Staatsform."*

### **Die Gewalt im islamischen Recht**

Da der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern eine die ganze Existenz des Menschen, auch das gesellschaftliche und staatliche Leben überformende Handlungsanleitung, gerinnen die religiösen Vorschriften prägend in das islamische Recht (Scharia), dem neben dem Koran auch die Sunnah, der Brauch, die Tradition, zugrunde liegen.

Allah hat den Menschen unter bestimmten Umständen das Recht übertragen zu töten, so den Kämpfern im Dschihad, die das Recht haben, ihre Feinde zu eliminieren. Die Mudschahedin (die den Dschihad Ausübenden) wurden dabei zur treibenden Kraft der islamischen Glaubens- und Kampfgemeinschaft. Ihnen steht für ihren Einsatz im Dschihad das Recht auf vier Fünftel der Kriegsbeute zu, und sie haben als Einzige die Gewißheit, beim Tod im Dschihad als Shahid sofort den Eintritt ins Paradies zu erhalten, da sie als "Gläubige" einen Vertrag mit Allah geschlossen haben.

Der Dschihad *"als Gemeinschaftsaufgabe bedeutete damit eine ständige Einlösung des Prinzips 'Teilhabe durch Unterwerfung' - Teilhabe am Sieg und an der Beute, deren Verteilung das im Kern von Mohammed geschaffene Beuterecht regelt, und damit Teilhabe an dem Gefühl religiöser Mächtigkeit (Sure 8:17), Teilhabe am Rausch des Todes (50:19), an der Märtyrerehre und am direkten Eintritt ins Paradies, der einem die sonst drohende Folter im Grab ersparte."*

Wesentlicher Bestandteil der Scharia ist auch das Wirken Mohammeds als übergeschichtliche Wahrheit und nachzueiferndes Ideal des irdischen und religiösen Lebens, das in den sogenannten Ahadith-Sammlungen rund 200 Jahre nach seinem Tod wirksam wurde.

*"Mitte des 9. Jahrhunderts war die Zusammenstellung und systematische Ordnung der als authentisch angesehenen Überlieferungen abgeschlossen. Das ... normgebende Verhalten und Vorbild Mohammeds wurde als Sunnah neben dem Koran zur verbindlichen Grundlage des islamischen Rechtes ... erhoben"* und damit viele Aspekte des sozialen islamischen Lebens

geregelt.

### **Die geschichtlichen Eroberungen**

Bereits unmittelbar nach Mohammeds Tod setzte unter den Kalifen (= Nachfolgern des Gottgesandten), den religiös-politischen Führern, eine gewaltige Expansion ein, um dem Gebot des Koran zu folgen, die Welt durch den Dschihad zum Islam zu bekehren.

In fanatischer religiöser Begeisterung eroberten ihre Reiterheere in kurzer Zeit Palästina, Syrien, das mesopotamische Tiefland, das iranische Hochland, das heutige Pakistan und Afghanistan, dann Ägypten und ganz Nordafrika, sowie schließlich ganz Spanien, bis ihr weiteres Vordringen nach Europa von einem europäischen Heer unter Karl Martell in Südfrankreich gestoppt wurde. Einzigartig ist *"die enorme Geschwindigkeit, mit der binnen neunzig Jahren (vom 7.-8. Jahrhundert) ein arabisches Großreich zwischen Südfrankreich und Indien entstand, ohne daß ein einzelner Eroberer die Expansion gelenkt hätte."*

Es war der erfolgreichste Imperialismus der Weltgeschichte. *"Die islamische Geschichte, die mein besonderes Fachgebiet war, war nur als ein einziger blutiger Strom zu charakterisieren."*

*"Die Kriegsregeln des Dschihad sind flexibel. Von der Schonung über Massenversklavung bis zur massenhaften Tötung ist nach Khadduri alles möglich. ... 698 traf es Karthago, 838 Syrakus; der berüchtigte Wesir des Kalifats von Córdoba, Al Mansur, führte in siebenundzwanzig Jahren fünfundzwanzig Feldzüge gegen die christlichen Reiche Nordspaniens, versklavend, vernichtend und verwüstend; es traf Zamora (981), Coimbra (987), León, zweimal Barcelona (985 und 1008), dann Santiago de Compostela (997).*

*Am furchtbarsten verwüsteten die Dschihads das damals noch so städtereiche byzantinische Anatolien; das Massaker von Amorium (838) ist lange ein Fanal geblieben; die städtische Kultur Anatoliens hat sich davon nie wieder erholt. Der Seldschuke Alp Arslan ließ ganze armenische Städte massakrieren, am furchtbarsten 1064 die Hauptstadt Ani. Mehr als berechtigt darum das Urteil von Bat Ye'or: "Die Maßlosigkeit, die Regelmäßigkeit und der systematische Charakter der von den islamischen Theologen zur Norm erhobenen Verwüstungen unterscheiden den Dschihad von anderen Eroberungskriegen."*

*Gewiß, die Massenversklavung blieb das beliebteste Kriegsziel. So entstand schon im achten Jahrhundert die größte Sklavenhaltergesellschaft der Weltgeschichte; sie benötigte eine ständige Zufuhr immer neuer Sklaven; sie transformierte den afrikanischen Kontinent zum größten Sklavenlieferanten, ein Schicksal, welchem Europa knapp entkam."*

*"Seit Beginn der klassischen Zeit zwischen dem neunten und dem elften Jahrhundert teilen die islamischen Juristen die Welt in zwei Teile, nämlich das "Haus des Islam" und das "Haus des Krieges". ... Zwischen diesen beiden Teilen der Welt herrscht naturgemäß so lange Krieg, bis das Haus des Krieges nicht mehr existiert und der Islam über die Welt herrscht (Sure 8, 39 und 9, 41). Daher besteht nach klassischer Lehre für die muslimische Weltgemeinschaft die Pflicht, gegen die Ungläubigen Krieg zu führen, bis diese sich bekehren oder sich unterwerfen."*

Der berühmte Gelehrte Ibn Chaldun im vierzehnten Jahrhundert sagte daher kategorisch: *"Im Islam ist der Dschihad gesetzlich vorgeschrieben, weil er einen universalen Auftrag hat und gehalten ist, die gesamte Menschheit freiwillig oder gezwungen zur Religion des Islam zu bekehren."*

Das Ziel war zugleich die universelle Geltung der politischen Ordnung des Islam, die Herren und Unterworfenen streng absondert und die politische und soziale Ordnung der menschlichen Verfügung weitgehend entzieht.

*"In der Scharia sind die Muslime die Herren, die Anhänger anderer Buchreligionen - Christen, Juden, Parsen, Buddhisten - Unterworfenen, "Dhimmi. ... Die Unterworfenen durften keine Waffen tragen, sie waren wehrunfähig, somit keine vollwertigen Männer.*

*Christen und Juden mußten besondere Farben oder Kleidungsstücke tragen (diese Diskriminierung führte zum Judenstern), um als "Dhimmi" kenntlich zu sein; sie durften nicht auf Pferden reiten, sondern nur auf Eseln, damit sie ständig an ihre Erniedrigung erinnert wurden; sie zahlten einen Tribut (Jizya), den sie persönlich entrichteten, wobei sie einen Schlag an den Kopf erhielten. Sie mußten sich von Muslimen schlagen lassen, ohne sich wehren zu dürfen; schlug ein "Dhimmi" zurück, dann wurde ihm die Hand abgehackt, oder er wurde hingerichtet."*

### **Der Wille zur Welteroberung besteht vielfach fort**

Thomas Tartsch weist auf zwei Vordenker des modernen Dschihad hin, den außerordentlich einflußreichen Pakistaner Sayyid Abul Ala Maududi (1903-79) sowie in dessen Folge den Ägypter Sayyid Qutb (1906-66), Theoretiker der 1928 gegründeten arabisch-sunnitischen Muslim-Bruderschaft.

Maududi propagierte unter Berufung auf den Koran und Mohammed, daß global die vollständige Unterwerfung jedes einzelnen Menschen unter den Willen Allahs erreicht werden müsse. Durch die ausnahmslose Hinwendung aller Menschen zu Allahs irdischer Weltordnung *Scharia* werde das Böse insgesamt und damit jegliches Unrecht endgültig überwunden. Diesen islamischen Idealstaat unter dem Gesetz der *Scharia* gelte es anzustreben. Das sei Allahs Auftrag an die Muslime.

Der *Dschihad* müsse selbstredend auch gewalttätig sein. Wenn für die rechte Führung der Menschheit und die Errichtung des islamischen Idealstaates die Ausübung von Gewalt vonnöten sei, werde sie angewendet. Schuld daran seien die verblendeten Ungläubigen.

Diese Doktrin Maududis vom Dschihad als legitimem Krieg gegen jene Regierungen, die die Unterrichtung des Volkes im wahren Islam verhindern, hatte bedeutende Auswirkungen auf die politischen Bewegungen im Islam, vor allem aber auf Sayyid Qutb. Dieser entwickelte in seiner Schrift "Zeichen auf dem Wege" die Theorie einer Avantgarde von entschlossenen Muslimen, die dem Beispiel Mohammeds und seiner Gefährten folgend alles unternehmen, um die uneingeschränkte Souveränität Allahs auf Erden zu errichten.

So formulierte, wie Egon Flaig aufmerksam macht, der Gründer der Muslim-Bruderschaft Hassan Al Banna konsequent:

*"Dann wollen wir, daß die Fahne des Islam wieder über diesen Landschaften weht, die das Glück hatten, eine Zeitlang unter der Herrschaft des Islam zu sein und den Ruf des Muezzins Gott preisen zu hören. Dann starb das Licht des Islam aus und sie kehrten zum Unglauben zurück. Andalusien, Sizilien, der Balkan, Süditalien und die griechischen Inseln sind alle islamische Kolonien, die in den Schoß des Islam zurückkehren müssen. Das Mittelmeer und das Rote Meer müssen wieder islamische Binnenmeere wie früher werden."*

Das sind die nächsten Schritte der Welteroberung. Die Bruderschaft zählt heute Millionen und hat sich weit über Ägypten hinaus verbreitet. Ihre Intellektuellen agieren in über 70 Ländern, auch in Europa und den USA. Sie "hatte in Deutschland im Jahr 2005 nach Angaben des Verfassungsschutzes Niedersachsen 1.800 Mitglieder." (Wikipedia)

Sie nutzt hier eine Vielzahl 'Islamischer Zentren' für ihre Aktivitäten mit dem vorrangigen Ziel, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für die konsequente Anwendung des Koran und der Sunnah zu gewinnen.

### **Islam und Islamismus sind nicht zu trennen**

Das Vorstehende zeigt, daß Islam und Islamismus nicht zu trennen sind. Der Islamismus greift nur konsequent den Eroberungs- und Unterwerfungsanspruch des Islam auf, dessen gewaltsame Realisierung die Geschichte durchzieht und die im Koran wie in der Sunna, also auch im Vorbild Mohammeds ihre Legitimation findet.

Der Islamwissenschaftler Tilman Nagel macht daher geltend, eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus sei "ohne Erkenntniswert".

*"Islam und Islamismus sind so lange nicht voneinander zu trennen, wie Koran und Sunna als absolut und für alle Zeiten wahr ausgegeben werden."* Der Islam sei von Hause aus - mit Ausnahme der philosophisch-theologischen Richtung der Mu'tazila - fundamentalistisch.

*"Auch wenn es die meisten Muslime nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran."* (Zafer Senocak, türkischer Schriftsteller) Und der Journalist Henryk Broder zieht den Vergleich, der Unterschied zwischen Islam und Islamismus sei so wie der zwischen Alkohol und Alkoholismus.

Es ist richtig, daß die meisten Muslime, auch in Deutschland, still und friedlich ihre Religion ausüben. Sie schöpfen das Potential von Expansion, Gewalt und totaler Gottesherrschaft für ihr Lebensumfeld nicht aus. Aber es kann jederzeit in geeigneten Situationen durch geschulte fanatische Islamisten in ihnen geweckt werden. Das Netz der von Saudi-Arabien und der Türkei finanzierten Moscheen bietet dazu die Möglichkeit und wird ja auch in gewissem Maße bereits genutzt.

Sicher, auch Christen üben Gewalt aus, und in der Geschichte ist im Namen des Christentums viel Leid, Not und Tod verbreitet worden. Doch im Unterschied zum Islam ist im ursprünglichen Christentum die Gewalt nicht veranlagt, und ihre Anwendung bedeutet einen Abfall von der Lehre und dem Vorbild Christi.

Der französische Philosoph Blaise Pascal (1623-1662) schrieb dazu: *"Mohammed hat eine Herrschaft begründet, indem er mordete, Christus, indem er sich morden ließ. Mohammed hat Mittel und Wege gewählt, um nach menschlicher Auffassung zu siegen, Christus, um nach menschlicher Auffassung zu unterliegen."*

Egon Flaig schließt seinen Artikel in der FAZ mit folgender Perspektive:

*"Seine Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sie wiederholen zu müssen. Wer weiterhin das Märchen von der islamischen Toleranz verbreitet, behindert jene muslimischen Intellektuellen, die ernsthaft an jener Reform des Islam arbeiten, die im neunzehnten Jahrhundert so erfolgversprechend begann.*

*Denn er beraubt sie der Chance, eine Vergangenheit zu überwinden, die ansonsten zur abscheulichen Gegenwart zu werden droht. Gelänge es den Reformern, den Islam radikal zu entpolitisieren, dann könnten die Muslime zu wirklichen Bürgern in ihren Staaten werden. Übrig bliebe jene hochgradig spirituelle Religion, die nicht nur Goethe fasziniert hat: Hegel nannte den Islam die 'Religion der Erhabenheit'. Dazu könnte er werden." ...<<*

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 4. Juli 2015 (x1.000/...):

### **>>Der Einfluß der Neuen Weltordnung (NWO) auf die Filmwelt**

... Mit unserer heutigen Sendung gehen wir der Frage nach, wie die Ideologie der sogenannten "Neuen Weltordnung", kurz NWO, die Medien- und Filmwelt beeinflußt beziehungsweise kontrolliert. Der US-Filmmacher und Schauspieler Mike Nichols betonte bereits im Jahr 1999, daß es nur, ich zitiere: "eine Hand voll Menschen seien, die die Medien der Welt kontrollieren.

Weiter sagte er: "Sie erfassen alles: alle Zeitungen, alle Magazine, alle Filme, alles Fernsehen. Es gab einmal eine Zeit, da gab es verschiedene Meinungen, Haltungen in den Medien. Heute gibt es nur eine Meinung, die zu formen vier, fünf Tage dauert, dann ist sie jedermanns Meinung."

Die Medien prägen unser Denken, unsere Gespräche, unsere Emotionen, unser Handeln, unser Streben. Sie schaffen unser Weltbild, sie setzen Werte und Ideale. Sie entscheiden auch darüber, was "gut" und "böse", was "in" oder "out" ist. Dies vermitteln sie nicht nur durch aktuelle Nachrichtensendungen. Emotionen und Ideale werden einem Millionenpublikum insbesondere auch durch Kinofilme vermittelt und vertieft.

Dabei ist deutlich zu beobachten, daß die Verbreitung von Filmen, die den Werten der NWO-Globalisten entgegenstehen, behindert, bekämpft und auf alle Weise zurückgehalten werden.

Gleichzeitig werden jedoch solche Filme, die der NWO-Ideologie entsprechen, massiv gefördert, beworben und mit glanzvollen Prämierungen gezielt zu Kultfilmen erhoben.

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist der Kinofilm "Fifty Shades of Grey", der bereits alle Besucherzahlen der letzten Jahre getoppt hat. "Fifty Shades", inszeniert mit schönen, jungen Darstellern, sanften Stimmen und romantischer Musik, präsentiert der jungen Generation abartige und zerstörerische Sexualpraktiken wie Sadomaso als attraktiv und zeitgemäß. Nur wenige Wochen nach der Kinopremiere lag auch schon die Neuauflage des entsprechenden Buches millionenfach für die Konsumenten bereit.

Und kein halbes Jahr später, also ungewöhnlich früh, lief bereits der flächendeckende DVD-Verkauf an. "Fifty Shades" erfreut sich also einer allgegenwärtigen Präsenz und gelangt nun über die Supermärkte in viele Haushalte, freigegeben durch die FSK ab 16 Jahren. Für 2017 ist bereits "Fifty Shades" Teil 2 angekündigt, der mit dem Titel "Fifty shades darker" beworben wird - zu Deutsch: "um 50 Schattierungen dunkler". Auf die planmäßige Steigerung der Sado-Maso-Gewalt wird das Publikum also heute schon vorbereitet.

Generell fällt auf, daß ein Film offensichtlich dann zur Weltklasse prämiert wird und eine weltweite Werbepräsenz erhält, wenn er ethische und traditionelle Werte ausklammert, beziehungsweise umpolt. Sei es dadurch, daß er Treue, Ehe und Familie als überholt erscheinen läßt oder Gewaltexzesse, Brutalität und Mord als etwas Unterhaltsames, ja sogar Witziges vermittelt. Solches geschieht beispielsweise auch in der ebenfalls prämierten Fernsehsendung "Fargo", in der ein Psychokiller, der brutalste Morde begeht, als humorvoller Held der Serie dargestellt wird.

Doch wie sieht es nun mit Filmen aus, die den Zielen der NWO-Globalisten entgegenstehen, weil sie Gefahren aufzeigen und das wahre Gesicht der NWO deutlich machen? Klagemauer-TV berichtete im April diesen Jahres über das Filmprojekt "Grey State", der im Gegensatz zu "Fifty Shades of Grey" kein Spielfilm ist sondern reale und alarmierende Mißstände dokumentiert. Thema der Dokumentation ist der brutale Polizeistaat USA und die dortigen Massenproteste gegen die eigene Regierung.

Der Film berichtet zudem detailliert über FEMA-Camps. Dabei handelt es sich um mindestens 800 neu errichtete, derzeit noch leerstehende, hochgesicherte Internierungslager in den USA. Es liegt auf der Hand, daß solche Vorkehrungen für die Inhaftierung von Millionen von US-Bürgern dazu dienen, um in Zeiten der Krise einen zunehmenden Widerstand der Bevölkerung mit Gewalt eliminieren zu können.

Die Dreharbeiten zu "Grey State" standen kurz vor der Vollendung, als am 17.01.2015 der leitende Drehbuchautor David Crowley zusammen mit seiner Frau und seiner 5-jährigen Tochter tot in ihrem Haus aufgefunden wurden. Laut Polizeibericht soll es sich um Mord mit anschließendem Selbstmord gehandelt haben. Eine Familientragödie also kurz vor dem Abschluß der Filmarbeiten? Oder wurde hier ein gewichtiger Aufklärungsfilm auf brutale Weise ausgebremst? Tatsache ist: "Grey State" wird nun dem Publikum erfolgreich vorenthalten.

Ein weiteres Film-Beispiel, das den Absichten der NWO entgegensteht, ist der Spielfilm "Kosima - perfekt naiv" von Panorama-Film. Dieser Spielfilm zeigt die Problematik der modernen Schulsexualisierung auf und führt pädophile Triebtäter am Ende noch ihrer gerechten Strafe zu.

Zudem vermittelt die junge Hauptdarstellerin Kosima, wie man Gefahren der Verführung und verderblichen Lehrmeinungen radikal und mutig widerstehen kann, wenn man sich eben nicht manipulieren läßt, sondern allein auf die innere Stimme der Intuition achtet.

Auch dieser Film, der eindeutig moralische Werte vermittelt, scheint den NWO-Globalisten eine Bedrohung zu sein, denn durch die sogenannte "freiwillige Selbstkontrolle der Filmindustrie", kurz FSK, bekam "Kosima" zunächst keinerlei Altersfreigabe, sprich: Totalverbot in der Kinowelt.

Erst nach Einspruch des Regisseurs und der Herausnahme einer speziellen Szene kam es dann doch noch zu der FSK-Freigabe "ab 16 Jahren". Inhalt jener bedeutsamen Szene war eine wahre Begebenheit, die verfilmt wurde. Es ging um die Zeugenaussage eines Polizisten, der mit seinen Großstadt-Kollegen bis zu 30 Mal die Woche ausrücken mußte, um gewalttätige Exzesse von Homosexuellen, Pädophilen oder Transvestiten zu unterbinden.

Zu sehen war eine gerade noch rechtzeitig vereitelte Massenvergewaltigung durch Transvestiten an einer Schülergruppe. Dazu die ernüchternde Aussage einer Polizistin, daß dies mittlerweile zum Alltag gehöre, während die Medien darüber weitgehend schweigen. Die Argumentation der FSK, der Film sei "jugendgefährdend", obwohl er doch gerade die drohenden Gefahren aufzeigt, scheint vor diesem Zusammenhang eher fadenscheinig. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, daß derlei kritische Filme von einem größeren Kino-Publikum und dem damit verbundenen hohen Bekanntheitsgrad möglichst ferngehalten werden sollen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Juli 2015: >>**Ein Staat im Wachkoma**

Die Augenwischerei nimmt kein Ende. Seit nunmehr 70 Jahren phantasieren Politiker und Medien im Widerspruch zur ständigen Rechtsprechung vom Untergang des Deutschen Reiches. Dem liegen Mißverständnisse und bewußte Falschinformationen zu Grunde, wie sich gerade wieder gezeigt hat.

Die Linken im Bundestag hatten sich Anfang Juli erhofft, daß ihre Rechtsauffassung endlich bestätigt und der aus ihrer Sicht gefährliche Geschichtsrevisionismus vermeintlich rechter Kreise eine Abfuhr bekommen würde. Dann kam alles anders. In einer kleinen Anfrage baten unter anderem die linken Abgeordneten Andrej Hunko, Niema Movassat, Alexander S. Neu, Azize Tank und Sarah Wagenknecht am 27. Mai 2015 um Aufklärung bezüglich der weiterhin gültigen Rechtsetzung des Bundesverfassungsgerichtes.

Die Frage war: "Gedenkt die Bundesregierung für Klarheit zu sorgen und die These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches öffentlich als unhaltbar zurückzuweisen, damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der sogenannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann?"

Das höchste deutsche Gericht hatte in einem Grundsatzurteil 1973 festgestellt, daß "das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist". Es besäße nach Ansicht der damaligen Richter "nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig".

Die Bundesrepublik Deutschland sei dementsprechend nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, "sondern als Staat identisch mit dem Staat Deutsches Reich - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings teilidentisch."

Es sind diese kryptischen Formulierungen, die nach wie vor bei vielen Linken und Otto-Normal-Abgeordneten für Unmut und Stirnrunzeln sorgen. Kaum jemand begreift aber, was hier wirklich gemeint ist und welche Auswirkungen dieses Urteil, das seither mehrfach bestätigt und auch schon in einer kleinen Anfrage von Februar 2015 unterstrichen worden ist, wirklich hat.

Im Lichte der heutigen Besatzungssituation Deutschlands, bedingt durch die fortgeltenden Besatzungsstatute und Vorbehaltsrechte der Alliierten, die in Deutschland Militärbasen, amerikanische Atomwaffen und grenzenlose Spionage überhaupt erst möglich machen und vor dem Hintergrund, daß Deutschland nach wie vor bei den Vereinten Nationen als Feindstaat geführt, keine Verfassung, kein gültiges Grundgesetz und keinen Friedensvertrag hat, läßt sich das Fortbestehen des Deutschen Reiches nur so verstehen, wie Wolfgang Schäuble es im November 2011 formulierte: "Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Das ist mittlerweile vielen klar geworden, besonders seit der NSA-Affäre, was allerdings die Konsequenzen dieser Aussage sind, verstehen nach wie vor die Wenigsten. Wenn Deutschland seither kein souveräner Staat mehr gewesen ist, dann deshalb, weil der einzig legitime Staat auf deutschem Territorium, der jemals souverän gewesen ist, daß Deutsche Reich war, das nach Auffassung der Richter in den letzten völkerrechtlich verbindlichen Grenzen vom 31. Dezember 1937 Bestand hatte. Dieses Deutsche Reich konnte nicht einfach untergehen oder von einer sogenannten Bundesrepublik vereinnahmt werden.

Erinnert wird hier an die Worte von Theo Waigel beim Schlesiertreffen in Hannover im Juli 1989, der seinerzeit formulierte: "Durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen." Das heißt: Der legitime Staat, auf dem wir uns heute befinden heißt nicht Bundesrepublik Deutschland sondern immer noch Deutsches Reich. Das hat nichts mit Geschichtsrevisionismus und noch viel weniger etwas mit braunem Gedankengut zu tun - obwohl allein der Name "Reich" bei vielen unwillkürliche Beißreflexe auslöst.

Hier geht es nicht um die Wiederherstellung des sogenannten Dritten Reiches, sondern um das Anknüpfen an die letztgültige und in freier Art und Weise erlassene Deutsche Verfassungsordnung von 1871. Die tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte gebietet, daß man sich an ihr orientiert, wenn man die Besetzung Deutschlands aufheben und wieder zum Recht und zum Frieden zurückfinden will.

Daß das Bundesverfassungsgericht sich damals anmaßte, die BRD als identisch mit diesem souveränen Deutschen Reich zu bezeichnen, ist als Täuschung wahrzunehmen, denn die BRD war, besonders wenn man die historische Situation während des Urteils 1973 bedenkt, weder souverän, noch wiedervereint, noch in irgendeiner anderen Weise dazu befähigt, über den völkerrechtlichen Zustand des besiegten Deutschen Reiches zu bestimmen. Darauf weist auch die Formulierung hin, das Deutsche Reich besäße nach wie vor "Rechtsfähigkeit", sei aber nicht "handlungsfähig".

Das geht nur deshalb zusammen, weil die Siegermächte völkerrechtlich nicht im Stande waren, den legitimen Deutschen Staat (dessen Geschichte weit über die zwölf dunklen Jahre hinausweist) vollends aufzulösen. Also installierten sie ein Besatzungskonstrukt oben drauf. Zuerst in vier Besatzungszonen aufgeteilt, dann zu zwei deutschen Teil-Verwaltungen (BRD und DDR) zusammengefaßt, dann ab 1989 wieder zusammengefügt, gab es nie den Moment, an dem ein von den Siegermächten errichtetes Staatskonstrukt das Deutsche Reich abgelöst hätte.

Das war völkerrechtlich unmöglich. Was aber möglich war, war die Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches sicherzustellen - bis heute geschieht dies auf verschlungenen Pfaden (siehe sog. Bereinigungsgesetze).

Seit der militärischen Niederlage 1945 liegt das Deutsche Reich - das sich aus Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsverfassung und Staatsgewalt zusammensetzte - im Wachkoma. Die Bundesrepublik Deutschland, nach Aussage der Väter des Grundgesetzes ein Besatzungskonstrukt ohne Verfassung, die den ehemaligen Siegermächten ihre Befugnisse sichern und daher nur als Verwaltungsgebiet angesehen werden kann, war ebenso wie Deutsche Demokratische Republik nie ein Staat im eigentlichen Sinne. Der Hauptgrund dafür ist der, daß sie beide 1949 durch die Alliierten gegründet worden sind und bis zum Schluß dem Diktat der Sieger unterlagen.

Bei der sogenannten Wiedervereinigung wurde das Deutsche Reich nicht wiederhergestellt, sondern lediglich zwei Verwaltungskonstrukte zusammengeführt, ohne dabei aber das Besatzungsrecht tatsächlich aufzuheben, wie aus den Klauseln des Zwei-plus-vier-Vertrages deutlich wird, der noch Teile des Überleitungsvertrages von 1954/55 fortbestehen ließ. Explizit wurde damit 1989/90 sichergestellt, daß die USA als Hauptsiegermacht weiterhin ihre Befu-

gnisse über Deutschland behalten würde.

Tatsächlich geht es auch überhaupt nicht um einen sogenannten Gebietsrevisionismus, wie die Linke in ihrer Anfrage befürchtet. Der ehemalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher gab in seinen Memoiren ("Erinnerungen" 1995) zu, daß die damalige Bundesregierung bei den Verhandlungen zum Zwei-plus-vier-Vertrag 1990/91 ausdrücklich darauf verzichtet hatte, die Frage der endgültigen Grenzziehung zu regeln. Die sollte nach vorherigen Absprachen einer endgültigen Friedensregelung vorbehalten bleiben, die aber nie zustande kam.

Der Grund: Genscher erklärte in eklatanter Übertretung seiner parlamentarischen Befugnisse am Verhandlungstisch mit den polnischen Vertretern: "Die Bundesregierung schließt sich der Erklärung der vier Mächte an und stellt dazu fest, daß die in der Erklärung der vier Mächte erwähnten Ereignisse und Umstände nicht eintreten werden, nämlich daß ein Friedensvertrag oder eine friedensvertragsähnliche Regelung nicht beabsichtigt sind."

Der sogenannte Gebietsrevisionismus ist aus diesem Blickwinkel heraus nicht eine gefährliche, kriegerische Aggression, die den ehemaligen Kriegsgegnern etwas wegnehmen will - Im Gegenteil: Zuallererst geht es um einen Friedensvertrag, der die Grenze Deutschlands im Osten, die de facto längst gezogen und für die Millionen Deutsche von ihrem Land vertrieben worden sind, auch rechtlich endlich feststellt.

Das wäre der erste Schritt zu einem echten Friedensvertrag für Deutschland! Käme dieser zustande, wären das US-Militär und sein Geheimdienstapparat nicht länger befugt, uns als Feindstaat und Kriegsbeute zu behandeln. Auch wäre damit der Existenz der Vereinigung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges - den Vereinten Nationen - die Existenzgrundlage entzogen. So ließe sich die Neue US-dominierte Weltordnung noch abwenden.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Juli 2015 (x892/...): >>"Linkssprechung" setzt sich weiter durch

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Eltern die ihre Kinder, wie im Grundgesetz vorgesehen, selbst erziehen wollen, dürfen dafür vom Staat keine finanzielle Unterstützung bekommen. Diese Unterstützung steht nur Eltern zu, die ihre Kinder der staatlichen Zwangserziehung in KITAS und sonstigen Einrichtungen überlassen.

Das Bundesverfassungsgericht hat heute Vormittag zur großen Freude der vereinigten Linken das Betreuungsgeld als verfassungswidrig gekippt. Zur Begründung führte das Gericht das lächerliche Argument, ein solches Gesetz sei nicht in der Kompetenz des Bundes. Gleichzeitig ist der massive, mit gewaltigen Milliarden betriebene Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung in KITAS aber durchaus Aufgabe des Bundes.

Der einzige Grund, daß der Bund in diesem Bereich eingreift, so das Gericht, sei die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland. Dies werde aber durch ein Betreuungsgeld für selbst erziehende Eltern nicht erreicht.

Gleichheit gibt es offenbar nur, wenn der Staat die Erziehung selbst übernimmt. So heißt es zur Begründung weiter, daß das Betreuungsgeld keine Mißstände bei Kita-Angeboten ausgleiche, weil die Zahlung nicht davon abhängt, ob ein Betreuungsplatz vorhanden ist, sondern nur davon, daß Eltern ihn nicht in Anspruch nehmen.

Wie weit sich das Bundesverfassungsgericht in der Familienpolitik bereits vom Grundgesetz entfernt hat (so auch in Fragen der Abtreibung, der Gender Mainstreaming Ideologie etc.), zeigt sich unter anderem daran, daß das Urteil einstimmig verkündet wurde.

Natürlich wird man argumentieren, daß das Elternrecht auf Erziehung der Kinder nicht eingeschränkt wird, wenn Eltern, die dieses Recht wahrnehmen, dadurch finanziell benachteiligt werden. Das gleiche Argument wurde bereits in Bezug auf die "Homo-Ehe" angewendet: Die Ehe wird nicht dadurch herabgesetzt, daß Jede(r) Jede(n) heiraten kann ...

Der Freistaat Bayern hat angekündigt, daß Betreuungsgeld durch ein eigenes Gesetz weiter auszuzahlen.<<

Der deutsche Autor Thilo Sarrazin (Volkswirt und ehemaliger SPD-Politiker, von 2002-2009 Finanzsenator im Berliner Senat) berichtete am 2. September 2015 in der schweizerischen Wochenzeitung "DIE WELTWOCHEN" über die kulturelle und ethnische Umwandlung Europas (x884/...): >>>Europa schafft sich ab

Als vor fünf Jahren mein Buch "**Deutschland schafft sich ab**" erschien, waren die Analysen und Schlußfolgerungen darin für viele Politiker und Journalisten ein Skandal. Ich mußte viele persönliche, auch ehrverletzende Angriffe erdulden. Die in dem Buch beschriebenen Fakten und Zusammenhänge wurden jedoch konkret nie widerlegt. Die meisten Kritiker scheuten davor zurück, sich mit ihnen näher zu befassen. Die Fakten und Trends, die ich beschrieb, waren nicht neu. Neu war der Zusammenhang, in den ich sie stellte.

1 - Die seit 45 Jahren stabile Geburtenzahl von rund 1,3 Kindern pro Frau bedeutet, daß jede Generation um ein Drittel kleiner ist als die vorhergehende. Das deutsche Volk altert nicht nur. Ein Anhalten dieses Trends bedeutet vielmehr, daß es sich quasi aus der Geschichte weg-schrumpft.

2 - Die Kinderzahl in Deutschland ist um so niedriger, je einkommensstärker, gebildeter und intelligenter die Eltern sind. Deshalb sinken das intellektuelle Potential und die potentielle Bildungsleistung noch schneller als die Zahl der Geburten. Für diese schiefe Geburtenstruktur ist die spezifische Konstruktion des deutschen Sozialstaats einschließlich des Familienlastenausgleichs wesentlich mitverantwortlich.

3 - Die demografische Alterung und das Absinken des intellektuellen Potentials in Deutschland bedrohen langfristig die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in Deutschland.

4 - Einwanderung wäre nur dann eine Hilfe, wenn Bildungsleistung und Qualifikationen der Einwanderer durchschnittlich über dem deutschen Mittelwert lägen. Wegen der spezifischen Struktur der Einwanderung in Deutschland - vorwiegend aus Nah- und Mittelost sowie Afrika - ist dies aber nicht der Fall. Vielmehr senkt diese Struktur der Einwanderung das durchschnittliche Niveau der Bildungsleistung in Deutschland.

5 - Weltweit gibt es zwischen unterschiedlichen Gruppen von Einwanderern signifikante gruppenbezogene Unterschiede, die sich auch in den nachfolgenden Generationen nur langsam abbauen, wenn überhaupt. Generell gilt: Einwanderung aus Fernost erhöht die durchschnittliche Bildungsleistung und das Qualifikationsniveau der aufnehmenden Gesellschaft. Einwanderung aus der Türkei, Afrika, Nah- und Mittelost senkt die durchschnittliche Bildungsleistung und das Qualifikationsniveau der aufnehmenden Gesellschaft.

6 - Maßgeblich für Qualifikationsniveau und Bildungsleistung von Einwanderern ist ihre Herkunftskultur. Deren Prägung hält über Generationen hinweg an und wird quasi kulturell vererbt. Muslimische Prägung von Kulturen wirkt sich negativ auf das durchschnittliche Qualifikationsniveau und die durchschnittliche Bildungsleistung von Einwanderern und ihrer Nachkommen aus. Dies ist bedeutsam, weil der Anteil dieser Gruppen an den Geburten in Deutschland stark anwächst.

7 - Die Geburtenraten der muslimischen Einwanderer sinken zwar mit der Zeit, bleiben aber tendenziell höher als jene der aufnehmenden Gesellschaft. Die dadurch bewirkte Dynamik in der ethnischen Zusammensetzung und kulturellen Ausrichtung der Bevölkerung in Deutschland wird weit unterschätzt. Diese Art von Einwanderung hält die Schrumpfung der Bevölkerung in Deutschland nur um den Preis einer tiefgreifenden und unwiderruflichen kulturellen Veränderung auf.

Auf meine Thesen reagierten die einen mit Bestürzung, die anderen mit Empörung, viele aber auch mit Unglauben und vagem Optimismus. Fünf Jahre später stellen sich die damaligen Analysen und Projektionen leider als richtig heraus. Wo es Abweichungen gab, kam es eher noch schlimmer als von mir befürchtet.

- Die überdurchschnittliche Kriminalität muslimischer junger Männer hält an, ebenso tun es die Unterschiede in der Bildungsleistung, bei der Transferabhängigkeit und der Arbeitsmarkt-beteiligung.

- Überdurchschnittlich bleiben auch die Geburtenzahlen. Die Segregation in bestimmten Stadtteilen wächst weiter, der Fundamentalismus unter jungen Muslimen nimmt zu.

- Gleichzeitig wachsen radikale Tendenzen in der muslimischen Minderheit, wie die Ausbreitung des Salafismus zeigt. So wurde das Potential herangezüchtet, das Tausende in Deutschland lebende junge Muslime dazu bewog, sich in Syrien und im Irak dem Terrorregime des IS zur Verfügung zu stellen.

Vor fünf Jahren hatte ich in meinen Berechnungen nur sehr vorsichtige Annahmen für die künftige Einwanderung aus dem islamischen Kulturkreis unterstellt. Ich nahm an, daß durchschnittlich jährlich 100.000 Muslime nach Deutschland einwandern würden. Zusammen mit dem veränderten Altersaufbau - mehr Junge - und der höheren Geburtenrate der bereits in Deutschland lebenden Muslime reicht das aber aus, um die deutsche Bevölkerungsstruktur innerhalb weniger Generationen zum Kippen zu bringen. Hätte ich Einwanderungszahlen unterstellt, wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre ich der Fantasterei und der unseriösen Schwarzmalerei bezichtigt worden.

In allen europäischen Ländern mit muslimischen Minderheiten beobachten wir parallele Entwicklungen. Es ist offenbar gleichgültig, ob die Muslime vor allem aus der Türkei und Nahost stammen wie in Deutschland, aus Nordafrika wie in Frankreich oder aus Pakistan und Bangladesch wie in Großbritannien. Unterschiedlich sind die Reaktionen der nationalen Politik.

- Sehr früh - angestoßen durch die Morde an Theo van Gogh und Pim Fortuyn - ist die Stimmung in den Niederlanden umgeschlagen. Die etablierten Parteien versuchen, durch eine robuste Politik möglichst viele Wähler von einer Unterstützung des fremdenfeindlichen Geert Wilders abzuhalten. Die jüngsten Manöver Angela Merkels wurden in den Niederlanden besonders kritisch kommentiert.

- In Großbritannien ist die Stimmung über alle Parteigrenzen hinweg mittlerweile einwanderungskritisch geworden, und das Land versucht mit Erfolg, sich von der gegenwärtigen Einwanderungswelle abzuschotten. Die Unterschiede in der Einwanderungspolitik könnten den entscheidenden Anstoß dafür geben, daß Großbritannien aus der EU ausscheidet.

- In Frankreich hat der Front national mittlerweile unter den jungen Erwachsenen den höchsten Stimmenanteil, manche sehen ihn schon bei vierzig Prozent. Die allgemeine Lähmung der französischen Politik zeigt sich besonders deutlich in der Einwanderungsfrage: Man möchte zu den Guten gehören, aber noch mehr Einwanderung aus Afrika und Nahost möchte man nicht.

- Italien und Griechenland üben sich in der Kunst des Durchwinkens nach Norden, und je besser ihnen das gelingt, um so mehr Flüchtlinge brechen zu ihren Küsten auf.

- (In) Dänemark hat die einwanderungskritische Dänische Volkspartei mittlerweile alle anderen Parteien überflügelt. Dänemark versucht seine Grenzen jetzt dicht zu halten, und das Zähneknirschen in der Bevölkerung wegen der gewaltigen Probleme mit den bereits eingewanderten Arabern ist überall vernehmlich zu hören.

- Schweden versucht unbeirrt, seine Art von Willkommenskultur zu leben. Da stört es nicht, daß sich die Einwanderungspolitik des Landes schon in schlechteren Pisa-Ergebnissen niederschlägt und Asylbewerber durchschnittlich sieben Jahre brauchen, bis sie in den Arbeitsmarkt integriert sind. Mittlerweile stehen die einwanderungskritischen Schwedendemokraten in den Umfragen bei zwanzig Prozent, aber sie finden keine Verbündeten, weil die Einwanderungsfrage zur Wahl zwischen Gut und Böse stilisiert wird.

- Angela Merkel versucht gegenwärtig offenbar, Deutschland in der Einwanderungsfrage zu einem großen Schweden zu machen. Mich beängstigt es, daß ich in ihrer Einwanderungspoli-

tik keine Ratio erkenne. Und ich weiß gar nicht, was ich schlimmer finden soll: daß sie vielleicht gar nicht weiß, was sie da tut, oder daß sie es mit Wissen und Bedacht gegen die Interessen des deutschen Volkes tut. Angela Merkel scheint hier in einer ganz eigenen Welt zu leben. Vor einigen Tagen wies sie in einer Podiumsdiskussion die Mitverantwortung für den Terror des IS den Deutschen zu, weil von deutschem Boden so viele islamistische Terroristen nach Syrien aufgebrochen seien.

Die naheliegende Folgerung, daß es ohne vorherige muslimische Einwanderung nach Deutschland auch keine muslimischen Terroristen aus Deutschland geben könnte, kam ihr offenbar nicht in den Sinn.

- ... In der Schweiz ist die einwanderungskritische SVP schon seit längerem recht stark, in Österreich wird die von vielen als rechtspolitisch kritisierte ÖVP bei den nächsten Wahlen wohl stärkste Partei werden.

- Das an der Außengrenze des Schengenraums gelegene Ungarn versucht die Kontrolle über seine Grenzen wiederzugewinnen. Es rollt zu diesem Zweck Stacheldraht aus und setzt Wasserwerfer ein. Dafür muß sich sein Regierungschef Viktor Orbán viele Beschimpfungen anhören. Aber er gehört in der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage gegenwärtig zu den wenigen europäischen Politikern, die sich nicht scheuen, logisch zu denken und gemäß ihren Einsichten auch zu handeln.

Zur Einordnung der derzeitigen Situation und zur Frage der künftig richtigen Politik scheinen mir vier Gedanken zentral zu sein.

1. Spontane Hilfsbereitschaft, Empathie und Barmherzigkeit sind grundsätzlich positive Antriebe. Menschen, die ihnen folgen, sollten stets gelobt und dürfen nie getadelt werden. Das bringt aber jene, die vernünftige und begründete Einwände erheben und eine andere, restriktivere Politik wollen, von Anfang an in eine moralische Schieflage.

Man muß es leider so sagen: Die emotionale Macht der Bilder erstickt die Betätigung der kritischen Vernunft, und dagegen ist offenbar kein Kraut gewachsen. Die einzige denkbare Heilung davon mag ich mir gar nicht wünschen: nämlich daß negative Erlebnisse und Erfahrungen mit den Folgen der Hilfsbereitschaft diese in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Das wäre mit sehr unschönen Begleiterscheinungen verbunden, niemand kann das ernsthaft wollen.

2. Spontan finden die vielen guten Menschen mit der Bundeskanzlerin an der Spitze den Gedanken abscheulich, Menschen durch Mauern und Zäune von ihrem Streben nach Glück abzuhalten. Darum sollen grundsätzlich alle nach Europa kommen dürfen, die einen Asylgrund haben, also achtzig Prozent der Menschheit. Der einzige legitime Weg, sie davon abzuhalten, besteht aus dieser Sicht darin, in ihren Heimatländern die Gründe für ihren Wunsch zur Flucht und zur Auswanderung zu beseitigen.

Dies aber wiederum ist unreal: Politische, soziale und wirtschaftliche Probleme können immer nur in den betreffenden Ländern selbst, niemals aber von außerhalb gelöst werden. Für Europa ist es aussichtslos, überall in der Welt die Ursachen von Flucht- und Auswanderungswünschen zu bekämpfen. Aussichtsreich ist es allein, sich vor den Folgen dieser Wünsche durch Abschirmung zu schützen.

Holland zum Beispiel liegt seit Jahrhunderten zu siebzig Prozent unter dem Meeresspiegel. "Ursachenbekämpfung" bestünde darin, den Spiegel der Nordsee abzusenken. Das ist aber unreal, deshalb ist Holland von Deichen umgeben. Kleinere Undichtigkeiten dort gibt es immer, mit ihnen kann man umgehen. Größere Risse reißen um so mehr auf - bis hin zum Deichbruch - und setzen einen um so größeren Strom in Gang, je weniger man den Anfängen wehrt. Deshalb müssen die Grenzen Europas umfassend gesichert sein, nur so bleiben Einwanderungsströme beherrschbar.

Deren Potential ist übrigens ungeheuerlich, wenn die Grenzen offen sind: Allein in Subsahara-Afrika wächst die Bevölkerung jedes Jahr um 29 Millionen. Sie hat sich dort seit dem Ende

des Kolonialzeitalters vor fünfzig Jahren auf knapp eine Milliarde vervierfacht und wird sich gemäß der Uno-Prognose bis zum Ende des Jahrhunderts erneut auf dann zumal vier Milliarden vervierfachen.

3. Die Zuwanderung im Rahmen der jetzigen Flüchtlingswelle hat einen ganz anderen Charakter als die erste Zuwanderungswelle im Rahmen des Gastarbeiterzuzugs: Damals wanderten ausgewählte Arbeitskräfte auf sichere Arbeitsplätze ein - für vorwiegend einfache Tätigkeiten in der Industrie, die es heute so gar nicht mehr gibt.

Die Probleme entstanden, als die meisten dieser Arbeitsplätze durch den Strukturwandel entfielen, und sie entstanden durch den Familiennachzug. So wurden aus 700.000 türkischen Gastarbeitern in Deutschland nach dem Anwerbestopp 3,5 Millionen türkischstämmige Einwohner in Deutschland. Und aus höchstens 100.000 Arabern in Deutschland in den siebziger Jahren wurden bis heute eine Million.

Jeder junge Mann aus Nahost und Afrika, der jetzt einwandert, bedeutet über Kettenwanderung, Familiennachzug und natürliche Fruchtbarkeit mindestens fünf Einwohner dieser ethnischen und religiösen Gruppe in zwanzig Jahren. Die eine Million, die voraussichtlich in diesem Jahr nach Deutschland aus dem Nahen Osten und Afrika einwandert, ist also tatsächlich die Vorentscheidung für fünf Millionen. Und die 500.000 Einwanderer jährlich ab dem nächsten Jahr, über die Sigmar Gabriel so leichtsinnig sprach, bedeuteten nach dieser Formel tatsächlich 2,5 Millionen.

Die Prognosen aus "Deutschland schafft sich ab" werden sich so um Jahrzehnte eher erfüllen, als ich das vorausgesehen hatte, und sie werden analog für alle europäischen Länder gelten, die eine ähnliche Einwanderung zulassen. Das würde in nur wenigen Jahrzehnten eine kulturelle und ethnische Transformation des abendländischen Europa bedeuten, die seinem Untergang gleichkommt (ähnlich, wie das Oströmische Reich im Osmanischen Reich unterging).

4. Der größte Teil der Zuwanderer aus der Flüchtlingswelle und ihres Familiennachzugs wird für lange Zeit auf Transferzahlungen angewiesen sein und als Gruppe (genau wie die heute bei uns lebenden Türken und Araber) Jahr für Jahr weitaus mehr staatliche Leistungen kosten, als er für die öffentlichen Kassen erbringt. Die aufnehmenden Gesellschaften werden dadurch ärmer und nicht reicher. Die Bewältigung künftiger demografischer Lasten aus der europäischen Geburtenarmut wird dadurch erschwert und nicht erleichtert.

Die offene Debatte über diese Fragen wird überall in Europa von den politischen Parteien der sogenannten Mitte mit Bedacht verweigert und verschleppt. Durch Problemlögnung will man verhindern, daß Parteien rechts von der Mitte oder am sogenannten rechten Rand Auftrieb bekommen und den traditionellen Machthabern das Wasser abgraben. Es ist sehr zu hoffen, daß zumindest diese Taktik bald an der durch krasse Fehlentscheidungen geschaffenen kruden Wirklichkeit zerbricht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. September 2015:

#### >>**Von Hiroshima zu Euroshima**

Die USA wollen auch auf unserem Kontinent wieder nuklear aufrüsten: Wie in den 1980er Jahren wird die Stationierung von Marschflugkörpern geplant. ...

Was die Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis nimmt: Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen Rußland wird bereits geprobt! Zum Beispiel im Manöver Steadfast Noon im Oktober 2014: Kampfflugzeuge aus sieben NATO-Staaten starteten von der Luftwaffenbasis Ghedi Torre in Norditalien, wo etwa 20 US-Atombomben gebunkert sind. Getestet wurde die sogenannte nukleare Teilhabe: Trägerstaaten aus Staaten wie der Bundesrepublik, die selbst auf Massenvernichtungswaffen verzichtet haben, werden im Ernstfall mit US-Nuklearsprengköpfen bestückt. ...

In einer aktuellen Studie fordert das regierungsnahen Polish Institute for International Affairs einen "radikalen Wechsel im bürokratischen NATO-Herangehen in Bezug auf Atomwaffen".

Die NATO solle nicht nur insgeheim den Atomwaffeneinsatz üben - genannt wird die Beteiligung von strategischen B-52-Bombern am Ostsee-Manöver Baltops im Juni 2015 -, sondern das auch offensiv kommunizieren. Um eine "atomare Botschaft" an Moskau zu schicken, sollten in solche Testläufe "so viele Alliierte wie möglich" einbezogen werden.

Parallel will das Pentagon "implizit - wenn auch nicht explizit erklärt - die Fähigkeit von US-Atomwaffen verbessern, militärische Ziele auf russischem Territorium zu zerstören" (AP, 4.6.2015). Genau dazu dürften die neuen Cruise Missiles in Europa dienen. Man bedenke: Es geht hier um "pre-emptive strikes", also um "vorbeugende Schläge", noch bevor Rußland NATO-Territorium attackiert hat, also um einen Angriffskrieg mit Atomwaffen! Aber das paßt ja zur Aussage von General Joseph Dunford, ab September 2015 Nachfolger von Dempsey im US-Oberkommando, der die "Atommacht Rußland ... für gefährlicher als die Terrormiliz Islamischer Staat hält". (Focus, 15.7.2015) ...<<

Die Tageszeitung "Westfälische Nachrichten" berichtete am 6. September 2015: >>**Flüchtlinge - Deutschland öffnet seine Grenzen**

Dank einer Ausnahmeregelung sind am Wochenende weit mehr als 10.000 Menschen aus Ungarn über Österreich nach Deutschland gekommen - bis zum späten Sonntagabend wurden insgesamt mehr als 20.000 erwartet.

Sie saßen zuvor zum Teil tagelang in Ungarn fest. Bei ihrer Ankunft in Deutschland waren viele entkräftet. Hunderte Menschen - etwa am Hauptbahnhof in München - empfingen die Flüchtlinge mit Applaus.

Zuvor hatte sich die Lage in Ungarn weiter zugespitzt. Am Budapester Ostbahnhof hatten Tausende tagelang kampiert. Viele von ihnen machten sich zu Fuß in Richtung österreichische Grenze auf. Angesichts der dramatischen Situation vereinbarten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr österreichischer Amtskollege Werner Faymann in Absprache mit der ungarischen Regierung eine Ausnahmeregelung. Demnach durften die Flüchtlinge ohne bürokratische Hürden und Kontrollen einreisen. Wien verwies auf eine "Notlage" an der ungarischen Grenze.

Ungarn stellte Busse bereit und brachte die Flüchtlinge bis zur österreichischen Grenze. Züge, darunter auch viele Sonderzüge, brachten die Menschen schließlich nach Deutschland - das wichtigste Anlaufziel war der Hauptbahnhof in München. Alleine am Samstag reisten 7.000 Flüchtlinge per Zug über München nach Deutschland ein. Rund 2.500 Menschen wurden direkt in andere Bundesländer weitergeleitet.

In Ungarn selbst leerten sich die Flüchtlingslager nach und nach. Nach wie vor reisten Flüchtlinge jedoch zur österreichischen Grenze, um von dort weiter nach Westen zu kommen.

Aus Serbien kamen indes deutlich weniger Flüchtlinge nach Ungarn. Laut ungarischen Medien dürfte das Regenwetter ein Grund dafür sein. Am Sonntag zeichnete sich allerdings wieder ein Anstieg ab.

Gestern berieten die Spitzen der großen Koalition in Berlin über Konsequenzen aus der Flüchtlingskrise.

### **So viele Flüchtlinge wie noch nie nach NRW**

Mit Applaus und Willkommen-Plakaten sind mehr als 1.000 Flüchtlinge in Dortmund begrüßt worden. Die Kinder, Frauen und Männer, die über Ungarn nach Deutschland auf dem Weg waren, kamen mit zwei Zügen im Hauptbahnhof der Stadt an. Hunderte Menschen bereiteten ihnen einen herzlichen Empfang.

Innenminister Ralf Jäger ging davon aus, daß am Sonntag so viele Flüchtlinge nach NRW gekommen sind wie noch nie an einem Tag. Die meisten Flüchtlinge wurden anschließend auf Kommunen verteilt. Die Bezirksregierungen richteten Krisenstäbe ein.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. September 2015: >>**Die Blitzwende der Flüchtlingskanzlerin**

Der Entschluß der Kanzlerin, Tausende Syrer aus Ungarn einreisen zu lassen, wirkte wie eine Ad-hoc-Entscheidung. Aber ihre Haltung in der Flüchtlingsfrage ist das Ergebnis jahrelanger Planspiele.

In der Generaldebatte im Bundestag war die Flüchtlingskrise das große Thema. Linken-Fraktionschef Gysi gab der Bundesregierung eine Mitschuld an der Lage. Merkel verteidigte die Politik der großen Koalition.

Angela Merkel hat am Mittwoch im Bundestag Sätze gesagt, die auf sie selber gemünzt zu sein schienen. "Wir erleben immer wieder, daß es in Europa Herausforderungen gibt, bei denen es ganz besonders auf uns ankommt, auf Deutschland, auf Deutschlands Kraft und auf Deutschlands Stärke", sagte sie.

Und: "Wir wissen: Auch in der Euro-Krise haben wir nicht immer alle zusammengestanden, sondern da stand Deutschland manchmal ganz schön alleine da, so jedenfalls meine Erinnerung. Aber was wir immer wieder erlebt haben - das sollte uns Mut machen -, ist, daß es genau diese Bereitschaft und diese Kraft Deutschlands sein kann, die schließlich den Weg für eine europäische Lösung freimacht."

Im Kern erhob Merkel einen deutschen, genau gesagt sogar ihren eigenen Alleingang zum Führungsprinzip. Sie selbst würde das vehement bestreiten und stets sagen, es gehe um den gemeinsam verabredeten Weg zu Entscheidungen, die von allen getragen werden. Aber die Kraft und Stärke Deutschlands als Schlüsselfaktor für derartige Entscheidungen zu bezeichnen - das hat sich in ihrem Amt lange niemand mehr getraut.

### **Applaus von allen Seiten**

Es war ein Auftritt, bei dem Merkel vier Mal Applaus aus allen Fraktionen des Bundestages bekam - Union, SPD, Grüne, Linkspartei. In ähnlich angespannten Situationen, zum Beispiel bei Merkels Regierungserklärungen zur Bankenkrise oder zur Energiewende, gab es kein einziges Mal beziehungsweise nur einmal einen so breiten Beifall.

Angela Merkel hat es geschafft, das Wirken ihrer angeblich so undemokratisch großen Regierungskoalition als einen Segen für Deutschland darzustellen. Das muß ihr erst einmal jemand nachmachen - besonders bei einem so brisanten Thema wie der Zuwanderung.

Merkels Entschluß, zusammen mit Österreich die EU-Abreden über das Weiterreiseverbot von Flüchtlingen außer Kraft zu setzen, war eine ähnliche Blitzwende wie nach dem Reaktorunfall von Fukushima. Wieder einmal zeigte die Bundeskanzlerin, daß sie dem Satz folgt, Gesetze seien für Menschen da und nicht umgekehrt. So hatte es auch schon Helmut Schmidt 1962 bei der Hamburger Flutkatastrophe gehalten, als er kurzerhand das Verbot inländischer Bundeswehreinätze ignorierte.

Es gibt immer Kritiker, die solche Flexibilität für den Präzedenzfall gesetzloser Zustände halten, und so ist es auch diesmal. Die Reiseerlaubnis für die in Ungarn gestrandeten, nach Deutschland drängenden Flüchtlinge sei reine Gefühlspolitik. Die Bundesregierung habe sich von Aufsässigen erpressen lassen. Auch bei vielen anderen Themen gewinne künftig, wer genügend eindrucksvolle Fernsehbilder produziert. Solche Gedanken sind oft zu hören.

Die CSU nimmt diese Stimmungen mit ihrer scharfen Kritik an Merkels Entscheidung auf. Sie habe die CSU mit der Aufenthaltsbewilligung einfach überrollt, sagen CSU-Politiker - ein schmerzhafter Beweis dafür, daß die Schwesterpartei in Berlin derzeit nur wenig zu melden hat, wenn es darauf ankommt.

Die Stimmungen vermischen sich mit der Angst von SPD, Linkspartei, CSU (und genauso auch französischer, polnischer oder dänischer Parteien), die massenhafte Einwanderung könne den Arbeitsmarkt ins Chaos stürzen. Sie vermischen sich mit der Angst, der Islamische Staat könne in den Flüchtlingszügen Attentäter nach Deutschland schleusen.

### **Schröders Kalkül in der Serbienkrise 1999**

In die seelische Gemengelage hinein wirkt auch das Trauma des ganzen historischen Europas,

die unterschwellige Erinnerung an die Invasionen der Hunnen, Araber, Mongolen und Türken. Ungarns Grenzzaun, Frankreichs Abwehrhaltung, Polens Wunsch nur nach christlichen Flüchtlingen entspringen nicht zuletzt dieser Gedächtniswelt. Deutschland ist das Gefühl nicht fremd.

Gerhard Schröder drängte 1999 auf das militärische Vorgehen der Nato gegen Belgrad, weil er ohne den Regimewandel in Slobodan Milosevics Serbien eine Flüchtlingswelle aus dem Balkan fürchtete. Und nun öffnet Angela Merkel aus einer Eingebung heraus Europas Tore?

Der Eindruck täuscht. Die Flüchtlingswelle kam plötzlich, aber keineswegs überraschend. Seit Jahren schaut Merkel argwöhnisch auf manche nur äußerlich stabile Mittelmeeraanrainer. Da lauert Potential für noch viel mehr Flüchtlingsströme. Der Einsatz für eine diplomatische Lösung in der Ukraine entspringt derselben Sorge.

### **Ruhe in die Aufregung bringen**

Merkels scheinbare Ad-hoc-Entscheidungen sind oft das Ergebnis jahrelanger stiller Planspiele. Das ist keine Verklärung von Fehlentscheidungen, die es selbstverständlich gibt; es ist in diesem Fall aber der Grund für die Entschlossenheit, mit der sie das Ruder herumreißt. Ihr Satz gegenüber der "Rheinischen Post", für das Grundrecht auf Asyl gebe es keine Obergrenze, ist nicht einfach dahergesagt.

Ein Zuwanderungssturm auf ein mental unvorbereitetes Europa bringt die ganze Konstruktion der EU in ungutes Schwingen, so wie 1989 die DDR-Flüchtlingswelle. Wie damals Helmut Kohl, so will Merkel heute Führungsstärke zeigen, und zwar nicht durch Krieg, sondern dadurch, daß mit Selbstvertrauen Ruhe in die Aufregung kommt.

Merkels simple Botschaft "Wir schaffen das" ist an ganz Europa gerichtet. Ihr öffentliches Vertrauen in Deutschlands Stärke soll in der EU dieselbe Wirkung erzielen wie eine Zusage Barack Obamas in der Nato. Gleichzeitig soll die Bevölkerung nicht glauben, sie müsse mit ihrer Hilfsbereitschaft ein Staatsversagen kompensieren.

### **Noch ist die Finanzierung gesichert**

Im Gegenteil. Staat und Wähler sollen eine Einheit sein. Ob das funktioniert, ist völlig offen. Bei den Lichterketten gegen Übergriffe hat das vor zehn Jahren geklappt. Die Sorge, Herostraten würden das politische Establishment nun von Anschlagort zu Anschlagort hetzen, war grundlos. Statt dessen wandelte sich Deutschland weiter zur positiven Weltoffenheit.

Ob das diesmal auch so ist? Auf die Notlage antwortet Merkel nicht mit dem Drängen nach mehr Luftangriffen auf den Islamischen Staat, sondern mit Häusern und Lehrern für Flüchtlinge. Das kostet Milliarden. Noch ist die Finanzierung gesichert. Wenn die Flüchtlingszahl aber weiter zunimmt, werden eines Tages vielleicht Steuererhöhungen denkbar.

Sie würde nur Merkel durchsetzen können, denn auf der linken Seite des politischen Spektrums gilt in Notlagen weithin der psychologisch verräterische Satz: Wir müssen die Reichen zur Kasse bitten. Im Klartext heißt das: Sollen doch andere helfen. Unbedingte Solidarität zum deutschen Markenzeichen machen - das kann derzeit nur Angela Merkel.<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.08.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x350/79) = Krieg gegen Rußland. Wie die NATO nach Osten marschiert. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3, Seite 79.

x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x350	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Krieg gegen Rußland</u> . Wie die NATO nach Osten marschiert. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2014.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

## Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: <a href="http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58">http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58</a> - März 2015.
x884	<a href="http://horst-koch.de/europa-schafft-sich-ab/">http://horst-koch.de/europa-schafft-sich-ab/</a> - Dezember 2016.
x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x892	<a href="http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id">http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id</a> - Januar 2018
x893	<a href="http://www.katholisches.info">http://www.katholisches.info</a> ... - Februar 2018
x942	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/01/07/die-anglo-amerikanische-lenkung-der-welt-durch-elitenzirkel-die-entstehung-von-chatham-house-und-council-on-foreign-relations/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/01/07/die-anglo-amerikanische-lenkung-der-welt-durch-elitenzirkel-die-entstehung-von-chatham-house-und-council-on-foreign-relations/</a> - November 2019
x943	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/</a> - November 2019

x946	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschaftsinstrument/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschaftsinstrument/</a> - November 2019
x962	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/05/15/das-britische-schachspiel-die-instrumentalisierung-hitlers-fur-die-westliche-kriegs-strategie/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/05/15/das-britische-schachspiel-die-instrumentalisierung-hitlers-fur-die-westliche-kriegs-strategie/</a> - November 2019
x967	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/07/25/okkulte-einflusse-im-englischen-imperialismus-vor-dem-1-weltkrieg/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/07/25/okkulte-einflusse-im-englischen-imperialismus-vor-dem-1-weltkrieg/</a> - November 2019
x1.000	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - März 2021
x1.030	<a href="https://www.wissensmanufaktur.net/pressefreiheit-wird-nur-noch-simuliert/">https://www.wissensmanufaktur.net/pressefreiheit-wird-nur-noch-simuliert/</a> - November 2021
x1.031	<a href="https://www.wissensmanufaktur.net/verschwiegenes-verharmlostes-">https://www.wissensmanufaktur.net/verschwiegenes-verharmlostes-</a> - November 2021
x1.049	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - Februar 2022